Schattenhaushalte statt Einsparungen S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

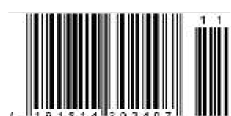
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 11 – 17. März 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Mitgehangen, mitgefangen: Sollten Israel und die USA gegen den Iran militärisch vorgehen, ist Deutschland vermutlich mit dabei. Bereits mehrfach versicherte Kanzlerin Merkel dem israelischen Regierungschef Netanjahu, dass sie sich Israel verpflichtet fühle. Bild: pa

Riskante Garantie

Ein israelischer Angriff auf den Iran hätte für Deutschland Konsequenzen

Die Zeichen mehren sich, dass es über kurz oder lang zu einem Krieg zwischen Israel und dem Iran kommt. In diesem Fall wäre mit großer Wahrscheinlichkeit auch Deutschland in den Konflikt involviert. Gleichwohl wird dieser Aspekt hierzulande kaum thematisiert.

Bei seinem Besuch in Washington in der vergangenen Woche warb der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu für einen Militärschlag gegen den Iran und erklärte, ein solcher sei „keine Frage von Tagen oder Wochen, aber auch nicht von Jahren“. Zugleich forderte sein neuer Botschafter in Berlin, Jaakov Hadas-Handelsman, deutsche Hilfe im Kampf gegen das Mullah-Regime. Wenn ein Krieg nicht abzuwenden sei, lägen alle Optionen auf dem Tisch, so Hadas-Handelsman. Deutschland müsse im Atomkonflikt „mit all seiner Macht Einfluss auf Europa ausüben“ und eine „verantwortungsvolle Führungsrolle“ übernehmen.

In Deutschland wird indes kaum darüber gesprochen, welche Konsequenzen dies für unser Land hätte. Dann würde nämlich das eintreten, was Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière vor einem halben Jahr andeutete: „Es gibt keinen deutschen Sonderweg mehr.“ Und weiter, Deutschland könne sich nicht mehr mit dem Argument aus internationalen Konflikten heraushalten, dass deutsche Interessen nicht berührt seien. Was das konkret im Falle eines Krieges zwischen Israel und dem Iran für unser Land bedeuten würde, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits vor drei Jahren in ihrer Rede vor dem israelischen Parlament deutlich gemacht: „Wenn der Iran in den Besitz der Atombombe käme, dann hätte das verheerende Folgen. Zuerst und vor allem für die Sicherheit und Existenz Israels.“ Hierbei gilt für sie die Umkehr der Beweislast: Nicht die Welt müsse dem Iran den Besitz der Atombombe beweisen, sondern dieser müsse die Welt vom Gegenteil überzeugen.

> Auf Bitten Tel Avivs würde Deutschland Beistand leisten müssen

Mit anderen Worten: Sollte der iranischen Regierung dies nicht gelingen, könnte das, was Merkel unter „die Welt“ versteht, hierin einen hinreichenden Kriegsgrund sehen und den Iran angreifen. Merkel in der Knesset weiter: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet.“ Dies sei „Teil der Staatsraison Deutschlands“ und die Sicherheit Israels für sie als deutsche Bundeskanzlerin „niemals verhandelbar“. In der Stunde der Bewährung dürften das, so Merkel weiter, daher „niemals leere Worte bleiben“. Diese „Sicherheitsgarantie“ der deutschen Regierungschefin bedeutet, dass Deutschland auf eine entsprechende Bitte der israelischen Regierung auch militärischen Beistand leisten müsste und würde.

Dabei kann niemand vorhersagen, mit welcher Intensität dieser Waffengang geführt werden und wie weit er eskalieren würde. Auch ist keineswegs gewährleistet, dass ein Militärschlag Teheran dauerhaft von einer nuklearen Rüstung abhalten könnte. Dementsprechend groß sollten die deutschen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Atomstreits sein. *Jan Heitmann*

Jan Heitmann:

Schmaler Grat

Freundschaft ist etwas Schönes. Außer, man hat die falschen Freunde oder diese sind zu reich und zu großzügig. Letzteres gilt allerdings nur für Politiker, denen eine solche Freundschaft gefährlich werden kann. Wie schnell dann im doppelten Wortsinn Zapfenstreich sein kann, hat gerade erst Christian Wulff erfahren. Nächster Anwärter auf vorzeitige Ruhestandsbezüge ist Klaus Wowereit. Der Regierende Bürgermeister der Bundeshauptstadt, der „sein“ Berlin so sexy findet, gerät wegen eines Gratis-Urlaubs und anderer mutmaßlich in Anspruch genommener Vergünstigungen in Bedrängnis. Der „Spiegel“ spricht bereits von einer „Wowereit-Dämmerung“. Ob seine Tage tatsächlich gezählt sind, wird sich zeigen. Angezählt ist er in jedem Fall.

Da stellt sich die Frage, ob Politiker besser gar keine Freunde haben sollten. Sie sollten Freunde haben, auch reiche! Allerdings nur echte Freunde, zu denen man guten Gewissens in allen Lebenslagen stehen kann. Aber keine Zweckbekanntschaften mit windigen Unternehmern, die einen korrumpieren. Kontaktpflege zu Unternehmen und Unternehmern ist ein unverzichtbarer Teil des politischen Alltagsgeschäfts. Dabei können und dürfen auch Freundschaften entstehen und gepflegt werden. Man kann sich auch selbstverständlich gegenseitig einladen, ohne anschließend abzurechnen. Allerdings muss dabei jeder Anschein von Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung peinlich vermieden werden. Im Zweifelsfall kann es nur heißen: verzichten oder zahlen – und zwar gleich. Wer auf diesem schmalen Grat nicht sicher wandeln kann, darf kein politisches Amt annehmen. Tut er es doch und stürzt ab, hat er kein Mitleid verdient.

EU will Polen disziplinieren

Maßnahmen gesucht, um Warschau zu mehr Klimaschutz zu bewegen

Am Donnerstag rauchten in Brüssel die Köpfe zahlreicher EU-Parlamentarier. Ihr Ziel war es, Möglichkeiten zu finden, Polen derart unter Druck zu setzen, dass es die Erhöhung der Ziele der Europäischen Union zum Schutze des Weltklimas nicht weiter blockiert. Doch Warschau wusste, was es tat, als es am 9. März auf dem EU-Klimagipfel den Plänen der EU eine Abfuhr erteilte.

Die Drohung, Gelder aus dem EU-Strukturfonds an Polen zu stoppen, zog nicht, da sich die Regierung von Donald Tusk bewusst ist, was es im Gegenzug die polnische Wirtschaft und vor allem die CO_2-intensiven Kohlekraftwerke kosten würde, den Ausstoß von Kohlendioxid bis 2020 um mehr als die vereinbarten 20 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren.

> Wirtschaftskrise bringt Brüssel ans Ziel

Schon vor dem EU-Klimagipfel hatte der polnische Umweltminister Marcin Korolec seine Amtskollegen in den EU-Mitgliedsländern gebeten, die gesamte Klimapolitik zu überdenken und wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. So lange Länder wie China und die USA nicht daran dächten, ebenfalls ihren CO_2-Ausstoß zu reduzieren, was die Produktion teurer machen würde. Dies wiederum würde bei einem Alleingang der EU im Klimaschutz ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtern, so Korolec.

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard zeigte sich über Polens mangelnden Ehrgeiz enttäuscht und meinte, dass die Reduzierung um 25 statt 20 Prozent keiner zusätzlichen Anstrengungen bedürfe, da durch die Wirtschaftskrise in der EU sowieso weniger produziert und somit weniger CO_2 ausgestoßen würde. Zudem halte die EU an dem Ziel fest, 2050 80 Prozent weniger CO_2 auszustoßen als 1990. *Rebecca Bellano*

Wahlhilfe von rechts

Kandidatur Le Pens sichert Sarkozy in der Stichwahl Stimmen

Marie Le Pen hat es geschafft. Nachdem es ihr kurz vor Fristablauf doch noch gelungen ist, die geforderten Unterschriften von 500 gewählten Volksvertretern zusammenzubekommen, kann sie bei den französischen Präsidentenwahlen antreten. Aktuelle Umfragen sehen die Vorsitzende der Front National (FN) beim ersten Wahlgang im April an dritter Stelle hinter Präsident Nicolas Sarkozy und seinem sozialistischen Herausforderer Francois Hollande.

Vordergründig dürfte ihre Kandidatur den Staatspräsidenten zunächst einmal Stimmen kosten. Bei der Stichwahl im Mai, bei der sie voraussichtlich nicht mehr im Rennen sein wird, dürfte sie ihm dagegen sogar indirekt als Wahlhelferin dienen. Denn in der zweiten Runde, dem direkten Duell mit Hollande, benötigt Sarkozy ihre Wähler. Um

> Ohne die Wähler der FN reicht es nicht

sich diesen zu empfehlen und sich nach links abzugrenzen, ist er derzeit bemüht, mit von ihm bislang ungewohnten Tönen zur Ausländerpolitik Wähler im rechten Lager zu gewinnen. Damit schlägt er in die gleiche Kerbe wie Le Pen, die mit ihren Thesen zu Einwanderungs- und Sicherheitsfragen diese Klientel kontinuierlich bedient. Genau hier liegt auch Sarkozys Stimmenreservoir, denn es dürfte ihm kaum gelingen, linke Wähler in der Stichwahl von sich zu überzeugen. Ohne eine hohe Mobilisierung im rechten Lager dürfte Sarkozy eine Wiederwahl also schwerfallen.

Wäre die FN-Chefin am Quorum gescheitert, wäre ihr Wählerpotenzial nicht automatisch Sarkozy zugefallen. Vielmehr könnte es aus Protest Wahlverweigerung üben. So aber liegt es nahe, dass die FN-Anhänger ihm im zweiten Wahlgang ihre Stimme geben, um dem Sozialisten Hollande den Einzug in den Élysée-Palast zu verwehren. Somit ist die Kandidatur Le Pens für „Sarko“ fast ein Glücksfall. *J.H.*

MELDUNGEN

Auswendiglernen ist sozial gerecht

Jerusalem – Auswendiglernen hat bei Kindern aus bildungsfernen Schichten den größten Lerneffekt, so der Volkswirt Victor Lavy von der Jerusalemer Hebrew University, da ihnen strenge Vorgaben helfen. Lavy hat Lehrmethoden und das Wissen bei Fünft- und Achtklässlern aus Hunderten von Schulen überprüft und keinen Hinweis dafür gefunden, dass Kinder, denen beigebracht wurde, besonders eigenständig zu arbeiten, in Tests besser abschneiden. Schüler aus höheren Gesellschaftsschichten würden vor allem von Lehrmethoden profitieren, die auf analytisches und kritisches Denken setzen, und hierbei auch nachweisbar bessere Testergebnisse erzielen. „Die richtige Methode bewirkt mehr, als die Klassen zu verkleinern oder die Stundenzahl zu erhöhen.“ Er befürwortet einen Mix aus alten Lehrmethoden und den besten neuen. *Bel*

Karlsruhe will weniger Klagen

Karlsruhe – Um gegen die Überlastung anzugehen, werben die Verfassungsrichter aus Karlsruhe bei der Politik darum, eine sogenannte Mutwillgebühr einführen zu dürfen. Sie wollen damit erreichen, dass Klagen, die aus Sicht des Einreichers eine vermeintliche Verletzung der Grundrechte anzeigen, aber von einem Rechtspfleger als aussichtlos eingestuft wurden, kostenpflichtig werden, so denn der Kläger auf seiner Klage beharrt. Diese Gebühr soll bis zu 5000 Euro betragen und im unerwarteten Falle eines Erfolgs der Klage zurückgezahlt werden. Pro Jahr gehen etwa 6000 Klagen beim Bundesverfassungsgericht ein. Etwa 1500 bis 2000 davon sind aus Sicht der Richter unnötig und behindern sie bei der Ausführung ihrer wichtigen Aufgaben. Allerdings kann Karlsruhe schon jetzt im Sonderfall eine Missbrauchsgebühr verhängen. So geschehen, als 2009 ein Anwalt dort mit einer 1182-seitigen Klageschrift gegen ein gegen ihn verhängtes Fahrverbot von zwei Monaten und ein Bußgeld in Höhe von 175 Euro klagte. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Sparziel klar verfehlt

Nur 4,7 der 11,2 Milliarden Euro, welche die schwarzgelbe Regierungskoalition im Bundeshaushalt des vergangenen Jahres einsparen wollte, wurden tatsächlich nicht ausgegeben. Das meldet der „Spiegel“ unter Berufung auf einen Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Das wären gerade einmal 42 Prozent. Von den für das gegenwärtige Jahr ursprünglich vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 19,1 Milliarden Euro sei nicht einmal die Hälfte umgesetzt. Und für das darauffolgende Jahr würden die bisher beschlossenen konkreten Maßnahmen sogar nur ein Drittel des angestrebten Sparvolumens erreichen. *M.R.*

2.037.825.658.322 €

Vorwoche: 2.037.016.289.018 €
Verschuldung pro Kopf: 24.912 €
Vorwoche: 24.902 €

(Dienstag, 13. März 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Lieber Sold zahlen als Soldaten schicken

Der französische Verteidigungsminister über den Afghanistan-Einsatz, Libyen und die Pläne seines Präsidenten

„Für Hollande existiert die Welt draußen gar nicht. Er sieht die Krise nur in Frankreich“, kritisierte der französische Präsident Nicolas Sarkozy vor kurzem seinen sozialistischen Gegenkandidaten. Sarkozy schiebt nun seine außenpolitischen Erfolge in den Vordergrund. Zu dieser Wahlstrategie gehört wohl, dass sein Verteidigungsminister Gérard Longuet eine Handvoll Journalisten, unter ihnen der Verfasser dieser Zeilen, in die historischen Räume seines Ministeriums in Paris eingeladen hatte, um Frankreichs militärische Aktivitäten und Ziele darzustellen.

Die französischen Streitkräfte, seit Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1997 eine reine Freiwilligenarmee, werden hauptsächlich für Auslandseinsätze trainiert. Frankreich geht nach wie vor davon aus, dass sein Territorium durch die atomare Abschreckung geschützt wird. Deshalb spielen Luftwaffe, Satellitenaufklärung und Marine, darunter die Nuklear-U-Boote und der Flugzeugträger „Charles de Gaulle“, in der französischen Verteidigungspolitik eine entscheidende Rolle. Dies ist alles recht kostspielig und trotzdem muss Verteidigungsminister Gérard Longuet Budgetkürzungen umsetzen. Doch dies sei kein Problem, „da es zurzeit keine internationalen Kriege mehr gibt“, so Longuet im Pressegespräch. „Es handelt sich meist um nationale Bürgerkriege, in denen Frankreich nie ohne ein Uno-Mandat eingreift, es sei denn, man habe ein zweiseitiges Verteidigungsabkommen mit dem betroffenen Staat.“

Aus seinen Ausführungen ging hervor, dass die häufig erwähnte Absicht, einen zweiten Flugzeugträger in Kooperation mit Deutschland und anderen europäischen Partnern zu bauen, derzeit nicht aktuell ist. Die „Charles de Gaulle“ wurde bisher hauptsächlich im Mittelmeer eingesetzt. Allerdings hat es sich herausgestellt, dass die Mannschaften im monatelangen Einsatz vor der libyschen Küste überfordert waren und Ablösung bitter nötig gehabt hätten. Verstärkte Kooperationen werde dagegen bei der Entwicklung des Raketenschutzes dringlich, „wenn bestimmte Staaten Raketen mit 3000 Kilometer Reichweite entwickeln, die befreundete Länder treffen können“, so Longuet. „Allerdings muss man auf die Russen beim Aufrichten eines Antiraketenschutzschildes Rücksicht nehmen. Sie befürchten, sich auf der anderen Seite des Schilds zu befinden, und ich kann sie dabei durchaus verstehen“, fügt Longuet hinzu.

„Der Einsatz des Jagdbombers Rafale von Dassault in Libyen hat entscheidend dazu beigetragen, dass Indien jetzt dieses Flugzeug kauft“, bestätigte er. Bezüglich der Kampfflugzeuge liege die Zusammenarbeit mit Deutschland leider brach. Aber Frankreich strebe wie Deutschland und Polen die Bildung einer europäischen Verteidigungspolitik an. Dabei, meinte der Minister, sei die Rückkehr Frankreichs in die Militärstruktur der Nato sehr nützlich gewesen. „Es hat dazu beigetragen, in der Nato eine europäische Kultur zu entwickeln, die sich von der amerikanischen unterscheidet, zumal die USA und Kanada immer mehr in Richtung Pazifik schauen“, erläuterte Longuet, der bedauert, dass Hollande auch Frankreichs Nato-Zugehörigkeit infrage stellt. Weiter führte er aus: „Zu Auslandseinsätzen gehören drei Staaten, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, aber Deutschland weiß außer der Rüstungsindustrie nicht recht, was es mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik soll, wohin, wozu und mit wem. England will von einem gemeinsamen Generalstab nichts hören.“ Dass Deutschland am Libyen-Einsatz nicht teilnahm, habe die Bundeswehr verärgert, meint Longuet zu wissen. Am 15. Mai treffen sich die Generalstäbe der europäischen Teilnehmerstaaten am Libyenkrieg, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden. Das bringe die europäische Verteidigung voran.

Longuet erwähnte, dass er gerade Libyen einen Besuch abgestattet habe. Dort gelte Nicolas Sarkozy als Retter der Nation. Eltern würden ihren Kindern den Vornamen „Sarkozy“ geben. „Dort würde er beim ersten Wahlgang haushoch gewählt werden“, scherzt der Minister, der bei seiner Auslandsreise festgestellt habe, dass in Libyen wieder der Alltag eingekehrt sei. „In Tripolis stellt man so gut wie keine Zerstörungen fest. Misrata ist dagegen sehr kaputt“, sagt er.

> »Sicher, die Scharia ... Aber sie ist in diesen Staaten, was wir das Recht nennen«

Die Wahl zur libyschen verfassungsgebenden Versammlung ist für Juni vorgesehen. Die Parlamentswahlen erst 2013. „Islamisten sind eine Minderheit. Al-Kaida ist ausgeschlossen. Sicher, die Scharia ... Aber die Scharia ist in diesen Staaten, was wir das Recht nennen.“ Dabei sind Frauen auf den Straßen in Libyen „ein seltenes Gut“, gibt er zu. Man erblicke kaum welche. Im Übergangsrat CNT ist bekanntlich nur ein einziges weibliches Mitglied.

Was die Gerüchte über Folterungen der 8000 Bürgerkriegsgefangenen angeht, so glaube er kaum daran. „Der CNT hat den Katibas (den revolutionären Kampfbrigaden) empfohlen, sich human zu verhalten. Sie dürfen nicht den Ruf des Landes international beschädigen.“ Die unbeschäftigten und bewaffneten 140 000 Revolutionskämpfer seien aber ein Problem. Ein Drittel von ihnen solle in die Armee, in die Polizei und in die Grenzwache für die 4000 Kilometer lange Landes- und 2000 Kilometer Seegrenze aufgenommen werden. Aber was geschieht mit den anderen? Ex-Diktator Muammar Gaddafi habe eine subventionierte Arbeitslosigkeit hinterlassen. In der Sechs-Millionen-Bevölkerung unterhielt er auf Staatskosten 1,2 Million Beamte. Libyen habe keinen Mittelstand, anders als Tunesien, das für Tripolis „das Modell“ sei. Zu Ägypten habe man dort hingegen keine Beziehungen. Die Emirate dürften sich nicht einmischen. Das gelte auch für Katar. „Wir sind Libyer und wir machen unser Ding allein“, sagte man dem Besucher. Nichtsdestotrotz arbeite die gemeinsame libysch-französische Sicherheitskommission weiter. Frankreich bekäme zudem den Löwenanteil des Öls und pflege seine privilegierte Partnerschaft mit diesem „befreundeten Land“.

Anders als in Libyen könne in Syrien keine Rede von einer ausländischen Intervention sein. Leider schützen die Russen und Chinesen nach wie vor Bashar al-Assad, die Russen „aus schändlichen Gründen“, die mit Tschetschenien und mit ihrem einzigen Mittelmeerstützpunkt im syrischen Tartuz zu tun hätten.



Gérard Longuet: Der französische Verteidigungsminister gewährt *PAZ* Einblicke in seine Politik Bild: pa

Bezüglich Afghanistan denkt Longuet, dass Hamid Karzai mit seinen 260 000 Mann starken Streitkräften nach dem Isaf-Rückzug die Lage meistern werde, wenn er „nicht-militärische Lösungen sucht, sich gegenüber den Feudalherren durchsetzen kann“ und wenn „seine Soldaten weiter bezahlt werden. Korruption umgibt ihn und seinen Staat, aber man muss sich mit dem, was man hat, begnügen.“ Der Westen werde noch lange Zeit Geld nach Afghanistan für den Sold der dortigen Soldaten schicken müssen, doch sei das immerhin besser als der Einsatz eigener Truppen. Vor allem sei es wichtig, dass das Bankensystem dort digitalisiert werde, damit die Soldaten ihren Familien ihren Sold überweisen können, ohne wie bisher zum Schaden der Sicherheitskräfte ihre Einheiten zu verlassen. Deserteure würden nicht zu den Taliban überlaufen, sondern in ihre Heimat zurückkehren. Der Widerstand sei in Afghanistan ortsgebunden. Die Taliban-Kämpfer würden ihre Region perfekt kennen. Außerhalb dieser jedoch würden sie sich verirren. Der Westen werde auch beim Straßenbau helfen müssen, damit der Warentransport laufe und die Einheit des Landes einigermaßen wiederhergestellt werde. Afghanistan ist nach der Einschätzung des Verteidigungsministers nicht die Gefahr, sondern Pakistan.

Die Türkei ist nach Meinung des Verteidigungsministers ein Stabilitätsfaktor in der Region. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sei zwar Moslem, aber kein Islamist. Seine Partei, die AKP, werde mächtig bleiben, solange die Wirtschaft wachse. Die türkische Armee hingegen sei in ihre Kasernen zurückgekehrt. Trotzdem bliebe die Türkei „ein Rätsel“, eine Wirtschaftsmacht, die politisch in der Schwebe hänge. Die Golf-Emirate wiederum hätten zu wenig Einwohner, um militärische Streitkräfte auszubilden. Katar „besteht nur aus Geld“, meint der Minister. Ein Zukunftsproblem sei aber „die Greisenherrschaft“ in Saudi-Arabien. Kurzum, die Region schwanke zwischen Ruhepausen und Unberechenbarkeit. Ihre Stabilisierung werde für Europa eine langatmige Aufgabe sein. Sollte Sarkozy wiedergewählt werden, wolle er sich als erstes um die Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern bemühen. *Jean-Paul Picaper*

Bei den Partnern unbeliebt

Sarkozys Gegenkandidat will bei einem Sieg vieles neu verhandeln

Nicolas Sarkozys sozialistischer Gegenkandidat bei der diesjährigen Präsidentenwahl, François Hollande, hat anlässlich eines Besuchs in Warschau am 9. März eine Lücke in seiner Wahlstrategie entdeckt: die Außenpolitik. Er versprach für den Fall seines Wahlsieges, der Europäischen Union „eine neue Orientierung zu geben“, mehr in Richtung Wachstum und Arbeitsplätze, auch wenn dieses auf Kosten des Ziels der Defizitkürzung geht. Er wiederholte seine Forderung, den europäischen Haushaltspakt neu aufzurollen. Er will die Praxis der Europäischen Zentralbank (EZB) neu ausrichten. Klartext: Sie soll mit ihrer Geldpolitik die verschuldeten Staaten stützen.

Das alles wirkt nicht nur auf die Regierung Sarkozy, sondern auch auf die anderer EU-Staaten, ja teilweise sogar selbst auf die linke Opposition in Europa, ziemlich abschreckend. Die Wirtschaft in Frankreich reagiert bereits negativ auf Hollandes Ankündigungen. Noch ist die Wahl nicht entschieden, aber angesichts seines Vorsprungs in den Umfragen gegenüber Sarkozy fließt Kapital massiv aus dem Land heraus in Richtung Schweiz und Belgien. Was wird nach diesem Aderlass aus der schwächlichen französischen Exportindustrie?

> Am besten noch 2012 raus aus Afghanistan

Während Hollande wenigstens in Sachen EU und Wirtschaftspolitik seine Ziele offen darlegt, lässt er bisher völlig unklar, welche Strategie er in Sachen Verteidigungspolitik verfolgt. Seine linke Klientel mag dieses Thema nicht. Daher beschränkt er sich darauf, zu versprechen, dass er im Falle seiner Wahl das derzeit 3600 Mann starke französische Afghanistan-Kontingent bis Ende dieses Jahres vollständig zurückziehen würde, statt die Truppe schrittweise bis 2014 abzuziehen, wie Sarkozy es plant. Erst 2010 war die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (Isaf) um 250 Soldaten auf 4000 Mann aufgestockt worden. Doch jüngste Verluste führten zur Beschleunigung des Rückzugstempos. Allerdings will Paris im Gleichschritt mit Washington und Berlin beim Rückzug vorgehen, schätzt es doch die Gefahr eines überhasteten Abzugs für Soldaten und Geräte als hoch ein. Außen- wie verteidigungspolitisch ist Hollande wegen seines Drängens auf einen Abzug noch in diesem Jahr bei den Partnern unbeliebt. Bei seinen Europa-Reisen wurde er von keinem Regierungschef empfangen.

Der „Spiegel“ meldete gar, dass sich die Spitzenleute der regierenden nichtsozialistischen Parteien in Deutschland, England, Italien und Spanien darüber verständigt hätten, ihm die kalte Schulter zu zeigen. Die Nachricht wurde halbherzig dementiert, aber die Tatsachen sprechen eine klare Sprache. Hollande kann kein Bild von sich in Gesellschaft eines anderen Regierungschefs, ganz zu schweigen von US-Präsident Barack Obama, der ebenso wie Angela Merkel Sarkozy unterstützt, vorweisen. Dagegen hatte Merkel vor der letzten französischen Präsidentenwahl 2007 sowohl Sarkozy als auch mit Ségolène Royal den Kandidaten der Sozialisten empfangen. *J.-P. P.*

Die Pleitekandidatin

Von VERA LENGSFELD

Matinee im ehemaligen Programmkino der DDR „Babylon“ in Mitte. Die in „Die Linke“ umbenannte SED präsentierte hier ihre Bundespräsidentenkandidatin der interessierten Öffentlichkeit. Aber trotz heftigster Werbetrommel für diese Veranstaltung im Internet ist der Zuspruch gering. Gerade einmal die Hälfte der Reihen ist gefüllt. Wenn man von den zwangsverpflichteten Mitarbeitern der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes absieht, wären die Kandidatin Beate Klarsfeld, die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch und die Ex-Bundespräsidentenkandidatin Luc Jochimsen fast unter sich. Jochimsen sieht man an, wie sehr sie sich in die Pflicht genommen sieht. Vor Jahrzehnten hat sie mal einen Film über Klarsfeld gedreht, der auf der Veranstaltung gezeigt wurde. Da durfte sie nicht fehlen. Vergleichbar säuerlich sah Merkels Miene aus, als sie Jochen Gauck als ihren Kandidaten präsentieren musste.

Auch sonst steht die Veranstaltung unter keinem guten Stern. In den letzten Tagen waren tiefe Schatten auf die „Nazijägerin“ gefallen, als bekannt wurde, dass sie nicht nur mehrmals Material von der Staatssicherheit der DDR entgegengenommen hat, sondern sich vom SED-Politbüro auch für ihre Ohrfeige, die sie seinerzeit Bundeskanzler Kurt Kiesinger wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft verabreichte, mit 2000 D-Mark belohnen ließ.

Sie sieht darin bis heute kein Problem, wie sie, als sie ziemlich spät zu Wort kommt, klar macht. Sie hätte Hilfe gebraucht, um Nazis dingfest zu machen und sie angenommen, wo sie geboten wurde. Kritisches Nachdenken? Fehlanzeige. Klarsfeld, die so selbstverliebt ist, dass sie unumwunden zugibt, lieber von anderen Parteien aufgefordert worden zu sein, verschließt fest die Augen vor allem, was ihr eine Kandidatur für die Linke eigentlich unmöglich gemacht haben sollte. Zum Beispiel, dass im Ältestenrat der Linken Prof. Hermann Klenner sitzt, der einst der NSDAP Breslau angehörte. Oder dass es die SED war, die sich als erste deutsche Nachkriegspartei der Aufnahme von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern öffnete und in deren Zentralkomitee zeitweise mehr ehemalige PGs saßen als ehemalige Sozialdemokraten.

Trotzdem musste die Linke eine Pressesprecherin abstellten, um die Kandidatin vor unkontrollierten Interviews abzuhalten, mit denen sie die Basis der Linken bereits verstört hat, etwa, als Klarsfeld sich als Unterstützerin des konservativen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy oder als Verteidigerin von Israel zu erkennen gab.

Für die Parteivorsitzende Lötzsch, die sich mit ihrer Kandidatenkür eigentlich glänzend für ihre Wiederwahl präsentieren wollte, wird Klarsfeld immer mehr zur peinlichen Pleite.

Tod eines Schlichters

Der Fall Jusef El-A. stellt der Politik ein schlechtes Zeugnis aus



Berlin Neukölln und nicht Nahost: Zu der Trauerfeier des Getöteten kamen über 3000 Gäste, fast ausschließlich Männer. Einige riefen: „Es gibt keinen Gott außer Allah“.

Bild: P. Zinken/dapd

Der 18-jährige Jusef El-A. ist tot, erstochen wegen eines Fußballstreits in Berlin-Neukölln. Der Jugendliche engagierte sich im Quartiersmanagement, galt dort als vorbildlich. Vorwürfe gegen die Politik werden laut im Kiez. Der Fall legt ungelöste soziale wie zuwanderungsbedingte Probleme frei.

„Ein deutscher Familienvater hat ihn nach einem Streit mit drei Messerstichen getötet“, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“. Das müsse man wissen, um den Fall zu verstehen, urteilt das Blatt. Doch der Tod des Jungen, „der den Omas die Tür aufhält“, so die zuständige Quartiersmanagerin, ist kaum zu verstehen. Vieles bleibt rätselhaft, die Emotionen im Viertel kochen hoch. Die Familie aus dem Libanon gilt als vergleichsweise integriert. Jusefs Mutter engagierte sich als Stadtteilmutter, fand danach eine reguläre Anstellung. Der Vater rief nach dem gewaltsamen Tod des Sohnes zur Gewaltlosigkeit auf. „Sein einziger Wunsch ist, dass die Gewalt aufhört und niemand etwas Unüberlegtes tut“, beschreibt der Jugendbeirat des Viertels in einem Brief dessen Haltung. Jusef selbst saß für seine Hochhaussiedlung als Streitschlichter in diesem Gremium. Er hatte einen mittleren Schulabschluss, aber keine Ausbildung. „Die positiven Bewertungen reichen bis zur Bilderbuchfamilie“, sagte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD).

Der 34-jährige Beschuldigte, der mutmaßlich zum für Jusef tödlichen Messer griff, soll regelmäßig mit seinem Freund Oliver H. (39) auf dem Fußballplatz mit Jugendlichen gekickt haben. Die Behörden gaben bekannt, dass er 2006 wegen gefährlicher Körperverletzung eine Bewährungsstrafe erhielt. Aber auch Jusef stand wegen schweren Diebstahls 2007 vor Gericht. Das Quartiersmanagement will davon nichts gewusst haben. Nach Zeugenaussagen wollten Sven N. und Oliver H. auf dem Platz einen einfachen Streit schlichten. Als die zwei das Wort ergriffen, wandten sich die arabisch- und türkischstämmigen Jugendlichen geschlossen gegen sie. Übers Mobiltelefon holten diese jungen Männer Verstärkung – nicht die Polizei, sondern ihre dann bewaffnet zum Sportplatz kommenden Cousins. Sven N. soll, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, zum Waffenholen den Ort verlassen haben, einen Fußballplatz nahe der Rütli-Schule, einst für Schulgewalt bekannt. Als die Parteien wieder aufeinandertrafen, telefonierte zumindest ein Jugendlicher noch mehr junge Männer herbei, darunter auch das spätere Opfer. Zu 20 zogen sie zur ihnen bekannten Wohnung von Oliver H. Und auch der rief nicht die Polizei, sondern einen Freund und Sven N. zuhilfe. Im anschließenden Kampf vor der Haustür ging Sven N. zu Boden und stach dann um sich, so ein Zeuge, und traf mit dem Messer Jusef El-A. Sven N. selbst erlitt einen Schädelbruch.

Cousins statt Polizei: Über Handy wurde Verstärkung geordert

So wenig die Polizei von Beteiligten wie offenbar auch Zeugen als Konfliktlöser auch nur in Betracht gezogen wurde, so sehr hat sie jetzt im Viertel zu tun. Beamte suchen Familien und Treffpunkte auf. Der mutmaßliche Täter ist frei, da die Staatsanwaltschaft nach seiner Vernehmung von Notwehr ausgeht. Die Polizei legt ihm und seiner Familie aber nahe, ihre Berliner Wohnorte nicht mehr aufzusuchen – sie fürchtet Rache. „Ich kann zu 100 Prozent garantieren, dass das ein Nachspiel haben wird. Das hier ist ein eigener Kosmos mit eigenen Gesetzen“, zitiert der „Tagesspiegel“ Anwohner Burak K. In dem liberalen Blatt kommt auch der Migrationsbeauftragte des Bezirks, Arnold Mengelkoch, zu Wort: Zwar sei es gelungen, Rache und weitere Gewalt zu verhindern, „aber die Zahl der arabischstämmigen Migranten ist in Neukölln von 10 000 auf 27 000 gestiegen – und viele haben keinen Job, keine Ausbildung, keine Perspektive. Da wächst der Frust.“ Die tödliche Auseinandersetzung legt frei, wie wenig die Politik in den Kiezen noch steuert, wie sehr deutscher Staat und Polizei aus dem öffentlichen Raum und Bewusstsein aller Bewohner verschwinden. Entsprechend kritisierten jetzt Anwohner Berlins Senat, vor allem die erst seit rund 100 Tagen mitregierende CDU. Die Politik habe sich seither aus dem Kiez zurückgezogen, so der Tenor. Lokale Organisationen sind entsetzt. Kiez-Fußballer betonen, bisherige Krawalle auf Sportplätzen hätten nichts mit dem Fall zu tun. Der ganze Kiez kämpft seit Jahren gegen ein negatives Bild. Die Politik versuchte bisher mit Sozialarbeit, Projekten und viel Farbe dieses Bild zu ändern. Doch über die Probleme täuschen auch sauber getünchte Fassaden der Häuser am Tatort nicht hinweg.

Den Eindruck fortschreitender Bildung von Parallelgesellschaften legt auch die Trauerfeier für den Getöteten nahe. Rund 3000 Trauergäste, so schätzt die Polizei, kamen auf der Straße zusammen. „Es gibt kein Gott außer Allah“, riefen die ausschließlich männlichen Teilnehmer. Nichts auf den Videobildern lässt erkennen, dass der mit grüner Fahne geschmückte Sarg durch Berlin und nicht durch einen Ort im nahen Osten getragen wird. Zu gern hätten religiöse Fundamentalisten vor Ort den Tod des Jugendlichen für sich vereinnahmt, sagen Kiezarbeiter. Im sozialen Netzwerk im Internet verabredeten sich Jugendliche für Montag zur „Hass-Demo“ – sie fand nicht statt, die Familie des Getöteten will keine Rache. Die Frage bleibt, was die Politik mit bisherigen Maßnahmen noch erreichen kann.

Sverre Gutschmidt

Zweite Gründerzeit in Berlin

Immer mehr Internet-Pioniere arbeiten von der Hauptstadt aus, doch die setzt auf Industriebetriebe

Berlin entwickelt sich immer mehr zum weltweit beachteten Anziehungspunkt für die Internetbranche. Der rot-schwarze Senat will jedoch die längst vergessen geglaubte Industriepolitik wiederbeleben: „Berlin ist die Zukunft“ – so ähnlich wie die Überschrift im britischen „Economist“ klingen seit einiger Zeit immer mehr Berichte internationaler Medien, wenn es um den Gründungsboom von Internetunternehmen in Berlin geht. In die Stadt strömen junge Talente mit Geschäftsideen ebenso wie renommierte Investoren aus dem Technologiesektor wie Benchmark Capital und Index Ventures, die auf der Suche nach lukrativen Anlagechancen sind.

Erste in Berlin gegründete Firmen der Branche haben inzwischen einen Unternehmenswert von mehreren hundert Millionen Euro erreicht. Auf die erste Berliner Neugründung, die einen Milliardenwert erreicht, wird gewartet. Doch schaut man sich den rot-schwarzen Koalitionsvertrag an, dann findet sich von dieser Entwicklung dort kaum etwas wieder. Der Senat hat stattdessen die Industriepolitik wiederentdeckt: Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, dass Berlin wieder an alte Traditionen anknüpfen kann und ein Industriestandort wird, wie es bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war, denkbar gering. Siemens und Allianz werden ihre Konzernzentralen nicht mehr aus München zurückverlegen. Borsig und die AEG werden in Berlin keine Auferstehung feiern. Um etablierte Unternehmen per Fördermaßnahmen zu einem Umzug nach Berlin zu bewegen, fehlt das Geld. Gleiches gilt für das Geschäftsmodell „Steuerdumping“, mit dem Standorte wie Luxemburg und Irland um Großkonzerne wie Amazon oder Ebay geworben haben.

Wenn Berlin eine Chance hat, dann liegen diese bei neugegründeten Unternehmen etwa in der Internetbranche. Erfahrungsgemäß wird ein Großteil der Neugründungen nicht langfristig am Markt bleiben. Unter den wenigen Konzepten, die sich als tragfähig erweisen, stecken allerdings die potenziellen Konzerne von Morgen, die eventuell sogar dem Standort Berlin treu bleiben. Das Paradoxe an der Entwicklung ist, dass der Unternehmungsgeist, der derzeit nach Berlin strömt, gar nicht die Erwartung auf Förderung á la Industriepolitik hat, die der Berliner Senat wiederbeleben will. Mehr als alle anderen ist die Internetbranche auf privates Kapital eingestellt. Was stattdessen erwartet wird, ist, dass sich Berlin auf Bundesebene dafür einsetzt, dass praxisferne Vorgaben verschwinden und nötige Regelungen wie ein Wagniskapital-Gesetz schneller umgesetzt werden. Gleiches gilt für einen Einsatz für die technische Infrastruktur.

Infrastruktur und gesetzliche Regelungen statt Subventionen

Bisher ist der Senat mit solchen Bemühungen allerdings kaum aufgefallen: Bereits im Jahr 2003 gab es erstmals Überlegungen, in der Stadt einen kostenlosen Internet-Zugang per kabellosem Netzwerk einzurichten. International wäre Berlin damit Vorreiter gewesen. Für die Wirtschaft hätten sich zahlreiche neue Geschäftsfelder erschlossen, selbst ein Partner aus der Industrie war bereit, eine werbefinanzierte Lösung anzubieten. Bis heute hat sich in der Angelegenheit allerdings nichts getan. London wird nun die erste Großstadt Europas, die ein entsprechendes Netz zu den Olympischen Spielen in Betrieb nimmt. Im Rennen um den Titel „europäisches Sillicon Valley“ zunächst einmal ein Pluspunkt für die Stadt an der Themse.

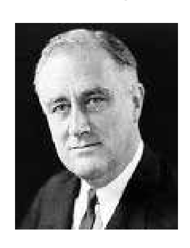
Ebenso wenig ist die Versorgung der Berliner Haushalte mit Internet-Breitbandanschlüssen eine Erfolgsgeschichte. Die Führungsposition, die Deutschland technisch noch in den 90er Jahren bei der Glasfasertechnik innehatte, hat sich bei der Infrastruktur weder in Deutschland noch in Berlin niedergeschlagen. Angekündigt ist jetzt ein Pilotprojekt in Berlin-Neukölln, bei dem 4000 Haushalte Glasfaseranschlüsse erhalten sollen. Für Berliner Verhältnisse werden die geplanten Zugänge mit 100 Megabits pro Sekunde je Sekunde eine neue Dimension darstellen. Gemessen am Versorgungsgrad, den Haushalte in Südkorea, Hongkong oder Japan erreicht haben, bleibt Berlin allerdings – zumindest was diese Infrastruktur angeht – tiefste Provinz. Wenn Berlin trotz solcher Hemmnisse zum Dorado für Internet-Pioniere geworden ist, dann trotz und nicht wegen der Wirtschaftspolitik des Berliner Senats.

Norman Hanert

Denkmal für Zigeuner wird noch teurer

Das in Berlin-Mitte im Bau befindliche Denkmal für die ermordeten Zigeuner im Dritten Reich wird nun noch teurer als zunächst veranschlagt. Statt zwei Millionen werden die Steuerzahler nun 2,8 Millionen Euro berappen müssen. Erneute Bauverzögerungen sind auf Änderungswünsche des israelischen Künstlers Dani Karavan zurückzuführen, die auch für die Kostensteigerung verantwortlich sind. Schon vor drei Jahren war Baubeginn, aber wegen des Einspruchs Karavans wurden die Arbeiten vorläufig eingestellt. Bauherr war zunächst das Land Berlin, inzwischen hat sich aber der Bund eingeschaltet. Für die Mehrkosten wird gleichfalls der Bund aufkommen. 300 000 Euro sind bereits im Haushalt berücksichtigt, der Rest soll durch Umschichtungen zusammen kommen. Im Dezember 2011 hatte Kultur-Staatsminister Bernd Neumann (CDU) die Fertigstellung in den nächsten zwölf Monaten angekündigt. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Franklin D. Roosevelt – Ab dem 1. Mai 1933 im Zuge der Wirtschaftskrise verbot der US-Präsident (1882–1945) in den USA den Privatbesitz von Gold. Alle US-Bürger wurden gezwungen, ihr Gold bei der Federal Reserve Bank abzuliefern. Vollständig aufgehoben wurde das Verbot erst 41 Jahre später durch Präsident Gerald Ford zum 31. Dezember 1974.

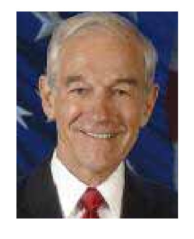
Richard Nixon – In einer Ansprache im Fernsehen gab der US-Präsident (1913–1994) am 15. August 1971 bekannt, dass sich die USA ab sofort weigern würden, US-Dollar gegen die bisher festgelegte Menge Gold einzutauschen. Diese Verpflichtung waren die USA 1944 im Bretton-Woods-Abkommen eingegangen, der Neuordnung des internationalen Währungssystems mit festen Wechselkursen und einem goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung.



Charles de Gaulle – Die Währungspolitik des französischen Präsidenten (1890–1970) war stark auf die Wiederherstellung des Goldstandards ausgerichtet. Im Unterschied zur Bundesrepublik bestand de Gaulle auf dem durch die USA bis 1971 zugesichertem Recht, Dollar gegen Gold einzutauschen.



Gordon Brown – In seiner Amtszeit als Finanzminister unter dem Premierminister Tony Blair (Labour) veranlasste Brown im Jahr 1999 den Verkauf von 400 Tonnen aus den britischen Goldreserven. Das damals zu Preisen von 256 bis 296 Dollar pro Unze verkaufte Gold würde aktuell mehr als 1700 Dollar pro Unze erzielen.



Ron Paul – Der Republikaner bewirbt sich als Kandidat für die kommenden Präsidentschaftswahlen. Bereits im vergangenen Jahr sorgte der Mediziner für Schlagzeilen, als er öffentlich bezweifelte, dass die US-Goldreserven in Menge und Qualität dem entsprechen, was in den Bilanzen der Notenbank angegeben ist.

Verdächtiges Desinteresse

Ruf der Politik nach Transparenz ist, wenn es um staatliche Goldreserven geht, gering

Über den Stil des Politikers Philipp Mißfelder (CDU) lässt sich trefflich streiten. Unbestritten ist aber Mißfelders Talent, sich in den Medien wirksam in Szene zu setzen. Erstaunlicherweise hat er nun – er ist immerhin Mitglied der US-Lobbyorganisation „Altlantik-Brücke“ – die Lagerung der deutschen Goldreserven in den USA in den Blick der Öffentlichkeit gerückt.

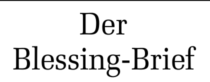
In Begleitung eines Reporters der „Bild“-Zeitung nutzte Mißfelder seine Teilnahme an einer UN-Veranstaltung in New York für einen medienwirksamen Abstecher zur Zentrale der Federal Reserve Bank (Fed). Sein Wunsch: Ein Blick auf die in den Tresoren der Fed gelagerten deutschen Goldreserven zu werfen. Mit Stand vom Dezember 2011 war Deutschland, zumindest der Bilanz nach, Eigentümer von 3396,3 Tonnen Gold, die nach Angaben der Bundesbank zum großen Teil im Ausland, unter anderem auch in New York, gelagert werden.

Gezeigt wurde Mißfelder nichts. Zum Glück möchte man fast sagen. Selbst wenn ihm Eintritt in die Tresorräume gewährt worden wäre, hätte sich keine verlässliche Aussage treffen lassen, ob die deutschen Goldreserven in der angegebenen Höhe in New York tatsächlich vorhanden sind. Schon vor dem Auftritt des deutschen Nachwuchspolitikers sind die bei der US-Fed aufbewahrten Goldbestände in den Blick von Kritikern geraten. Immerhin handelt es sich bei der 1913 gegründeten US-Notenbank um keine staatliche, sondern um eine privatwirtschaftliche Einrichtung, die in ihren Tresoren neben Goldbeständen von 60 Staaten auch die US-Goldreserven verwahrt. Bereits 2011 wurde von Ron Paul, einem Mitglied der Republikaner, eine Gesetzesinitiative vorgelegt, welche die komplette Überprüfung der Fed-Finanzen forderte. Der von Ron Paul im Repräsentantenhaus eingebrachte Gesetzentwurf scheiterte. Immerhin stimmten aber 155 der 435 Abgeordneten zu. Hintergrund dieser Bemühungen sind immer wieder auftauchende Zweifel, ob die in den Bilanzen der Fed ausgewiesenen Goldreserven wirklich vollständig vorhanden sind.

US-Finanzministerium bezeichnet Inventur als zu kostspielig

Interessant ist die Stellungnahme des US-Finanzministeriums zu der Problematik. Da bei der Fed immerhin staatliche Vermögenswerte verwahrt werden, sollte ein Interesse an Transparenz gegeben sein. Das US-Finanzministerium bezeichnet allerdings eine Überprüfung der US-Goldreserven als zu kostspielig. Argumentiert wird mit Kosten von 15 Millionen Dollar. Angesichts der bilanzierten US-Goldreserven von 8133 Tonnen (2011) fallen diese Kosten allerdings kaum ins Gewicht.

Erstaunlich ist nicht nur die Zurückhaltung des US-Finanzministeriums, wenn es um eine Überprüfung der US-Goldreserven geht, sondern auch das auffällige Desinteresse der Verantwortlichen auf deutscher Seite, wenn es um die in New York verwahrten deutschen Goldreserven geht. Eine Überführung der in den 1950er und 1960er Jahren angelegten Goldreserve wurde mit der Begründung zu hoher Kosten in der Vergangenheit immer abgelehnt. An der Stichhaltigkeit dieser Argumentation gibt es erhebliche Zweifel. Eine zentrale Rolle in der Argumentation von Kritikern spielte lange Zeit ein im Jahr 1967 vom damaligen Bundesbankchef Karl Blessing geschriebener Brief (siehe Kasten) an den damaligen Chef der US-Fed. Die lange gehegte Vermutung, Blessing habe zugesichert, auf eine Überführung der deutschen Goldreserven zu verzichten, solange amerikanischen Truppen in Deutschland stationiert sind, hat sich mit der Veröffentlichung des Briefes im Jahr 2011 nicht bestätigt. Das augenscheinliche Desinteresse sowohl der deutschen Regierung als auch der Bundesbank an der Überführung der Goldreserven nach Deutschland, ja selbst nur an einer Überprüfung der Bestände wirft Fragen auf. *Norman Hanert*



Der Blessing-Brief

Lange Zeit sorgte ein im Jahr 1967 vom damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Blessing an seinen US-Amtskollegen geschriebener Brief für Spekulationen. Unter anderem musste der Brief dafür als Erklärung herhalten, dass eine Rückführung der in den USA gelagerten deutschen Goldreserven nicht möglich sei. Blessing habe zugesichert, die deutschen Goldreserven solange in den USA zu belassen, wie US-Truppen in der Bundesrepublik stationiert sind und den Schutz gegen den Ostblock gewährleisten.

Klarheit über den tatsächlichen Inhalt liegt seit der Veröffentlichung des Briefes im Jahr 2011 vor. Die vermutete Zusicherung, auf eine Überführung der Goldbestände zu verzichten, findet sich in dem Brief nicht. Im Hinblick auf das deutsch-amerikanische Verhältnis ist das Schreiben dennoch interessant. Immerhin sicherte Blessing zu, dass er das damals verbriefte Recht, Dollar aus den Währungsreserven der Bundesbank bei der Fed in Gold umzutauschen, nicht in Anspruch nimmt. Mit dem erklärten Verzicht rettete die Bundesbank – damals größter ausländischer Halter von Dollarbeständen – die US-Zentralbank wahrscheinlich vor dem Offenbarungseid. Die bei der Fed vorhandene Goldmenge stand schon damals in keinem Verhältnis mehr zu der aufgeblähten Menge an neu gedruckten Dollar. Hätte Blessing damals auf Konvertierung der Dollar gegen Gold bestanden, wären die heutigen deutschen Goldreserven noch um einiges größer.

Bundesbank rettete US-Zentralbank

Fast gleichzeitig betrieb Frankreichs Präsident Charles de Gaulle die Rückholung französischer Goldreserven. Seit 1966 ließ er tonnenweise bisher in den USA gelagertes Gold abholen. Angesichts der Aufkündigung der Bretton-Woods-Vereinbarung von Präsident Nixon 1971 eine weitsichtige Entscheidung. *N.H.*



Wie viel Gold lagert in New York? Die letzte Bestandaufnahme der US-Zentralbank ist Jahrzehnte her Bild: pa

Spielball der USA

Das Bretton-Woods-System: Vertragstreue so lange, wie sie nützt

Als US-Präsident Richard Nixon am 15. August 1971 per Fernsehansprache die im Jahr 1944 gegebene Zusage aufkündigte, Dollar in eine bestimmt Menge Gold umzuwechseln, war das eine Zäsur in der Währungsgeschichte. Fortan stand hinter Papiergeld nicht mehr ein durch Gold gedeckter Anspruch, sondern nur noch ein Versprechen. Makulatur war mit der Rede Nixons das gesamte bisherige Währungssystem von Bretton Woods, das den US-Dollar zur Weltleitwährung gemacht hatte. Grundlage des zum Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Währungssystems war die Zusicherung der USA, jederzeit 35 Dollar gegen eine Feinunze Gold (31,5 Gramm) umzutauschen. Per festem Wechselkurs hingen alle anderen Währungen am Dollar und damit indirekt am Gold.

So überraschend die Aufkündigung der US-Selbstverpflichtung zur Einlösung von Dollar in Gold im August 1971 auch kam, eine Krise des von den USA dominierten Währungssystems war bereits länger absehbar. Der Vietnamkrieg und vom US-Präsidenten Lyndon B. Johnson angeschobenen Sozialprogramme hatten zu einer starken Verschuldung geführt. Die Dollar-Menge war dadurch so weit aufgebläht, dass die bei der US-Zentralbank vorhandene Goldreserve bei weitem nicht mehr zur Abdeckung ausreichte. Bereits im Jahr 1968 wurde die Goldeinlösepflicht auf Zentralbanken des Währungssystems beschränkt.

Eng verbunden mit dem Bretton-Woods-System, dem die Bundesrepublik 1949 beitrat, ist die Wiederherstellung der deutschen Goldreserven in den Nachkriegsjahrzehnten. Noch die Eröffnungsbilanz der Bundesbank im Juni 1948 wies keinerlei Gold aus. Mit den Exportüberschüssen der 1950er und 1960er Jahre änderte sich das jedoch. Vor dem aktuellen Hintergrund der ausufernden Target-2-Salden bei der Bundesbank – zu deren Tilgung durch die Schuldner keine Termine gesetzt sind – ist interessant, dass gemäß den damaligen Vereinbarungen der Europäischen Zahlungsunion (EZU) die Schuldnerländer ihre Importe aus Deutschland mit Goldzahlungen beglichen. Die Überführung der so aufgebauten deutschen Goldreserven unterblieb mit der Begründung hoher Transportkosten und unzureichender Lagerungsmöglichkeiten in Deutschland.

Deutsches Gold für Euro-Rettung?

Auch wenn die Bundesbank sich mit Einzelheiten bedeckt hält, kann man davon ausgehen, dass bis heute ein Großteil der deutschen Goldreserven in New York, London und Paris gelagert wird. Schon fast regelmäßig wecken die deutschen Goldreserven – aktueller Stand etwa 3400 Tonnen – Begehrlichkeiten verschiedenster Seiten. 2004 wurden Überlegungen des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) laut, mit dem Verkauf von Teilen des Goldes Bildungs- und Forschungspolitik zu finanzieren. Auch in der aktuellen Euro-Krise haben die deutschen Goldreserven wieder Begehrlichkeiten geweckt. Statt dass Länder wie Italien mit 2451 Tonnen oder Portugal mit immerhin 382 Tonnen Gold selbst ihre Reserven heranziehen, sah sich Deutschland mit der Forderung konfrontiert, seine Goldreserven zur Euro-Rettung zur Verfügung zu stellen. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2365**

Vergleichbarkeit als Maßstab

Ob Abitur oder Hochschulabschlüsse: Was für den einen sehr gut ist, ist für den anderen gerade befriedigend

Anfang des Monats bot das Internet-Rabatt-Portal Groupon gegen eine Spende einen kirchlichen Ehren-Doktortitel der Miami Life Development Church wahlweise als Doktor h.c. oder Professor h.c. ab 39 Euro an. Angesichts der Plagiatsvorwürfe gegen Doktorarbeiten deutscher Politiker fehlt vielen Deutschen jedoch der Humor, sich über derartige Titelkäufe zu amüsieren, zumal die Fehler im System um die Vergabe echter Doktortitel nicht behoben sind.

Es ist immerhin ein kleiner Schritt hin zu einer besseren Vergleichbarkeit der Abiturnoten, doch noch sind auch hier viele Fragen offen. Zwar rang sich die Kultusministerkonferenz nach Jahrzehnten der Debatte dazu durch, den Bundesländern einen Fragenpool für die Abiturprüfung zur Verfügung zu stellen, doch an welchem Leistungsniveau sich diese pro Fach etwa 100 zur Auswahl stehenden Aufgaben orientieren werden, muss noch geklärt werden. Zudem handelt es sich offenbar nur um eine Option, sprich, die Bundesländer können, müssen aber nicht auf diese Fragen zurückgreifen. Angesichts des Umstandes, dass anhand verschiedener Studien nachgewiesen wurde, dass die Abiturienten in Bayern mehr können als im Norden Deutschlands, dürfte das Interesse daran, sich der direkten Vergleichbarkeit mit den Leistungsträgern zu unterwerfen, in einigen Bundesländern gering sein.

Dabei wird die Vergleichbarkeit bei Bildungsabschlüssen doch stets und ständig von der Politik gefordert. Die Bologna-Reform der EU hat dazu geführt, dass international renommierte deutsche Bildungsabschlüsse wie Magister und Diplom durch Bachelor und Master ausgetauscht wurden. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) merkte erst vor kurzem an, dass man bei der Reform bedauerlicherweise zu sehr auf strukturelle und zu wenig auf inhaltliche Aspekte geachtet habe. Deswegen wolle sie demnächst eine Arbeitsgruppe zusammenstellen, die sich mit der Frage beschäftigt, wie man das Humboldtsche Ideal von Bildung bei den neuen Abschlüssen berücksichtigen könne. Dies rief sofort die Bundesregierung auf den Plan, die wenige Tage nach Schavans Bekenntnis anmerkte, man sei zufrieden mit dem Verlauf der Bologna-Reform.

Da inzwischen nach Akkreditierung durch eine staatlich zugelassene Akkreditierungsagentur fast jede Fachschule Bachelor-Abschlüsse anbieten kann, kann von Vergleichbarkeit jedoch nur schwer die Rede sein. Bei einer Fahrt mit der U-Bahn in Hamburg werben mindestens fünf verschiedene, nicht-staatliche Institute damit, dass man bei ihnen den Bachelor für dies oder jenes machen könne. Wie Arbeitgeber da noch erfassen sollen, welcher Bachelor Qualität verspricht und welcher nicht, ist fraglich. Auch in der Finanzbranche bieten inzwischen immer mehr renommierte Fort- und Weiterbildungsstätten den Bachelor als Abschluss an. Inwieweit dies nun in der Branche seit Jahren anerkannte Abschlüsse wie Fach- und Betriebswirt im Bank- oder Versicherungswesen sowie im Bereich Immobilien ablöst, ist noch offen. Derzeit werden diese bundesweit einheitlich und unabhängig von der Industrie- und Handelskammer (IHK) nach dort durchgeführter Prüfung vergeben. Der Bachelor hingegen wird nur vom jeweiligen zuvor hierfür akkreditierten Bildungsträger vergeben, der natürlich ein finanzielles Interesse hat, möglichst viele und gute Absolventen zu haben. „Da die schulische/hochschulische Bildung in der Verantwortung der Länder liegt, kann die IHK hier nicht als qualitätssichernde Institution tätig werden", so Gordon Schenk, Leiter des Referates Kaufmännische Weiterbildung der DIHK auf *PAZ*-Anfrage.

> Fördergelder schaffen Quantität statt Qualität

Ina Kolanowski von der Commerzbank glaubt, dass beide Abschlussarten künftig nebeneinander bestehen bleiben: „Die von uns gewünschten Abschlüsse orientieren sich an den jeweiligen Erfordernissen des einstellenden Bereichs beziehungsweise an den Anforderungen der jeweils ausgeschriebenen Stelle. Die Heterogenität unserer Bereiche fordert hier sowohl Bachelorabschlüsse wie auch Bankfachwirte und Betriebswirte."

Doch Vergleichbarkeit der Abschlussarten ist nicht das einzige Ziel. Auch eine Vergleichbarkeit der Abschlussnoten, wie nun beim Abitur durch die Kultusministerkonferenz angestrebt, wäre auch auf Hochschulniveau wünschenswert. So hat das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) belegt, dass in einigen Bundesländern die Bestnote „summa cum laude" bei Promotionen inflationär vergeben wird. Der „Spiegel" fragte angesichts der Studie vom IFQ gar, ob sich die Genies der Republik an Saar und Spree versammelt haben, denn an der Universität des Saarlandes erhielten 38 Prozent der Doktoranden in Jura die Bestnote, an der LMU München seien es nur ein Prozent. In Mathematik würden 36 Prozent der an der TU Berlin Promovierenden eine 1 bekommen, in Bonn seien es nur 1,7 Prozent.

25 000 Akademiker erhalten im Durchschnitt pro Jahr ihren oft lange und schwer erarbeiteten Doktortitel, der allerdings durch einige schwarze Schafe in Verruf geraten ist. Zwar sollen in Bayern und Baden-Württemberg künftig alle Doktoranden eidesstattlich bezeugen, dass sie nirgendwo abgeschrieben haben, doch wo kein Kläger, ist kein Beklagter. Wenn Professoren mehrere Doktoranden zusätzlich zu Bachelor- und Masterstudenten betreuen, haben sie wenig Zeit, die oft über 1000 Seiten langen Abschlussarbeiten auf Plagiate hin zu überprüfen. Doch da öffentliche Fördergelder nach der Zahl der Promotionen vergeben werden, haben manche Universitäten wenig Interesse daran, Qualität vor Quantität zu setzen. Selbst computergestützte Anti-Plagiats-Programme würden nur gegen die dümmsten Schummler helfen, merkt der „Spiegel" an. Bezweifelt werden darf, ob der Vorschlag der Grünen, den Doktortitel aus den Ausweispapieren zu streichen, um die Titelsucht der Träger nicht zu befriedigen, das Problem lösen würde.

Rebecca Bellano



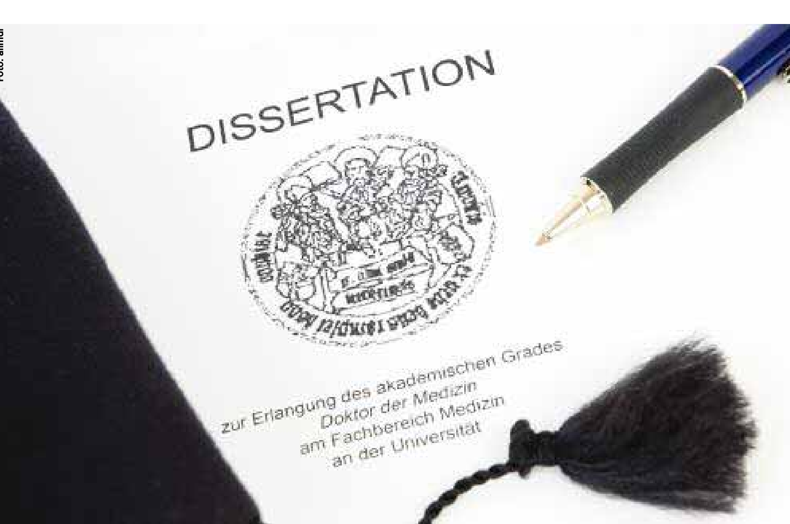


Foto: alimdi

Hohe Weihen: 25 000 Doktortitel vergeben deutsche Hochschulen pro Jahr. Ein Drittel davon an Mediziner.

MELDUNGEN

Grünen-Wählern ist egal, wer führt

Berlin – Kurz nachdem sich Claudia Roth als Kandidatin für die Grünen bei der Bundestagswahl 2013 neben Jürgen Trittin ins Gespräch gebracht hatte, trafen sich die Spitzen der Partei, um die Art und Weise der Kandidatenkür zu besprechen. Während man in Berlin zum Teil die eigenen Eitelkeiten pflegte, merkte der über das Personalgerangel verärgerte Spitzenkandidat der Grünen bei der bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Robert Habeck, an, dass es den Wählern der Grünen „weitgehend wurscht" sei, „wer an der Spitze der Partei steht". Er erhielt zugleich Unterstützung vom Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner: „Bei den Grünen spielt es für die Wähler keine Rolle, wer sie in den Wahlkampf führt." *Bel*

Deutschkurse immer beliebter

München – Die deutsche Sprache kann sich dank der Euro-Krise plötzlich über ein neu erwachtes Interesse im Ausland freuen. Insgesamt 234 587 Teilnehmer, und somit 16 400 mehr als 2010, konnte das Goethe-Institut bei seinen Deutschkursen unterrichten. Vor allem in Spanien (35 Prozent), Portugal (20 Prozent) und Italien (14 Prozent) stieg die Nachfrage nach Deutschkursen des Goethe-Institutes, das 137 Auslandsniederlassungen in 93 Ländern hat, stark an. Allein in Athen sind es derzeit über 350 Sprachschüler. „Es sind vor allem junge Leute, die sich für unsere Kurse interessieren", so Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts. „Nicht weil sie Goethe und Schiller im Original lesen möchten, sondern weil sie im Beruf weiterkommen wollen. Das Goethe-Institut bietet mit seinem Netzwerk im In- und Ausland eine perfekte Bildungsplattform." *Bel*

Zuwanderungwelle befürchtet

Aus Sorge vor Folgen der Euro-Krise ändert Berlin Hartz-IV-Regeln

Angst vor einer massiven Einwanderungsbewegung in das deutsche Sozialsystem aus Südeuropa scheint das Motiv einer Änderung der Hartz-IV-Regelungen zu sein, die, öffentlich kaum wahrgenommen, derzeit vorgenommen wird. Bereits im Dezember ist vom Auswärtigen Amt beim Straßburger Europarat ein Vorbehalt gegen das Europäische Fürsorgeabkommen von 1953 zu Protokoll gegeben worden, da dieses gegen die Gleichbehandlung der EU-Bürger verstoße.

Bis dieser Vorbehalt eingelegt worden war, hatten die Bürger der 18 Unterzeichnerstaaten – darunter Spanien und Griechenland –, sobald sie sich in Deutschland polizeilich angemeldet hatten, Anspruch auf deutsche Sozialleistungen, wenn sie sich als arbeitssuchend meldeten. Bürger aus Staaten, die erst später zur EU gestoßen sind, wie etwa Österreicher und Polen, hatten diesen Anspruch allerdings nicht. Durch die nun erfolgende Neuregelung besteht einheitlich für alle EU-Bürger erst nach Ablauf von drei Monaten dieser Anspruch. Als zusätzliche Bedingung gilt, dass der Antragsteller für die Hartz-IV-Leistungen bereits zuvor in Deutschland gearbeitet haben muss. In der Praxis muss dies allerdings keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein, so dass auch Freiberufler und Selbstständige Ansprüche anmelden können. Als Nachweis für eine Arbeit in Deutschland dürfte bereits ein absolviertes Praktikum reichen, selbst wenn dieses nur geringfügig vergütet worden ist.

> Nur wer drei Monate hier gearbeitet hat, hat künftig Anspruch

Immerhin zeigt die Neuregelung aber, wie die finanziellen Spielräume enger werden. Zu Zeiten deutscher Scheckbuchdiplomatie hätte die Lösung des vorgeblichen Problems der ungleichen Behandlung sehr wahrscheinlich darin bestanden, die bisher bestehende großzügige Lösung, die nur Bürgern einiger Länder gewährt wurde, komplett auf alle EU-Länder auszuweiten. Hintergrund der nun erfolgten Neuregelung, die ab 1. April in Kraft treten soll, dürfte auch weniger die Sorge um die Gleichbehandlungsgrundsätze sein als vielmehr die Angst vor massiver Einwanderung vor allem aus den südeuropäischen Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Portugal.

Noch bewegen sich die entsprechenden Zahlen auf niedrigem Niveau. 2011 waren bundesweit etwa nur 7000 Spanier in Deutschland als arbeitssuchend gemeldet, so dass sie Hartz-IV-Leistungen beantragt hatten. In Berlin lag die Zahl beispielsweise im Jahr 2011 bei 567 arbeitssuchenden Spaniern. Alarmierend sind allerdings die Zuwachsraten. Allein in Berlin ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Spanier zwischen Januar 2011 und Januar 2012 um 60 Prozent gestiegen. Auch Angehörige aus anderen EU-Krisenländern sind mit hohen Steigerungsraten dabei. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Griechen stieg in Berlin im gleichen Zeitraum um 19 Prozent, die der Italiener immerhin auch um zehn Prozent.

Die nun vollzogene Notbremsung könnte ein Zeichen dafür sein, dass die bisher verbreitete Grundannahme, die hinter allen im Bundestag verabschiedeten Rettungspaketen steckt – Sparpakete und Rettungsgelder für die Euro-Krisenländer zeigen in absehbarer Zeit Wirkung –, intern wohl selbst nicht mehr geglaubt wird. *Norman Hanert*

Blutgeld gegen Blutrache

Islamische Paralleljustiz hebelt weiter geltendes Recht aus

In Europa breitet sich immer mehr die Akzeptanz von Teilen der islamischen Rechtsordnung Scharia aus. Dies geschieht durch mit Muslimen besetzte Schiedsgerichte, die bei Ehestreitigkeiten, Erbauseinandersetzungen und in anderen privaten Belangen die Kompetenz ordentlicher Gerichte außer Kraft setzen und längst als „Schattenjustiz" zu bezeichnen sind. Meist werden diese Einrichtungen mit Imamen und Privatleuten ohne juristische Ausbildung besetzt, suggerieren aber durch den Begriff Friedensrichter rechtliche Kompetenz. Autoritäre Clanchefs oder Familienälteste, deren Autorität auf ihrer Macht sowie der Berufung auf religiöse und kulturelle Werteordnungen beruht, geben dabei den Ton an.

Die fragwürdige Laiengerichtsbarkeit fußt auf drei Prinzipien: Schlichtung, Strafverzicht gegen finanzielle Wiedergutmachung und Selbstjustiz. Der Berliner Kriminalist Carsten Wendt sieht darin eine Aushebelung des deutschen Rechtssystems, der mit polizeilichen Mitteln nicht mehr beizukommen sei. Mangelnde Kompetenz und ungenügendes Wissen führten zu „Sympathie und Akzeptanz" deutscher Behörden und Politikern, was die islamische Paralleljustiz erst recht zum Blühen brächte. Manchmal werde die Opferfamilie unter enormen Druck gesetzt, damit sie eine Aussage verweigert, ändert oder gar widerruft. Einige Politiker wie der rheinland-pfälzische Justizminister Jochen Hartloff (SPD) sehen dennoch keine Gefahr, wenn die Friedensrichter etwa in Form von Schiedsgerichten ähnlich wie in Handel oder Sport agierten.

> Sympathie deutscher Politiker beflügelt die Paralleljustiz

Die 1966 geborene, engagierte, türkischstämmige Frauenrechtlerin Serap Cileli, die selbst als Kind zwangsverheiratet worden war, sieht allerdings sogar bei hoch kriminellen Taten wie Mord die Gefahr einer Ausbremsung der Strafverfolgung. Das Prinzip Blutgeld gegen Blutrache in einer außergerichtlichen Einigung spiele dabei eine entscheidende Rolle und es könne durchaus passieren, dass eine Staatsanwaltschaft wegen Mangel an Beweisen ein Verfahren einstellen muss. Druck und Erpressung ersetzten Gerechtigkeit. Oft werde die Tat beispielsweise bei Ehrenmorden einem Familienangehörigen zugeschoben, der keine oder nur wenig Strafe zu erwarten habe. Vor allem bei Straftaten gegen Frauen führten die bereits entstandenen Parallelstrukturen „zu enormem Leid bei einer unüberschaubaren Anzahl von Opfern".

Cileli, Autorin von „Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre", kämpft mit ihrem Verein „Peri e.V." gegen die Etablierung muslimischer Streitschlichter in Deutschland und brandmarkt sie als eine Unterhöhlung der im Westen geltenden Gesellschaftsordnung. Der Bremer Staatsanwalt Jörn Hauschild bringt es auf den Punkt: Nach seiner Erfahrung werden in 90 Prozent aller Strafverfahren mit Tätern und Opfern aus dem muslimischen Kulturkreis die sogenannten Schlichtungen erst gar nicht bekannt. Nach Aussagen der offiziell durch Suizid verstorbenen Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig hätten in 60 Prozent der von ihr betriebenen Verfahren die Beteiligten ausgesagt, dass sie sich bereits untereinander geeinigt hätten. Cileli fordert deshalb eine deutliche Reglementierung, damit es erst gar nicht so weit kommen kann, dass an Frauen begangene Verbrechen einfach unter der Hand ausgehandelt werden, der Täter sich so der deutschen Justiz entzieht.

Joachim Feyerabend

MELDUNGEN

Bomben wegen Transitgebühren

Juba – Zwar hat sich der Südsudan 2011 für unabhängig erklärt, aber trotzdem behindert die sudanesische Regierung weiter die Entwicklung des Landes. Der Südsudan, der sein Öl über die Pipelines im Sudan zum Abtransport in alle Welt laufen lassen muss, will nur rund 5,70 US-Dollar pro Barrel für den Transit zahlen, der Sudan verlangt aber 27 US-Dollar. Derzeit kostet ein Barrel am Weltmarkt zwar rund 120 US-Dollar, doch Juba ist nicht bereit, so hohe Gebühren an Khartum zu zahlen. Dieses soll laut Angaben des Südsudan nun Ölförderanlagen bombardiert haben. Zugleich kritisiert die Uno Kampfhandlungen an der Grenze der beiden Länder. *Bel*

Frauenrechte wie unter den Taliban

Kabul – Bisher in der Verfassung verbriefte Rechte für Frauen sollen nach den Empfehlungen des einflussreichen afghanischen Religionsrates (Ulema) wieder eingeschränkt werden. Zu den Vorschlägen, die nun an die Adresse des Regierungschefs Hamid Karzai vom Rat übermittelt wurden, gehören konkrete Empfehlungen, die an die Zeit der fundamentalislamistischen Taliban-Herrschaft erinnern. So soll es nach Angaben eines Sprechers des Religionsrats Frauen künftig untersagt werden, ohne enge männliche Verwandte öffentliche Transportmittel zu nutzen. Eine weitere an die Regierung übermittelte Empfehlung lautet, Frauen nicht mehr in gemischten Büros mit Männern zusammen arbeiten zu lassen, wenn diese nicht unmittelbar zur Familie gehören. Bereits im vergangenen Monat hatte das Kabuler Informationsministerium staatliche und private Fernsehsender dazu aufgefordert, ihre Moderatorinnen Kopftücher tragen zu lassen. *N.H.*

Der Krieg lässt sie nicht mehr los

Immer mehr US-Veteranen finden nach ihren Kampfeinsätzen nicht mehr zurück in den heimischen Alltag

Während im heißen US-Wahlkampf die Republikaner, wie US-Präsident Barack Obama es in einer Pressekonferenz formulierte, „die Kriegstrommeln schlagen“ und seine Präferenz für eine diplomatische Lösung im Iran-Konflikt als „weich“ einstufen, sind die Folgen der letzten US-Kriege im Irak und Afghanistan immer stärker in der US-Gesellschaft spürbar.

Vor kurzem wurde das an täglichen Verbrechen nicht gerade arme Los Angeles von einer Reihe absurd scheinender Morde aufgeschreckt. Die Opfer waren ausnahmslos Obdachlose. Sie wurden mit über 40 Messerstichen ohne erkennbares Motiv erstochen. Bis beim letzten Opfer Passanten den Täter flüchten sahen. Sie verfolgten ihn und alarmierten die Polizei, so dass er gefasst wurde und die filmreife Mordserie auf diese Weise ein Ende fand.

Zur Überraschung der Polizei war der Täter namens Itzcoatl „Izzy“ Ocampo ein erst 23 Jahre junger Veteran der Marines (US-Marineinfanteristen), der im Irak gedient hatte und über den seine entgeisterten Angehörigen und Freunde nur Gutes zu sagen wussten. Der Anschlag auf das World Trade Center vom 11. September 2001 hatte den immer fröhlichen und hilfsbereiten Jungen dazu gebracht, zu den Marines zu gehen, wo er von 2005 bis 2010 diente. „Er war ein Muster-Marine“, betonte jetzt schockiert seine Vorgesetzte im renommierten Marines-Stützpunkt Camp Pendleton bei Los Angeles, Bonnie Tisdale: „Immer pünktlich und zuverlässig. Gleich wessen man ihn anklagt, ich würde ihm mit meinem Leben vertrauen. Er ist ein Veteran, der nicht die erforderliche Hilfe erhielt.“

Ein tiefes Mitleid empfand Ocampo für alle Armen und Leidenden. Nach dem Ende seines Militärdienstes ohne Job, unterstützte er Obdachlose mit seinem Arbeitslosengeld, gab ihnen oft seine letzten Dollar.

Was war geschehen? Wie ist so ein Wandel möglich? Itzcoatl „Izzy“ Ocampo leidet wie eine steigende


Foto: Getty

Traumatisierend: Nicht nur körperlich kriegsversehrte Ex-Soldaten werden für US-Gesellschaft zum Problem

Zahl von Irak- und Afghanistan-Veteranen unter einen psychischen Syndrom, das verheerend wirken kann: Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS). Wie bei der traumatischen Hirnverletzung (Traumatic Brain Injury, TBI) handelt es sich dabei um eine psychische Reaktion, in diesem Falle auf traumatische Ereignisse an der Front und den kompletten Unterschied zum sensationslosen Leben daheim. Patriotisch und abenteuerlustig haben sie sich anwerben lassen und werden dann mit der Realität eines brutalen Krieges in einem fremden Land mit anderen Menschen, anderen Bräuchen, anderer Religion und einem oft unsichtbaren tödlichen Feind nicht fertig, mit der Angst und dem Terror, den Verwundeten und Toten. PTBS wie TBI erzeugen Albträume, Schlaflosigkeit, schwere Depression, Aggressivität, Verstörtheit und Gefühlslosigkeit.

Ocampo diente bei einem Medical Battalion, das Tote und Verwundete an Ort und Stelle für den Weitertransport in Hospitäler betreut. „Als mein Sohn 2008 nach mehreren Einsätzen aus dem Irak zurückkam“, sagt sein Vater, ein aus Mexiko eingewanderter Rechtsanwalt, „erschien er wie verwandelt. Er redete davon, dass schreckliche Dinge geschehen werden und die Welt untergeht.“ 2010 quittierte Ocampo den Dienst. Aber zuhause wurde alles schlimmer. Sein Bruder: „Er war total verrückt. Überall suchte er nach Bomben und Waffen.“

Nach Schätzungen leben Zehntausende von Kriegsveteranen obdachlos auf der Straße. Davon haben rund 20 Prozent psychische Störungen, und 70 Prozent sind drogenabhängig. Hochgerechnet nehmen sich an jedem Tag 18 Veteranen das Leben. Ohne Job, ohne Geld, ohne Hoffnung und ohne Kameradschaft und Verbundenheit in gemeinsamen Aktionen, aber dafür oft mit zerstörten Familien fühlen sie sich nach dem Ende des Militärdienstes isoliert und nutzlos.

Wie die Selbstmord- ist auch die Scheidungsrate bei Militärangehörigen erschreckend hoch. Paare werden sich fremd mit jedem weiteren monatelangen Einsatz. Besonders schlimm ist es bei Veteranen, die unter PTBS leiden. Die Kinder sind dem Vater beziehungsweise der Mutter entfremdet und verängstigt angesichts von Wutanfällen, Tätlichkeiten und durch Depression. Die unehrenhaften Entlassungen aus der US-Army sind seit dem Irakkrieg um 40 Prozent gestiegen. Bei jedem fünften spielt Alkohol eine Rolle, bei jedem zweiten ist es Drogenmissbrauch. Hinzu kommen die durch schwere Verletzungen untauglich gewordenen Soldaten. Junge, durchtrainierte Menschen, die nun Invaliden sind, bevölkern die Hospitäler wie Rehabilitationszentren des Kriegsveteranenministeriums der Vereinigten Staaten (United States Department of Veterans Affairs, VA). Das VA versucht alles, um Hilfe zu leisten, ist aber nach so langer Kriegszeit total überfordert. Vor allem fehlen Psychologen, um die psychischen Störungen, auf denen die meisten schweren Probleme beruhen, rechtzeitig zu erkennen und zu behandeln. Hilfsgesuche bleiben in der Bürokratie stecken. So war Ocampo mit PTBS eingestuft, erhielt aber keine Behandlung.

Hilfe kommt vielfach von privaten Initiativen. Sportveranstaltungen für Kriegsinvalide sind ein besonderer Erfolg. Und seit kurzem gibt es Lifequest, ein Musik-Camp in Colorado. Dort treffen sich vor allem verwundete Veteranen mit Liedermachern, die ihnen helfen, ihre Kriegserfahrungen in Songs einzubringen. Wie bei dem 28-jährigen Army Sergeant Tyler Daly, der im Irak durch eine Sprengfalle, eine sogenannte Roadside Bomb, verwundet wurde und seit seiner Ausmusterung an TBI, schwerer Depression, Alpträumen und Angstzuständen leidet: „Ich finde das Gefühl nicht mehr. Ich muss meine Geschichte erzählen. Berichten, wie es damals war, am Rand von Tod und Leben.“ *Liselotte Millauer*

Öl fördert Spaltung

Libysche Ostregion proklamiert Autonomie

Der sich bereits unmittelbar nach dem Ende von Muammar al-Gaddafi abzeichnende Zerfall Libyens ist vorige Woche in eine neue Phase eingetreten: Eine Versammlung von 2000 Stammesältesten, Politikern und Miliz-Kommandanten hat in Bengasi eine Art Autonomie jenes Gebiets proklamiert, in dem sich die größten Ölfelder befinden, also von Sirte bis zur ägyptischen Grenze. Auslöser war das neue Wahlgesetz, das der Ostregion Kyrenaika nur 60 von 200 Abgeordneten zubilligt. Die Wahlen sind für Juni angesetzt.

Die Kyrenaika, eine der drei historischen Großprovinzen Libyens, hatte allerdings schon davor keinerlei Entscheidungen akzeptiert, die vom Nationalen Übergangsrat (NTC) in Tripolis getroffen wurden. Die autonome Region, zu deren Chef Ahmed Zubair al Senussi, ein Verwandter des einstigen Königs Idris I., bestellt wurde, wolle aber nicht aus Libyen ausscheiden, hieß es. Aber auch im abgespaltenen Südsudan ging es – mit Unterstützung von Ölkonzernen und deren Regierungen – zunächst nur um Autonomie, und eine Unabhängigkeitserklärung des autonomen kurdischen Nordirak wird nur verhindert, weil die Türkei in dem Fall mit Einmarsch droht.

Dass der Vorsitzende des NTC Mustafa Abd-al-Dschalil droht, eine Abspaltung notfalls mit Gewalt zu verhindern, ist angesichts der heutigen Sicherheitslage aber als bloße Rhetorik zu werten, denn es fehlen ihm dazu die Soldaten. Überall im Land sind auch nach dem „Sieg“ über Gaddafi die Milizen selbständig geblieben. Sie weigern sich, ihre Waffen abzugeben, und fast täglich liefern sie einander irgendwo blutige Scharmützel. Dazu kommen unzählige Racheaktionen, von denen die wenigsten den Weg in die Medien finden, weil sie eben nicht in das Bild einer „Befreiung“ passen.

Tripolis droht mit Gewalt

Die Ereignisse in Libyen haben zudem weitreichende Auswirkungen: Waffen aus geplünderten libyschen Depots zirkulieren heute in halb Afrika. Russland, das sich von der Nato beim eklatanten Missbrauch des UN-Mandats für Libyen hintergangen fühlt, weigert sich, im Fall Syrien in dieselbe Falle zu tappen. Und manch „syrischer Aufständischer“ kommt aus Libyen oder wurde dort ausgebildet. *R. G. Kerschhofer*

Fürstentum bald Republik?

Liechtenstein: Initiative will Rechte des Monarchen beschneiden, der droht mit Abdankung

Liechtenstein verdankt seinem Fürstenhaus sehr viel, sein Name rührt von seinem Herrschergeschlecht her, das seinerseits seinen Namen einer Burg in Niederösterreich verdankt. Heute ist das Fürstentum Liechtenstein zwar eine konstitutionelle Monarchie, aber der Fürst genießt mehr Rechte als in jeder anderen Monarchie Europas. So muss der Landesfürst zunächst mit einer Thronrede den Landtag einberufen, bevor dieser tätig werden kann. Andererseits kennt Liechtenstein ähnlich wie die Schweiz ein weitgehendes verfassungsmäßiges Instrumentarium direkter Demokratie, nämlich die Durchführung von Volksabstimmungen. Dennoch hat der Fürst nach diesem als Dualismus bezeichneten Staatsprinzip auch gegenüber dem Ergebnis von Volksabstimmungen das Sanktions- oder Vetorecht, das heißt, dass auch das Ergebnis einer Volksabstimmung vom Landesfürsten durch Verweigerung der Sanktion gekippt werden kann. Soweit war es bislang noch nicht gekommen. Erbprinz Alois hatte allerdings im letzten Herbst die Probe aufs Exempel gemacht. Eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Fristenregelung bei Abtreibungen in Liechtenstein wurde mit 52,3 Prozent Nein-Stimmen in einer Volksabstimmung knapp verworfen. Eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten folgte somit Erbprinz Alois, der in einer Ansprache zum Nationalfeiertag 2011 angekündigt hatte, ein Gesetz zur Freigabe der Abtreibung nicht zu unterzeichnen, selbst wenn es eine Mehrheit im Volk finde.

Nun könnte sich das Szenario wiederholen, denn eine Volksinitiative möchte dem Fürsten das Sanktions- oder Vetorecht beschneiden. Das Volk, so die Initiative, soll bei Abstimmungen tatsächlich das letzte Wort haben. Die Aktion für ein „Fortschrittliches Vetorecht – damit deine Stimme zählt“ wurde Anfang Februar gestartet. Die Liechtensteiner Regierung erklärte das Volksbegehren für zulässig. Bevor Unterschriften gesammelt werden können, muss das Begehren noch durch das parlamentarische Prüfungsverfahren. Kommt man zu dem Schluss, dass die Volksinitiative alle nötigen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, ist der Weg frei.

Das Fürstenhaus reagierte prompt auf die neue Volksinitiative. Es will von einer Einschränkung seines Vetorechts nichts wissen. Erbprinz Alois stellte am 1. März in seiner Thronrede vor dem Parlament klar, dass das Anliegen nur mit einer Volksinitiative zur Abschaffung der Monarchie umgesetzt werden könne. Schon früher hatte der Erbprinz vorgeschlagen, dass sich das Fürstentum ja „Republik Oberrheintal“ nennen könne, wenn es das Fürstenhaus nicht anerkennt, und er würde Schloss Vaduz verlassen und in Wien im Familienpalais Liechtenstein Wohnsitz nehmen. Wörtlich sagte Erbprinz Alois, der seit 2004 im Auftrag seines Vaters die Funktionen des Landesvaters ausübt, am 1. März: „Diese Staatsform des Dualismus hat sich seit seiner Einführung 1921 bewährt und ist mit vielen Vorteilen verbunden, insbesondere einer großen politischen Stabilität, einer hohen Kontinuität in der Regierungsführung und einer einzigartigen Identität. Das Fürstenhaus ist nur dann bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, wenn der Fürst auch die aus Sicht des Fürstenhauses dafür nötigen politischen Instrumente hat. Wenn das Volk dies aber nicht mehr will, dann möchte das Fürstenhaus auch keine politische Verantwortung mehr übernehmen und sich mit einem klaren Schnitt gänzlich aus dem politischen Leben in Liechtenstein zurückziehen. Denn der Name Liechtenstein ist zu eng mit dem Fürstenhaus verbunden, als dass nicht auch weiterhin das Fürstenhaus mit der Politik Liechtensteins in Verbindung gebracht würde. Als Feigenblatt einer nicht mehr vom Fürstenhaus getragenen Politik möchte das Fürstenhaus nicht dienen.“ *Bodo Bost*

Von Mähren nach Liechtenstein

Das liechtensteinische Fürstenhaus zählt zu den ältesten Adelsfamilien Europas. Im Jahre 1729 erwarb das Liechtensteinische Fürstenhaus Land am Oberrhein, verwaltete dieses aber weiterhin von Wien aus. Erst seit dem Wiener Kongress 1814/1815, der Liechtenstein als eigenständigen Kleinstaat anerkannte, hat das Land einen eigenständigen Souverän, zunächst an Österreich, seit 1918 an die Schweiz angelehnt. Bis 1938 lebten seine Fürsten die meiste Zeit auf ihren Schlössern in Wien oder Mähren. Durch die Benesch-Dekrete in der Tschechoslowakei, welche die Liechtensteiner Herrscher als Deutsche einstuften, verlor das Fürstenhaus 1945 den größten Teil seines Besitzes und seiner Schlösser außerhalb der Liechtensteiner Landesgrenzen. Damit verlagerte sich auch der Lebensmittelpunkt der Fürstenfamilie endgültig an den Oberrhein. *B.B.*

Schattenhaushalte statt Einsparungen

Der Staat gibt immer mehr Kernaufgaben aus der Hand – Aus Schäden der Vergangenheit nichts gelernt

Erstmals übernimmt in Großbritannien ein privates Unternehmen den Betrieb einer Polizeiwache, was für Aufsehen sorgte. Die Anfangs gehegten Erwartungen, mit solchen Projekten von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) wirklich Geld zu sparen, haben sich bisher meist nicht erfüllt. Dass Politiker trotzdem immer noch auf solche Privatisierungsmodelle zurückgreifen, hat gleich mehrere Gründe.



Bild: T. Lohnes/dapd

Sicherheit als Geschäftsidee: Als Ministerpräsident von Hessen hat Roland Koch 2005 das erste teilprivatisierte Gefängnis eröffnet. Nun will er mit Bilfinger Berger vier Polizeiwachen in Großbritannien betreiben.

Da die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand immer enger werden, ist die Privatisierungswelle inzwischen bei den Kernaufgaben des Staates angekommen. Es geht inzwischen nicht mehr nur um Straßen oder Schwimmbäder, sondern auch um die öffentliche Sicherheit.

Ein Blick nach Großbritannien ist hier aufschlussreich. Das Land war Vorreiter bei derartigen Privatisierungsprojekten in Europa. Bereits zu Anfang der 90er Jahre wurden öffentliche Aufgaben an Privatunternehmen vergeben. Somit kann man in Großbritannien mittlerweile auf 20 Jahre Erfahrung zurückblicken und die sind keinesfalls so positiv, wie anfangs erhofft. Nach Berechnungen der „Financial Times" haben in Großbritannien 700 Projekte von ÖPP mittlerweile Mehrkosten von 20 Milliarden Pfund verursacht. Geschätzte 2,8 bis vier Milliarden Pfund sind zusätzlich für Anwaltshonorare und Beraterverträge angefallen. Bis zum Jahr 2050 werden die seit 1992 investierten 70 Milliarden Pfund für private Infrastrukturprojekte die Steuerzahler 240 Milliarden Pfund kosten.

Untersuchungen der „European Services Strategy Unit" haben gezeigt, dass von den 700 privat betriebenen Infrastrukturprojekten 90 mittlerweile im Besitz von Firmen sind, die ihren Sitz in Steueroasen haben, so dass die Gewinne nicht einmal versteuert werden.

In Deutschland ist die Privatisierungswelle mit Hilfe von ÖPP erst mit dem von der rot-grünen Koalition auf den Weg gebrachten ÖPP-Beschleunigungsgesetz im Jahr 2005 in Gang gekommen. Auch hier ist die Bilanz durchwachsen. Statt der im Durchschnitt erhofften Einsparungen von zehn bis 15 Prozent sind die Projekte regelmäßig entweder genauso teuer wie bisher oder laufen kostenmäßig völlig aus dem Ruder. „Ein realistischer Kostenvergleich lässt keine Vorteile der ÖPP-Lösung gegenüber einer herkömmlichen Verwirklichung erkennen", lautet etwa die Einschätzung des Chefs des Bayerischen Rechnungshofs nach der Untersuchung von ÖPP-Projekten im Freistaat.

> Verträge gelten oft als geheim

Der Hinweis auf einen „realistischen Kostenvergleich" weist auf einen durchgehenden Schwachpunkt bei den Projektplanungen hin. Bei der Kostenkalkulation werden Zusatzkosten wie Risikovorsorge und ähnliches einbezogen, wenn eine herkömmlich Realisierung durch die öffentliche Hand erfolgt. Bei den Angeboten der privaten Anbieter fehlen diese Kosten im Normalfall. Korrekterweise möchte man sagen, denn das Risiko bleibt wirklich bei der öffentlichen Hand hängen. Ebenso fehlen allerdings weitere Kosten: Berater- und Anwaltshonorare oder die Summen für die nötige Aufsicht, ob Vertragsleistungen wirklich erbracht werden.

Dass trotzt dieser Erfahrungen ÖPP-Projekte nach wie vor in Angriff genommen werden, hat einen einfachen Grund. Trotz klammer Kassen ermöglichen die ÖPP Politikern, relativ kurzfristig Vorhaben voranzubringen, die sie sich meist eigentlich nicht leisten können. Die Kosten fallen erst langfristig an. Angesichts von Vertragslaufzeiten von bis zu 30 Jahren lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die Belastungen der nächsten Generation in der Form von Schattenhaushalten aufgehalst werden. Dass dies bisher so problemlos gelingt, hat mit der durchgehenden Praxis zu tun, abgeschlossene Verträge geheim zu halten. Zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen lautet die gängige Begründung. Damit werden die Projekte jeder öffentlichen Diskussion entzogen, selbst Abgeordnete bekommen im Normalfall keine Verträge zu Gesicht, sondern sie beschließen per Grundsatzentscheidung. Werden doch Verträge vorgelegt, dann sind häufig Passagen durch Anwälte vorher geschwärzt worden. Mit dem Rückgriff auf „schützenswerte Betriebsgeheimnisse" können nicht einmal die jeweiligen Aufsichtsbehörden sicher sein, dass sie sämtliche relevante Informationen zu Gesicht bekommen.

Attraktiv sind die ÖPP-Projekte allerdings auch für Politiker nach ihrer aktiven Laufbahn: Entweder als Projekt-Berater oder wenn sie, wie der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zu Bau- und Dienstleistungsunternehmen wie etwa Bilfinger Berger gehen. Derzeit bewirbt sich der Konzern um den privaten Betrieb von vier Polizeiwachen in Großbritannien.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Isländer wollen Kanadischen Dollar: Sieben von zehn Isländern haben sich in einer Umfrage des Gallup-Instituts für die Aufgabe der Isländischen Krone und die Übernahme einer fremden Währung als nationales Zahlungsmittel ausgesprochen. Als Favorit gilt der Kanadische Dollar, der bereits im vergangenen Jahr von prominenten Geschäftsleuten ins Gespräch gebracht wurde. *N.H.*

US-Firmen bereiten Investoren die größte Freude: Neun der zehn weltweit besonders ertragreichen Unternehmen kommen aus den USA. Zu diesem Ergebnis kam die Unternehmensberatung Boston Consulting Group, nachdem sie 5000 Unternehmen aus 40 Ländern und 37 Branchen auf ihre Rendite hin untersucht hatte. Firmen wie Visa, der Tabakkonzern Philip Morris, IBM, Pfizer und McDonalds führen die Liste an. *Bel*

Sparkassen erfreuen Staat: Bund, Länder und Kommunen können sich über fast drei Milliarden Euro Steuern freuen, welche die 426 deutschen Sparkassen von ihrem 2011 erwirtschafteten Gewinn in Höhe von 4,7 Milliarden Euro gezahlt haben. Da Städte und Landkreise noch oft an den regionalen Sparkassen beteiligt sind, dürften sie zudem noch von dem verbleibenden Gewinn profitieren. Und das, obwohl die risikobewusst wirtschaftenden Geldinstitute im vergangenen Jahr zuvor 1,2 Milliarden Euro abschreiben mussten, zum Teil für griechische Staatsanleihen, zum Teil für ihre Beteiligungen an verlustreichen Landesbanken. *Bel*

Defizit auch 2012, 2013 und 2014: Mindestens drei weitere magere Jahre prognostizierte der Energieversorger EnBW dem Land Baden-Württemberg, das aufgrund einer übereilten Aktion von damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus seit 2010 zu einem Großteil dem Land gehört. Das Unternehmen sieht seinen Verlust für 2011 in Höhe von 816 Millionen Euro als Folge der Abschaltung zweier seiner Kernkraftwerke. *Bel*

Je länger, desto teurer

Euro: Neue Studie geht anders als EU nicht von baldiger Erholung aus

Belastungen in Höhe von 125 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015 allein für die Niederlande, so sieht eines der Szenarien aus, die eine Studie der Wirtschaftsberatung „Lombard Street" aufzeigt. Fällig werden könnte diese enorme Belastung für die nur knapp 17 Millionen Niederländer in dem Fall, dass neben Griechenland und Portugal auch Länder wie Italien und Spanien vor dem Bankrott durch die Steuerzahler anderer europäischer Länder gerettet werden sollen. Präsentiert wurden diese unerfreulichen Prognosen vom Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei (PVV) Geert Wilders.

In Vorbereitung zu seiner Forderung nach Abhaltung einer Volksabstimmung über den Euro in den Niederlanden hatte Wilders bei dem Londoner Wirtschaftsberatungsunternehmen „Lombard Street" ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Fazit der Studie ist eindeutig: In der jetzigen Form ist Währungsunion nicht haltbar. Je länger Änderungen beim Euro verschoben werden, desto höher werden die Kosten.

Allerdings sind die im Rahmen der Studie ermittelten Belastungen für die Niederlande selbst für den Fall, dass Holland den Euro sofort aufgeben sollte, sehr hoch. Die Rückkehr zum Gulden würde nach Berechnungen von „Lombard Street" die niederländischen Steuerzahler zirka 51 Milliarden Euro kosten. Trotz dieser Belastung würden die Vorteile eines Euro-Austritts nach Überzeugung von Wilders die Nachteile überwiegen, da



Geert Wilders: Der Niederländer präsentierte beängstigende Studie zum Euro

allein schon für die nächsten Jahren neue niederländische Zahlungen für Rettungspakete in Höhe von 75 Milliarden Euro sehr wahrscheinlich sind.

Deutlich wurde bei der Präsentation allerdings auch, wie realitätsfern die bisher von Brüssel vorgelegten Zahlen sind. Die EU-Berechnungen gehen alle davon aus, dass die Wirtschaft in den betroffenen Ländern nicht weiter abstürzt, sondern sich schnell wieder erholt. Rechnet man hingegen mit einem länger anhaltenden Wirtschaftsabschwung, dann kommen andere Summe für Transferzahlungen und Rettungspakete zustande. In einem solchen Fall wird der Euro für Länder wie die Niederlande, Finnland und Deutschland zum sprichwörtlichen „Fass ohne Boden".

In einem von „Lombard Street" durchgerechneten Extrem-Szenario könnten auf die verbliebenen starken Euro-Länder Kosten zwischen 1,3 und 2,4 Billionen Euro innerhalb der nächsten vier Jahre zukommen, um die Euro-Zone intakt zu halten. Dass derartig unerfreuliche Zahlen nicht von der niederländischen Regierung unter Mark Rutte, sondern vom Vorsitzenden der PVV stammen, ist angesichts der Summen kaum verwunderlich.

Völlig ignorieren kann die Regierung allerdings weder die von Wilders präsentierte Euro-Studie noch seine Forderung nach einer Volksabstimmung über den Euro. Die Minderheitsregierung von liberaler VVD und Christdemokraten hängt quasi am seidenen Faden einer Duldungsvereinbarung mit Wilders Freiheitlicher Partei. Dieser Zwangslage entsprechend zurückhaltend äußerte sich Regierungschef Rutte zu der Präsentation von Wilders: Er sei „noch nicht überzeugt", lautete sein knapper Kommentar. *N.H.*

Aufmarsch der Außenminister

Westen will von Öffnung Birmas profitieren – Neuer Wachstumsmarkt

Noch sind chinesische Investoren in Birma (Myanmar) mit 10,5 Milliarden Euro die Nummer eins, doch schon drängen sich 30 andere Nationen um die Rohstoffschätze des sich nach Jahrzehnten der Isolation öffnenden Landes. Für den Partner und Nachbarn Nordkorea mit seinem undurchsichtigen Geschäftsgebahren könnte die Entwicklung sogar Modellcharakter annehmen. Denn der Internationale Währungsfonds bescheinigte Birma, „die nächste ökonomische Front Asiens" zu werden.

Immerhin ist der Außenhandel im Fiskaljahr 2011/12 bereits um 30 Prozent gestiegen, das Wirtschaftswachstum wird mit jährlich sechs Prozent prognostiziert. Von 2013 an sollen zwei von Peking finanzierte Pipelines Öl und Gas nach China pumpen. Die Gelder sind gefragt, sie fließen als konditionsfreie Kredite. Und China bleibt am Ball, denn Birma galt vor der Militärdiktatur von 1962 als „Kornkammer Südostasiens".

Das Land ist zudem als Exporteur von Kupfer und Edelsteinen begehrt, dazu kommen reichhaltige Öl- und Gasreserven auch vor den Küsten. Hier sind die großen internationalen Mineralkonzerne bereits aktiv, Thailand erhielt Lizenzen und auch Pakistan ist interessiert. Ende Januar offerierte die Regierung Investoren acht Jahre Steuerfreiheit. Der Boom treibt Blüten, denn schon explodieren in Rangun die Immobilienpreise. Kostete 2011 ein Quadratmeter Büroraum noch zehn Euro, so sind es jetzt 23, Tendenz steigend.



U Thein Sein: Pakistan und Thailand haben schon mit ihm Verträge abgeschlossen

An den Reserven des Landes, das 2007 durch die blutige Niederschlagung des Mönchsaufstandes („Safran-Revolte") sowie die Inhaftierung der Friedensnobelpreisträgerin Aung Suu Kyi für Negativschlagzeilen sorgte, sind auch Indien, Thailand, Südkorea und Singapur sowie Japan interessiert. Noch besteht zu Lasten Birmas ein Handelsdefizit von etwa 900 Millionen Euro. Das will Regierungschef U Thein Sein ändern. Und er drängt mit weiteren Reformen wie der Freilassung politischer Gefangener und der Schlichtung des Ethnie-Streits mit dem Stamm der seit 1949 rebellierenden Karen darauf, dass die Sanktionen gegen sein Land fallen. Die rehabilitierte Oppositionsführerin Kyi tritt zudem bei der Parlamentswahl im April an.

Das atemberaubende Reformtempo führte zu einem Aufmarsch westlicher Minister, voran US-Außenministerin Hillary Clinton, die die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nach mehr als 20 Jahren zusagte. Ihre Kollegen aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Kanada und Südkorea folgten. Die EU kündigte ein Hilfspaket über 150 Millionen Euro und die Errichtung eines Kontaktbüros an, ebenso will die Asian Development Bank Gelder geben.

Thailand baut an der Südküste Birmas den Tiefseehafen Dawei für moderne Großschiffe. Er wird ökonomische Sonderzone und erhält zudem Fertigungsbetriebe sowie Kraftwerke. An der Entwicklungsfirma ITD ist auch Italien beteiligt. Nach der Inbetriebnahme wird der Weg nach Südostasien erheblich verkürzt und piratenfrei erfolgen können, da viele Transporte durch die Malakka-Straße entfallen. Und auch immer mehr Airlines fliegen Birma an, denn der Tourismus ist im Aufwind. *Joachim Feyerabend*

Späte Rache

Von Manuel Ruoff

Gerne werden die Probleme der Bundesrepublik mit ihren türkischstämmigen Bürgern mit denen der Französischen Republik mit deren Citoyens arabischer Herkunft verglichen. Das hat gute Gründe, und zweifellos verdient der Franzose, der im eigenen Land Opfer arabischer Bandenkriminalität wird, Solidarität und Mitgefühl. Während allerdings Deutschland nie an der Türkei schuldig geworden ist, ist das bei Frankreich und dem Maghreb etwas anders.

Denn während der deutsche Michel mit sich selbst beschäftigt war, baute Marianne nämlich ein Kolonialreich unter Einschluss Algeriens und weiter Teile des Maghreb auf. Kolonialismus lässt sich jedoch nicht so ohne Weiteres mit den schönen Idealen der französischen Revolution Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vereinbaren. Mit der den Westmächten wohl doch überdurchschnittlich eigenen Verlogenheit und Scheinheiligkeit wurden deshalb die Kolonien zu Bestandteilen Frankreichs erklärt. Wenn dann aber die Bewohner dieser Eroberungen konsequenterweise im Umkehrschluss Frankreich als ihr Land betrachten und sich dort entsprechend einrichten, muss einen das nicht unbedingt wundern.

Kind des Zeitgeists

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Akte Bundespräsident Christian Wulff wurde geschlossen. Hoffentlich bleibt sie geschlossen. Es wäre für das Amt und für die politische Kultur in Deutschland fatal, wenn die laufenden Ermittlungen gegen den Ex-Präsidenten strafrechtlich relevantes Fehlverhalten ergeben würden. Möge dieser Kelch an unserem Land vorübergehen.

Es stellt sich die Frage, wie Wulff in das höchste Staatsamt gelangen konnte? Vor seiner Wahl war erkennbar, dass er moralisch, intellektuell und auch aufgrund seiner Leistungsbilanz als Ministerpräsident für das Amt des Bundespräsidenten nicht geeignet ist. Die *PAZ* hat die Nichteignung Wulffs zum Bundespräsidenten vor seiner Wahl begründet. Dubios schon der Beginn seiner Amtszeit. Er ließ sich in einer Zitterpartie mit drei Wahlgängen wählen und trat danach erst als niedersächsischer Ministerpräsident zurück.

Politische Erwägungen in der Koalition öffneten Wulff die Tür in das Schloss Bellevue; nicht – wie man es hätte erwarten können – das gemeinsame Bemühen zur Gewinnung einer geeigneten Persönlichkeit. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass in der deutschen Parteiendemokratie der personelle Ausleseprozess für die politischen Spitzenämter nicht optimal funktioniert. Wer gut aussieht, elegant formulieren kann, die Plattitüden des Zeitgeistes gut herüberbringt und sich schon als Jugendlicher parteipolitisch engagiert, bringt es weit. Wer dagegen authentisch ist, eine eigenständige Meinung vertritt, kommt häufig über den Vorstand eines Kreisverbandes nicht hinaus. Lebenserfahrung und Lebensleistung werden wenig berücksichtigt. Ein Manko!

Sehr geehrte Frau Reding, ...

Von Rebecca Bellano

Sehr geehrte Frau Reding, obwohl ich als Frau scheinbar zu den Profiteuren der von Ihnen vorgeschlagenen Frauenquote zähle, schreibe ich Ihnen diesen offenen Brief, da ich nicht erkennen kann, wer von dieser EU-Zwangsregulierung wirklich profitieren soll. Als ich im Rahmen der Geburt meiner Tochter im letzten Jahr Geburtsvorbereitungs- und Rückbildungskurse sowie Babyturngruppen besuchte, traf ich auf viele gutausgebildete Frauen, die alle Anfang und Mitte 30 waren und ihr erstes Kind bekamen. Außer mir wagte allerdings keine den Schritt, kurz nach dem Mutterschutz wieder in den Beruf einzusteigen. Und mir war die Wiederaufnahme meines Vollzeitjobs nur dank der Unterstützung enkelbegeisterter Schwiegereltern in spe möglich und weil schließlich kein *PAZ*-Leser merkt, ob ich diesen Text vom Büro oder von daheim mit meiner Tochter im Hintergrund auf der Krabbeldecke schreibe.

Die meisten der gutausgebildeten Mütter, die ich im letzten Jahr kennenlernte, fangen jetzt tatsächlich nach einem Jahr wieder an zu arbeiten, doch viele wollen nur halbtags oder zu 75 Prozent arbeiten. Nicht jeder Arbeitgeber bietet da den Frauen wieder die Stellen an, die sie vorher hatten. Eine Ausbildungsleiterin in Teilzeit ist schwer einzusetzen. Und was ist mit der Ingenieurin, die in den letzten Jahren fast die Hälfte des Jahres in Hotels verbracht hat, da sie den skandinavischen Markt für ihr Unternehmen betreute? Wie soll der Arbeitgeber ihr hier einen Teilzeitjob, der sich mit Kinderbetreuung arrangieren lässt, ermöglichen? Doch nur aus diesen beruflichen Zwischenstufen können die Unternehmen später ihr Führungspersonal rekrutieren. Wie soll eine Frauenquote erfüllt werden, wenn die Frauen gewollt eine gewisse Zeit kürzertreten?

> Frauenquote bedeutet Vollzeitarbeit für gutausgebildete Mütter

Und man darf auch nicht vergessen, dass viele Unternehmen ein Eigeninteresse daran haben, möglichst viele Frauen in Führungspositionen zu haben. Schon alleine das damit verbundene gute Image ist Ansporn.

Oder wollen Sie, Frau Reding, als EU-Justizkommissarin den Frauen die Möglichkeit nehmen, Teilzeit zu arbeiten, um sich so ihren Kindern zu widmen? Als Mutter von drei Kindern haben Sie doch bestimmt erlebt, wie schwierig es ist, zu arbeiten und sich zugleich um Haushalt und Kinder zu kümmern. Zwar ist es politisch korrekt, dass Männer und Frauen sich den Haushalt teilen, aber ich weiß auch von zahlreichen Leidensgenossinnen, dass Männer zumeist nicht so schmutzempfindlich sind; also heißt es, Diskussionen um den Haushalt zu führen oder selber schnell zu putzen. Und nebenbei Vollzeit arbeiten, Karriere machen und den Arbeitgebern so die Möglichkeit geben, die Frauenzwangsquote auf Vorstandsebene zu erfüllen? Bei der es mich übrigens überraschst, dass sie von Sozialdemokraten unterstützt wird, handelt es sich doch um ein Elitenprojekt, aber das nur nebenbei bemerkt. Was für ein entspanntes Leben droht uns Frauen nach ihren Plänen?

Und ganz nebenbei wird unserem Mann/Partner die Karriere verweigert, da er zwar von der Qualifikation her das Soll erfüllt, aber laut Frauenquote für die nächste Führungsposition eine Frau vorgesehen ist. Na danke!



Karriere und Kind? Die Politik will mehr Frauen in den Führungsetagen. Doch woher sollen die Unternehmen die Frauen zur Erfüllung der Quote hernehmen? Karriere mit Kind bedeutet ab einer gewissen Führungsebene Dauerstress, was wiederum einige Frauen dazu bringen dürfte, sich für die Karriere statt für das Kind zu entscheiden, dabei braucht unser Volk auch dringend Nachwuchs.

Bild: pa

Moment mal!

Kiez-Deutsch: Gutmenschen sehen anders

Von Klaus Rainer Röhl

Es ist erst wenige Wochen her, dass das Innenministerium eine Studie veröffentlichte, die den Titel trägt „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“. Die Befragungen von jugendlichen Muslimen im Alter von 14 bis 32 Jahren ergaben, dass es eine Gruppe mit streng religiöser Einstellung und krasser Abneigung gegen den Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz gibt. Übrigens auch mit ausgeprägter Israelfeindlichkeit. Bei den nichtdeutschen Muslimen sind es zirka 24 Prozent, die laut der Studie diese Haltung haben.

Die linken Medien schlugen sofort Alarm. Zwar bezweifeln auch sie nicht das Ergebnis der von Wissenschaftlern der Universitäten Jena, Bremen und Linz sowie der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar durchgeführten Befragung, ihre Empörung gilt der Tatsache, dass Innenminister Hans-Peter Friedrich die von ihm in Auftrag gegebene 764-seitige Studie ins Internet stellte und damit veröffentlichte. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, tobte: „Wieder werden Migranten auf die Anklagebank gesetzt. Eine Woche nach der Trauerfeier für die Opfer des Rechtsterrorismus!“ Doch der Innenminister blieb kühl: „Deutschland achtet die Herkunft und kulturelle Identität seiner Zuwanderer. Aber wir akzeptieren nicht den Import autoritärer, antidemokratischer und religiös fanatischer Ansichten!“ Zeitgleich erschien auf dem Buchmarkt, in einem – leider – seriösen Verlag (C. Beck) und sogleich begeistert begrüßt von allen guten Menschen, ein Taschenbuch, handlich und hübsch anzusehen, mit dem Titel „Kiezdeutsch“. Die Autorin, Heike Wiese, ist eine junge Linguistik-Professorin an der Universität Potsdam und, wie der Verlag stolz mitteilt, auch außerhalb der Welt der Bücher in (gut-)menschenfreundlichen Initiativen unterwegs. „Mal gucken“, denkt man, „ist vielleicht ganz witzig.“ Aber das Buch meint es leider bitterernst, den von türkischen und arabischen Jugendlichen in Berlins Problem-Stadtteilen gesprochenen Mischmasch aus ein paar aneinandergereihten Sprachfetzen aus Deutsch, gemischt mit ein paar Worten Arabisch und Türkisch, wie „Wallah“ (echt! aus arabisch „bei Allah!“) oder Lan! (Alter! aus türkisch „Mann“), mit dem sich die Einwanderer-Kinder untereinander verständigen, als Bereicherung unserer Sprache auszugeben.

> Professorin betrachtet neue Wortschöpfungen als Bereicherung

Ein Kauderwelsch, das unsere Vorfahren vor vielen Jahrhunderten schon Radebrechen (Von Rädern, Anwendung auf schwere Misshandlung der Sprache seit dem 17. Jahrhundert) genannt haben. Dieses unter den Einwanderer-Kindern üblich gewordene Falschdeutsch, das Produkt eines Verständigungs-Notstands, ruft die Professorin aus Potsdam wissenschaftlich vollmundig als neuen deutschen Dialekt aus, gleichwertig den oberbayrischen, sächsischen oder anderen Mundarten! Sie schreckt nicht davor zurück, althochdeutsche Texte aus dem 9. Jahrhundert zum Beleg dafür anzuführen, dass man es auch damals schon mit der Verb-Stellung nicht so genau nahm. Heilige Einfalt. Deutsch lernen, wenigstens die Basissprache! Das war nach Thilo Sarrazins großem Buch Konsens bei allen Teilnehmern der Debatte: Sprachkurse sollten aus Völkern, die aus dem Inneren Asiens kamen, Deutsche machen, einfach mal ein paar Dutzend Stunden und hopp: Eeene meene muh, und deutsch bist du! Jedem Einwanderer-Baby sollte wenigstens richtiges Deutsch beigebracht werden, als Grundlage für eine sich dann angeblich von selbst einstellende Integration.

Nun die Wirklichkeit nach zwei Jahren Debatte: Die Studie aus dem Innenministerium und dann dieses Büchlein „Kiezdeutsch“. Das sieht so aus: „Morgen ich geh Diktat“, „Ich frag mein Schwester“ oder „Lassma Kino gehen, Lan“. Aber auch: „Ich mach dich Messer!“ Seltsamerweise wird in dem Buch an keiner anderen Stelle auf die Rolle der „Kiezsprache“ als Ausdruck oder Schrittmacher roher körperlicher Gewalt hingewiesen. „Ich mach dich Messer“ entspricht ja dem „Ich mach dich alle!“, das sehr häufig bei nächtlichen U-Bahn-Überfällen oder an dunklen Straßenecken ertönt, bevor die Täter zuschlagen, ihre Gegner unheilbar verletzen oder gar töten. „Ich mach dich alle!“ heißt doch weiter nichts als: „Ich schlag dich tot!“ Das ist kein Kiezdeutsch, es ist die Sprache von Tot-Schlägern, die man nicht als Dialektbildung verniedlichen sollte. Auch nicht die tiefe Verachtung der Frauen, ausgenommen natürlich „Mein Schwester“. Sonst reichlich grobe Frauenverachtung als Kraftprotzerei und Beschimpfung: „Danach ich fick deutsche Tussi“ – davon kein Wort bei der sonst so aufmerksamen Autorin. Die denn auch überwiegend junge Musliminnen über ihre Sorgen und Lebensgewohnheiten befragt hat. „Ich such so schwarze Sneakers“ oder „Danach will ich noch Hose kaufen“. Aber nichts über das Kopftuch-Ritual, von den Familien gestiftete Zwangsehen und drohende Ehrenmorde.

> »Ich mach dich Messer« vorgestellt, ohne Drohung darin zu kritisieren

Eine ganze Welt der islamischen Familie wird weitgehend ausgeblendet. Gutmenschen sehen anders.

In letzter Zeit sind die sogenannten Leitmedien ja sehr empfindlich geworden gegen den, wie sie behaupten, „inflationären“ Gebrauch des Begriffs „Gutmenschen“. Man fühlt sich getroffen. Zu Recht, würden wir sagen. Es gibt eine Grenze der Anbiederung an die „Migranten“, wo das Gutmenschliche umschlägt ins Unmenschliche, ja Auffällige: den Hass gegen die eigene Nation. Selbsthass ist eindeutig behandlungsbedürftig, vielleicht therapierbar, sicher auch mit einer unglücklichen Jugend zu erklären, aber nicht zu entschuldigen. Kein Land auf der Welt hat es in Bekundungen von Feindseligkeit gegen die eigene Nation so weit gebracht wie wir. Vom Sudan bis nach Rio, vom Nordkap bis nach Kapstadt gibt es nirgendwo ein Volk mit gleichen Aggressionen gegen sich selbst. „Die Deutschen sind krank“, sagt eine griechische Freundin.

Kiezdeutsch – ein eigener Dialekt? Eine Bereicherung? Dann ist die im Gefängnis zu lernende Ganovensprache auch eine Bereicherung. Wer aber bereichert sich da – auf Grund welchen Übergriffs? In Grimms Wörterbuch gab es noch gut 500000 deutsche Wörter. Viele davon sind heute verschwunden, die Sprache ist schon jetzt in weiten Bereichen reduziert auf eine Art Basisdeutsch. Der Rest des einst riesigen, überall in deutschen Landen gebrauchten Wortschatzes, eine Artenvielfalt, die Günter Grass in seinem Buch „Grimms Wörter“ wortreich verstummen ließ vor Bewunderung, ist heute verkümmert. Verkümmert oder ganz verschwunden wie die aussterbende Tier- und Pflanzenwelt, die man durch einen kostspieligen Artenschutz zu erhalten sucht. Wo aber ist der Artenschutz für die deutsche Sprache? Welche Katastrophe verursachte ihr Artensterben?

Nichts gegen die Moslems, nichts gegen die Türken. Nichts gegen ihr schönes Land mit den vielen, von den alten Griechen erbauten Tempeln und Theatern, Burgen und Kirchen. Und alles für die Erhaltung ihrer vielfältigen westoghusischen Sprache, die der Regierung in Ankara am Herzen liegt. Aber jenes halb-analphabetische Kauderwelsch namens Kiezsprache sollten beide Völker als eine Fehlentwicklung betrachten und nicht als eine Bereicherung. Uns Deutsche aber lasst uns, allen Denglisch und radebrechenden Gästen zum Trotz, unser Land und seine Sprache schätzen und schützen. Und unsere Kinder und Enkelkinder wieder lehren, dieses eine, ihr Land zu lieben. Und das Liebste mag's uns scheinen – so wie anderen Völkern ihrs.

Den Autor erreichen Sie unter klausrainer@gmx.de

Glauben, singen, lernen

Leipzig feiert 800 Jahre Thomanerchor – 1212 unter Kaiser Otto IV. gegründet

Keine andere deutsche Stadt kann auf eine so große Musiktradition verweisen wie Leipzig. Der weltbekannte Thomanerchor begeht in diesem März sein 800-jähriges Bestehen. Dessen berühmtester Kantor war ab 1723 bis zu seinem Tod niemand geringerer als Johann Sebastian Bach.

Was bewältigen die Thomaner in ihren jungen Jahren! Was für Kompromisse müssen sie und ihre Familien eingehen! Welch sagenhafte Leistung, jede Woche eine der Bachkantaten einzustudieren!", so der Kommentar einer Zuschauerin zu dem Film über „Die Thomaner". Pünktlich zum Jahrhundert-Jubiläum ist es dem mehrfach preisgekrönten Regisseuren-Duo Paul Smaczny und Günter Atteln gelungen, mit viel Einfühlungsvermögen Deutschlands berühmtesten Knabenchor in einem 90-minütigen Porträt auf die Leinwand zu bringen und dabei dem staunenden Publikum einen Chor zu präsentieren, der auch nach 800 Jahren noch lebt, ja vielleicht sogar lebendiger ist als je zuvor.

Die Anfänge von Leipzigs Musikleben reichen bis in das Jahr 1212 zurück. Zu diesem Zeitpunkt eignete sich Markgraf Dietrich ein Gotteshaus an und stiftete es den Augustiner-Chorherren. Die dazugehörige Stiftschule hatte zunächst die Aufgabe, Knaben im liturgischen Singen auszubilden. Daraus ging der Thomanerchor hervor. Bis heute ist die Thomana, die Trias aus Thomaskirche, Thomanerchor und Thomasschule, aufs Engste mit Leipzig verbunden. Der Trias entspricht der Dreiklang: glauben, singen, lernen. Ihre Strukturen sind über die Jahrhunderte die gleichen geblieben.

„Das Einmalige daran ist", so Christian Wolff, Pfarrer an der Thomaskirche, „dass ein Ort, an dem sich über 800 Jahre die musica sacra entwickelt und alle historischen Brüche überlebt hat, lebendig gestaltet, in den europäischen multikulturellen und religiösen Kontext gestellt und für Menschen aus aller Welt zugänglich erhalten wird."

Schweden, Spanien, Großbritannien, Griechenland, Polen – die jungen Sänger haben inzwischen die Welt erobert. Bereits 1920, kurz nach dem Ersten Weltkrieg, führte ihre erste Auslandstournee nach Dänemark und Norwegen. Seitdem werden die Thomaner außer zu Konzerten in Deutschland fast jährlich zu ausgedehnten Gastspielen ins Ausland eingeladen. Auch in Asien, Australien und Amerika eroberten sie bereits die Herzen der Zuhörer. Wie frenetisch sie dort gefeiert werden, bezeugt der bereits genannte Film, der seine Protagonisten unter anderem auf einer großen Konzertreise durch Südamerika begleitet.

„Ein Thomaner – ein Knabe, der mit dem Thomanerchor erwachsen wird – erlernt nicht nur das Singen und erhält nicht nur den Ansporn, in einer Chorgemeinschaft von Jungen im Alter von neun bis 18 Jahren zu leben, zu lernen und zu musizieren, sondern wird durch die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft, durch das Wohnen in dem „Alumnat" genannten Internat und durch die musikalische Ausbildung auf seinen weiteren Lebensweg in besonderer Weise vorbereitet. Die gegenseitige Erziehung und Unterstützung fördert die Persönlichkeitsentwicklung. .... Der Thomaschor ist über alle Krisen hinweg stark geblieben, hat allen Versuchen, seine Arbeit von außen zu beeinflussen und zu beherrschen, standgehalten. Die Thomaner haben ein eigenes Leben, das durch Traditionen geprägt und unzerstörbar ist", schreibt Kurt Masur im Jubiläumsbuch „800 Jahre Thomana".



„Cantate domini": 800 Jahre alt und noch immer jung und quicklebendig – der weltberühmte Thomaner-Knabenchor singt in der Leipziger Thomaskirche Bild: pa

> »Über alle Krisen hinweg stark geblieben, durch Traditionen geprägt und unzerstörbar«

In der Thomasschule lernen Chorknaben und Externe gemeinsam. Das Schuljahr 2011/12 registriert 713 Thomasschüler, 94 von ihnen sind zugleich Thomaner. „Gerade diese Mischung, die auch die Lehrer stark fordert, treibt unsere Schule schon seit Jahrhunderten voran", so Schulleiterin Kathleen-Christina Kormann. Als humanistisches und sprachliches Gymnasium mit besonderen Schwerpunkten in Musik und Kunst, aber auch in den Naturwissenschaften, ist die Thomasschule eine der erfolgreichsten Bildungseinrichtungen Deutschlands und ein starkes Glied in der Reihe der Traditionsschulen wie dem Kreuzgymnasium Dresden, der Landesschule Pforta in Sachsen-Anhalt, dem Gymnasium am Kaiserdom Speyer oder der Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg.

Die Gegenwart stets im Auge, stellt eine Bildungskonferenz am 18. September 2012 die Frage, wie sich klassische Bildung in der heutigen Spaßgesellschaft ein- und umsetzen lässt. Über die Rahmenbedingungen wurde bereits tatkräftig entschieden. Seit dem Jahr 2000 entsteht im Bachstraßen-Viertel um Thomasschule und Alumnat das Campus forum thomanum, ein internationales ausgerichtetes Bildungszentrum mit diversen ganzheitlich angelegten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Dabei wird zurzeit auch das Internat in der Hillerstraße erweitert und erneuert.

Davon unberührt bleiben Thomaskirche und Thomanerchor eine Garantie dafür, dass die Musik Johann Sebastian Bachs unvergessen bleibt. Dreimal wöchentlich hat der Thomanerchor Dienst in St. Thomas: Freitags um 18 Uhr und sonnabends um 15 Uhr erklingen die Bachschen Motetten und Kantaten, sonntags um 9.30 Uhr singt er zum Gottesdienst.

27 Jahre, von 1723 bis 1750, war Johann Sebastian Bach städtischer Musikdirektor und Thomaskantor in Leipzig. Zweifelsohne zählt diese Zeit zu den kreativsten seiner musischen Schaffensphasen – und zu den glücklichsten für die Nachwelt. Denn bis heute verkörpert der Thomanerchor Bachs Musik in einer Weise, wie sie in der ganzen Welt verstanden wird.

Kommenden Dienstag wird mit einem offiziellen Festakt in der Thomaskirche der Gründung des Thomanerchores gedacht und anschließend mit einem Festumzug der Campus forum thomanum eingeweiht. Einen Tag zuvor eröffnet im Stadtgeschichtlichen Museum die Ausstellung „Cantate!" zur Geschichte des Chores (bis 17. Juni). Im Rahmen der Thomana 2012 gibt es drei Festwochen. Der Thomanerchor organisiert Festtage vom 19. bis 25. März, die Thomaschule vom 17. bis 23. September und die Thomaskirche vom 31. Oktober bis 4. November. Insgesamt umfasst das Jubiläumsprogramm bis Januar 2013 rund 250 Veranstaltungen. *Helga Schnehagen*

Informationen: Tourist-Information, Katharinenstraße 8, 04109 Leipzig, Telefon (0341) 7104-260.

IN KÜRZE

Familientreffen mit Buch

Messe" heißt bei Russen „jarmarka", bei Ukrainern „jarmarok", wobei immer der deutsche „Jahrmarkt" grüßen lässt – am nachhaltigsten aus Leipzig, das mit Slawen seit jeher herzliche Wechselseitigkeit pflegt. Zur Buchmesse 2012 sind Polen, die Ukraine und Weißrussland „Schwerpunkt", alle angeblich „terra incognita" für uns. Polen ist uns jedoch gut bekannt, wofür seit 1979 der begnadete Übersetzer Karl Dedecius und sein Darmstädter Polen-Institut sorgen. Partner Polens ist die Ukraine, ganz direkt bei der Fußball-EM 2012. Literarisch ist sie wieder das unbedeutende „Klein-Russland" der Vergangenheit, Genies wie der Ukrainer Nikolaj Gogol, Russlands geistvollster Autor, werden wohl nur einmal geboren. Dessen Nachfahren mussten vor 20 Jahren nach Jahrzehnten brutaler Sowjetisierung bei Null neu beginnen, was sprachliche Verarmung und Ausdünnung des Buchmarkts bedingte – spürbar am „Surschyk", einer primitiven ukrainisch-russischen Mischsprache. Deren belarussisches Pendant ist die „Trasjanka", Hörbeleg der Angst der 9,5 Millionen Belarussen und ihrer Autoren, in Identität, Sprache und Kultur „verloren" zu gehen. Zwar ist der 21. Dezember „dzen rodnaj movy" (Tag der Muttersprache), aber die wird nur noch von fünf Prozent der Menschen gesprochen. Hinzu kommt der „diplomatische Krieg", den der diktatorische Führer Lukaschenko mit der EU führt. Da helfen nur Geniestreiche, wie der des Vereins „Europäisches Belarus": Sie verbreitete als „Eugen Onegin Kapitel 10" böse Puschkin-Zitate, gemünzt auf Lukaschenko. Da kam Schadenfreude auf, denn Puschkins Onegin hat nur neun Kapitel. *W.O.*

Mehr als Ales Adamowitsch, Wasil Bykau und Swetlana Alexijewitsch: Das Internetportal www.literabel.de will moderne weißrussische Literatur und Kultur im deutschen Sprachraum vermitteln. Es stellt Gegenwartsautoren und ihre Werke vor, bietet deutsche Übersetzungsproben und Nachdichtungen und liefert ergänzende Kritiken, Interviews und Hintergrundinformationen.

Paketbote aus der Jungsteinzeit

Sesshaftigkeit, Viehzucht, Ackerbau, Vorratshaltung: Ausgrabungen an der ältesten bekannten Tempelanlage der Welt in Ost-Anatolien

Vor 12 000 Jahren, gegen Ende der Eiszeit, wurden aus urzeitlichen Jägern und Sammlern sesshafte Bauern, die Nahrung produzierten und den Anfang menschlicher Zivilisation setzten. Details weiß der Archäologe Klaus Schmidt (*1953), der seit 1995 in „Obermesopotamien" (heute Ost-Anatolien) den prähistorischen Tempelbezirk Göbekli Tepe ausgräbt, dessen kulturstiftende Bedeutung er als erster erkannte und nun in einem Langzeitprojekt des Deutschen Archäologischen Instituts dokumentiert. Schon 17 Kampagnen hat er hinter sich, Grabungen in Frühjahr und Herbst (weil die Winter zu kalt und die Sommer zu heiß sind), immer mit „tollen Ergebnissen".

Die Jungsteinzeit oder „Neolithikum" sieht die Urmenschen mit dem „neolithischen Paket", ohne das die Menschheitsentwicklung nicht weit gekommen wäre: Sesshaftigkeit, Viehzucht, Ackerbau und Vorratshaltung sorgten für Bevölkerungswachstum bei größerer Unabhängigkeit von der Umwelt. Das „neolithische Paket", so der Professor jüngst bei Vorträgen in Köln und Bonn, wurde nur einmal geschnürt, nämlich vor zwölf Jahrtausenden an seinem jetzigen Grabungsort, der in Landschaft,

Bergheiligtum in sengender Hitze

Klima und den Strömen Euphrat und Tigris die besten Voraussetzungen bot.

Von diesem „fruchtbaren Halbmond" aus, wie die Region im Norden der arabischen Halbinsel seit jeher heißt, hat die „neolithische Revolution" ihre „Sogwirkung" (Schmidt) über die ganze Welt verbreitet: Vor 9000 Jahren auf Vorderasien, vor 6000 auf Amerika, vor 4000 auf Skandinavien und England. Überall nur Weitergaben, nirgendwo eigene Entwicklungen, nicht einmal in Nordafrika und dem Nil-Tal.

„Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang" sei das Grabungsfeld Göbekli Tepe Besuchern zugänglich, lädt der Archäologe Schmidt freundlich ein und zeigt in Bildern, was es zu sehen gibt: Nur kleinste Teile der unerwartet großen Anlage wurden bislang freigelegt. Sie war nicht für Lebende bestimmt, auch nicht für Tote, Wohnungen und Gräber fehlen, sondern sie diente der Transzendenz, wie Schmidt mit einer „revolutionären" Deutung behauptet: „Zuerst kam der Tempel, dann die Stadt."

In den bislang ausgegrabenen vier Feldern fanden sich viele monolithische Pfeiler in T-Form, bis 20 Tonnen schwer und zehn Meter hoch, die Schmidt als stilisierte Menschendarstellungen sieht, oft in Kreisen angeordnet, Arme und Beine in Linien angedeutet. Detaillierte Erkenntnisse fehlen noch, denn, so Schmidt, „jede neue Antwort wirft zwei neue Fragen auf".

Viele Statuen tragen Reliefs von Tieren, was Schmidt mit christlichen Darstellungen von Drachentötern vergleicht. Tatsächlich sind die Reliefs von Göbekli Tepe zoologisch korrekter und bilden einen „Atlas" der Urformen von Tieren und Pflanzen, deren Domestizierung den Menschen sesshaft werden ließ: Gazellen, Auerochsen, Schafe, Wildschweine (mit beeindruckenden Hauern), Füchse, Hyänen, Vögel. Dazu lebensgroße Menschenköpfe aus Kalkstein und Reste von Knochen und Pflanzen, die Paläozoologen beschäftigen: Ideal für Zeitbestimmungen wären verkohlte Rückstände, „aber Feuer gab es noch nicht" (Schmidt).



Göbekli Tepe: Ansicht des Grabungsfeldes Bild: Wikipedia/Teomancimit

Um 8000 v. Chr. ging die Göbekli-Tepe-Kultur plötzlich unter, die Menschen hatten nun „andere Vorstellungen und andere Riten". Unverändert bleibt allein die Arbeit der Archäologen: Sie rekonstruieren Umweltbedingungen aus dem Nebel der Geschichte. Das ist per se schwierig, zumal in der Türkei: Die hat kein Interesse daran, Göbekli Tepe zum Weltkulturerbe zu machen, auch nicht Schutzvorkehrungen für Grabungsstätten zu treffen. Die Archäologen halten sich streng an das türkische Gesetz, das grabungswilligen Ausländern enorme Gelder abknöpft – alljährlich zu zahlen. Schmidt gibt sich gelassen; er habe noch zwölf Jahre Zeit, in denen er noch vieles zu entdecken hoffe. Unter den Bonner Zuhörern hieß es, die Türken wollten ihn „heraushebeln", weil sie von anderer Seite bessere Angebote hätten. *Wolf Oschlies*

Die Grande Nation und ihr schmutziger Krieg

Auch 50 Jahre nach dem Verlust Algeriens tun sich die Franzosen schwer mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit

Vor 50 Jahren beendete Charles de Gaulle mit seiner Unterschrift unter das Abkommen von Evian den Algerienkrieg. Die unmenschliche Brutalität auf der Seite der französischen Kolonialmacht und der für die Unabhängigkeit Algeriens kämpfenden Nationalen Befreiungsfront (Front de Libération Nationale, FLN) wird bis heute tabuisiert.

„Ich bin sehr beeindruckt, wie die Deutschen mit ihrer Geschichte umgehen. Es braucht viel Kraft und Courage, seiner eigenen Vergangenheit in die Augen zu blicken, und das meine ich wirklich als Kompliment. Zumal Frankreich sich immer schwer damit getan hat, ob es der Zweite Weltkrieg ist oder unsere Kolonialgeschichte. Es ist uns ziemlich schwergefallen, zuzugeben, dass wir nicht immer die Grande Nation waren.“

Starke Worte von einer starken Frau. So liest Anne Sinclair, französische Journalistin und Ehefrau des mit allerlei pikanten Gegenwartsproblemen belasteten Dominique Strauss-Kahn, ihren vergangenheitsvergessenen Landsleuten im „WamS“-Gespräch mit Dagmar v. Taube die Leviten.

Die Kolonialgeschichte, die sie meint (und die in den Banlieues höchst gegenwärtig ist), fand ihren unrühmlichen Kulminationspunkt im Algerienkrieg. Die Region an der nordafrikanischen Gegenküste des französischen Midi war 1830 von den Truppen des Bürgerkönigs Louis-Philippe erobert und besetzt worden. Frankreichs nachrevolutionäre Bourgeoisie wollte im Konzert der Weltmächte weiter die erste Geige spielen. Das Motto „Enrichissez-vous“ (bereichert euch) bestimmte die Industrialisierungspolitik der Grande Nation ebenso wie ihre Außen-, sprich Kolonialisierungspolitik. Louis-Philippes Nachfolger Napoleon III. schuf 1848 vollendete Tatsachen: Die Kolonie Algerien wurde dem Mutterland als Departements Algier, Constantine und Oran einverleibt. 800 000 Franzosen siedelten sich im sonnigen Süden südlich des Mittelmeeres an. Die neuen Herren des Landes genossen alle bürgerlichen und politischen Privilegien, die den acht Millionen Einheimischen verweigert wurden.

Die Illusion, dank der Einverleibung ins Mutterland neumodischen Entkolonialisierungs-Umtrieben widerstehen zu können, überdauerte den Zweiten Weltkrieg, in dessen Folge die Grande Nation in die zweite Reihe der Großmächte degradiert wurde. Aber nicht lange. Der algerische Widerstand gegen die französischen Okkupanten, organisiert in der Nationalen Befreiungsfront, eröffnete am 1. November 1954, dem sogenannten blutigen Allerheiligen (Toussaint sanglante) den bewaffneten Kampf. Paris verstärkte seine Truppen auf über 500 000 Mann, darunter viele „kampferprobte“ Fremdenlegionäre, die nach der Niederlage von Dien Bien Phu und dem verlorenen Französischen Indochinakrieg neuen Einsätzen entgegenfieberten.

Einer Grande Nation unwürdig: Frankreichs Umgang mit seinen algerischen Kriegsgefangenen Bild: culture images

Die Regeln der Haager Landkriegsordnung wurden von beiden Seiten nicht respektiert. Der Partisanenkampf der FLN übertraf an Brutalität alles, was man im Zweiten Weltkrieg von Josip Broz Titos und Josef Stalins Untergrundkämpfern erlebt hatte.

Paris hielt dagegen: Massenverhaftungen, Folter, Hinrichtungen ohne Verfahren und Urteil: einer großen Kulturnation (grande nation culturelle) unwürdig. In den acht Jahren, die dieser schmutzige Krieg (guerra sucia) dauern sollte, wurden über 500 000 Algerier ermordet; eine Diskussion, ob auch dies ein nicht zu leugnender Völkermord war, findet bis heute nicht statt. Obwohl – oder gerade weil? – den Franzosen Algerien doch näher liegt als Armenien.

Nicht etwa, dass die französischen Befehlshaber in Algerien die Verbrechen ihrer Truppen geschickt verborgen und verschleiert hätten. Wer wissen will, welche Untaten in diesem schmutzigen Krieg zwischen 1954 und 1962 von wem begangen wurden, kann auf belastbare und längst veröffentlichte Informationen zurückgreifen.

General Jacques Massu, Chef der berüchtigten Paras, und General Paul Aussaresses, Chef des militärischen Geheimdienstes, haben sich oft genug damit gebrüstet, dass allein in ihrem Verantwortungsbereich 3000 offiziell „verschwundene“ FLN-Kämpfer hingerichtet wurden, in 24 Fällen eigenhändig, alle anderen auf ihren Befehl.

> In acht Jahren wurden über 500 000 Algerier ermordet

Gefoltert wurde nicht klammheimlich, sondern mit ausdrücklicher Genehmigung des sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet, von der Nationalversammlung als „Sonderbehandlung“ und „verlängerte Verhöre“ sanktioniert.

Zu den Kriegstreibern auf französischer Seite zählte auch der damalige Innenminister, ein Sozialist namens François Mitterrand. Später, als Staatspräsident, wollte er davon nichts mehr wissen.

Auch Frankreichs Kommunisten, die sich wie ihre Gesinnungsgenossen in aller Welt bis heute gern als stramme Anti-Imperialisten verklären, unterstützten die Pariser Kolonialpolitik. Ihr legendärer Ober-Antifaschist Jacques Duclos, einst politischer Kopf der Résistance gegen die deutschen Besatzer, hatte 1956 weder moralische noch politische Bedenken, den von der Regierung geforderten Sondervollmachten in der Nationalversammlung zuzustimmen. Damit wurden unter anderem Untertauchen in kaltes Wasser oder Exkrementen, Vergewaltigungen und Elektroschocks legalisiert.

Die meisten der Generäle, die in Algerien für diese Verbrechen verantwortlich waren, hatten wenige Jahre zuvor an der Seite de Gaulles für die Befreiung Frankreichs von deutscher Besatzung gekämpft. Dass ausgerechnet ihr Idol, inzwischen Präsident der Fünften Republik, die Beendigung des Krieges gegen die FLN und die Ablösung Algeriens vom Mutterland betrieb, enttäuschte sie zutiefst. Vier von ihnen versuchten im April 1961, gegen de Gaulle zu putschen – ohne Erfolg. Elf Monate später, am 18. März 1962, beendete das Abkommen von Evian den Krieg, am 1. Juli votierten die Algerier mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit, am 3. Juli wurde der neue Staat von Paris anerkannt.

Wahrer innerer Frieden aber ist bis heute nicht eingekehrt. Das unabhängige Algerien wurde jahrzehntelang von Aufständen, Terrorakten und Bürgerkrieg heimgesucht. Zudem leiden südliche Regionen immer noch unter den Folgen französischer Atomwaffenversuche in der Sahara. Frankreich sah sich mit Millionen geflüchteter Siedler, Soldaten und der Kollaboration verdächtigter Muslime konfrontiert, die kaum in die französische Gesellschaft zu integrieren waren. Probleme, die zum Teil bis heute nicht gelöst sind, zum Teil wohl auch, weil die Wahrheit über dieses dunkle Kapitel der französischen Geschichte bis heute verdrängt wird.

Lassen wir noch einmal Anne Sinclair, Madame Strauss-Kahn, zu Wort kommen: „Menschen, die sich ihren Fehlern stellen können, machen ein Volk und ein Land stark.“ In diesem Sinne wünschen wir der Grande Nation etwas mehr Stärke. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Eigentlich wollte Adolf Galland Zivilmaschinen fliegen

Erst über Umwege und nach einigem Zögern fand Deutschlands bekanntester Jagdflieger des Zweiten Weltkrieges zum Militär

Im Reifezeugnis, das ihm zu Ostern 1932 überreicht wurde, stand als Berufswunsch: „Will Flieger werden.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte der am 19. März 1912 geborene Adolf Galland bereits einige Jahre am Steuerknüppel eines Segelflugzeuges gesessen. So ist es kein Wunder, dass mit seinem Namen eine der bemerkenswertesten Karrieren der Luftkriegsgeschichte verbunden ist.

Dabei hatte der junge Mann zunächst keineswegs die Militärfliegerei im Sinn, die dem Deutschen Reich damals ohnehin untersagt war. Ihn zog es in die Weite des Himmels und in fremde Länder. So ging er nach dem Abitur an die Deutsche Verkehrsfliegerschule (DVS) in Braunschweig und Schleißheim, die im Frühjahr 1933 zu einer Tarnorganisation für die im Aufbau befindliche Luftwaffe umgewandelt wurde. Ohne sich dafür gemeldet zu haben, wurde Galland bald darauf auf einen geheimen Sonderlehrgang nach Italien geschickt, wo er gemeinsam mit beurlaubten Reichswehroffizieren das gefechtsmäßige Fliegen lernte. Nach Abschluss seiner Verkehrsfliegerausbildung fand er eine Anstellung bei der Lufthansa und flog auf den Routen nach Spanien. Sein Traum von einer gesicherten und noch dazu gut bezahlten Position in der Fliegerei war in Erfüllung gegangen.

Anfang 1934 wurde Galland ins Reichsluftfahrtministerium bestellt und gefragt, ob er nicht Soldat werden wolle. Erst nach einigem Zögern nahm er an und trat als Rekrut in das Infanterie-Regiment 10 in Dresden ein. Mit Beendigung der Kriegsschule wurde er im Oktober 1934 zum Leutnant ernannt und – entlassen. Denn die Luftwaffe, in die er übernommen werden sollte, existierte noch gar nicht. So kam er wieder zur DVS nach Schleißheim, wo eine verdeckte Jagdfliegerausbildung stattfand. Im März 1935 fiel die Tarnung und Galland trat in die neu gegründete Luftwaffe ein. Die neue Dienstkleidung war, wie er später schrieb, „sensationell“: Zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Militärs wurden zur Uniform Schlips und Kragen getragen.

> Nach dem Krieg war er im Gespräch als Luftwaffeninspekteur

Galland kam zum Jagdgeschwader 2 „Richthofen“ und meldete sich im Mai 1937 freiwillig zur „Legion Condor“ nach Spanien. Hier sammelte er als Staffelkapitän reiche Einsatzerfahrung, über die er nach seiner Rückkehr im August 1938 so ausführlich berichtete, dass seine Vorgesetzten auf ihn aufmerksam wurden. Während des Polen- und des West-Feldzuges und der Luftschlacht um England avancierte er schnell vom Staffelkapitän zum Gruppenkommandeur und schließlich, im November 1940, zum Kommodore des Jagdgeschwaders 26. Sein Stern als erfolgreicher Jagdflieger und herausragender Verbandsführer ging auf. Als einer der ersten Jagdflieger erhielt er das Ritterkreuz, bald darauf als dritter Soldat der Wehrmacht das Eichenlaub, als erster die Schwerter und als zweiter die Brillanten zu dieser Auszeichnung. Ende 1941 wurde Galland zum General der Jagdflieger (Inspekteur) ernannt und im folgenden Jahr im Alter von erst 30 Jahren zum jüngsten General der Wehrmacht befördert.

Trotz seiner jungen Jahre bemühte sich Galland, in einer vielen seiner Kameraden fast altmodisch anmutenden Weise, auch im totalen Vernichtungskrieg Formen von Ritterlichkeit zu bewahren. Dies trug ihm die Achtung seiner Gegner bis weit über den Krieg hinaus ein. Soweit es ihm in seiner Stellung möglich war, wahrte der wegen seiner betont gepflegten Erscheinung, seines markanten Oberlippenbartes und der stets zur Schau getragenen Zigarre leicht dandyhaft wirkende Generalmajor Distanz zur Führungselite des Regimes und ließ sich nie für dessen Ideologie einspannen. Als Waffengeneral setzte er sich unermüdlich für seine Männer, die ihn wegen seiner Tapferkeit, seines fliegerischen Könnens und seines vorbildlichen Führungsverhaltens verehrten, und die Jagdfliegerwaffe ein. Klar und analytisch erkannte er die Bedingungen für einen erfolgreichen Einsatz seiner Verbände und vertrat diese selbstbewusst und kompromisslos nach oben. Offen sagte er Göring und selbst Hitler seine Meinung. Zu einem ersten Eklat kam es im Oktober 1943, als Galland aus Protest seine Auszeichnungen ablegte, nachdem Göring die Jagdflieger wegen der zunehmenden alliierten Luftangriffe als „feige Krüppel“ beschimpft hatte. Weitere Auseinandersetzungen über die Luftkriegführung folgten, bis Galland Anfang 1945 wegen einer Meinungsverschiedenheit über den Einsatz des neuen Strahlflugzeugs Messerschmitt Me 262 endgültig in Ungnade fiel. Während Galland den Einsatz der „Wunderwaffe“ im Rahmen konzentrierter Angriffe gegen die gegnerischen Bomberverbände gefordert hatte, wünschte Hitler ihre Verwendung als Jagdbomber zur Unterstützung der Bodentruppen, wodurch ihre Vorteile – Schnelligkeit und Wendigkeit – preisgegeben wurden. Galland wurde abgelöst, unter Hausarrest gestellt und wartete auf ein Kriegsgerichtsverfahren.

Doch Hitler besann sich wieder und ernannte ihn im März 1945 zum Kommandeur des neu aufgestellten und mit der Me 262 ausgerüsteten Jagdverbandes 44. Galland wusste, dass sich das Blatt durch nichts mehr wenden ließ. Trotzdem flog er bis zum bitteren Ende. Nach dem Krieg sagte er, es wäre unehrenhaft gewesen, „die beste Waffe zu haben und nicht zu kämpfen“. Obwohl mittlerweile Generalleutnant, war Galland nun wieder auf der Ebene eines Staffelkapitäns eingesetzt. Mit einigen



Adolf Galland Bild: Archiv

der erfolgreichsten Jagdflieger an seiner Seite, zeigte er, was in der neuen Maschine steckte. In den nur wenigen Wochen seiner Existenz wurde dieser Elite-Verband zu einem der erfolgreichsten der Luftwaffe. Nachdem er seinen 104. Abschuss erzielt hatte, geriet Galland bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft und verbrachte zwei Jahre hinter Stacheldraht.

An Fliegerei war in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland nicht zu denken. Deshalb nahm Galland das Angebot an, als Regierungsberater seine Kenntnisse und Erfahrungen beim Aufbau der argentinischen Luftstreitkräfte einzubringen. Als er 1955 im Alter von 43 Jahren nach Deutschland zurückkehrte, schuf er sich als selbstständiger Berater für die Luft- und Raumfahrtindustrie eine neue berufliche Existenz. Politisch unbelastet und als Soldat selbst bei den ehemaligen Kriegsgegnern hoch geachtet, war er bei Aufstellung der Bundesluftwaffe als deren erster Inspekteur im Gespräch. Nachdem sich diese Pläne jedoch zerschlagen hatten, baute er mit der ihm eigenen Energie und Zielstrebigkeit sein Unternehmen aus und wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann.

Der Fliegerei blieb er bis ins hohe Alter treu. Mit vielen seiner alten Jagdflieger, aber auch mit manchen seiner ehemaligen Luftkampfkontrahenten pflegte er Freundschaft. Zahllose Besucher aus aller Welt gaben sich in seinem Haus bei Remagen-Oberwinter die Klinke in die Hand. Hier starb Adolf Galland am 9. Februar 1994 im Alter von fast 84 Jahren. Seinen Kameraden und vielen seiner ehemaligen Gegner ist er als Soldat von großer Tapferkeit und ausgeprägtem Charakter unvergessen.

Jan Heitmann

Er brachte den Menschen auf den Mond

Wernher von Braun konstruierte für das Dritte Reich die »V2« und für die USA die »Saturn V«

Als Gymnasiast ließ Wernher von Braun schon einmal ein primitives Raketenauto durch den Berliner Tiergarten sausen. Bereits zum 13. Geburtstag eröffnete seine Mutter ihm mit einem Teleskop den Blick auf die Sterne. Seine zweite Heimat, die USA, bedachte ihn mit vielen Ehrungen. Vor 100 Jahren, am 23. März 1912, wurde von Braun als Spross einer preußischen Adelsfamilie in Wirsitz, Provinz Posen geboren.

Angeregt durch Hermann Oberts „Rakete zu den Planetenräumen“ aus dem Jahre 1923 und andere Schriften lebte Wernher von Braun seine Weltraumpläne als Student zunächst auf dem „Raketen-Flugplatz“ in Berlin-Reinickendorf aus. 1932 erwarb er ein Diplom als Ingenieur für Mechanik und trat nach Vermittlung durch Walter Dornberger in das Raketenprogramm des Heereswaffenamtes ein. Nur die Staatsgelder schienen ihm die Möglichkeit zu bieten, seine Träume zu verwirklichen.

Der Zweite und der Kalte Krieg waren die Väter der Mondfahrt

Seit 1937 arbeitete von Braun als technischer Direktor der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, zu der auch Klaus Riedel und Arthur Rudolph gehörten, an der ersten Großrakete. Dabei lag seine Begabung weniger in der Entwicklung einzelner Bauteile als vielmehr in der effizienten Verbindung aus Forschung, Verwaltung und ingenieurwissenschaftlicher Anwendung, welche die Raumfahrt als Hochtechnologie erst ermöglichte.

Beim ersten erfolgreichen Testflug am 3. Oktober 1942 erreichte das mit Flüssigtreibstoff betriebene „Aggregat 4“ (A4) eine Gipfelhöhe von 84,5 Kilometer und kratzte damit an der Grenze zum Weltraum. Der eigentliche Zweck lag indes in der Verwendung als Waffe.

Die Serienfertigung des A4 mit dem Propagandanamen „Vergeltungswaffe 2“ (V2) stellte eines der finstersten Kapitel der Raketengeschichte dar. Ab 1944 erfolgte die Fertigstellung in unterirdischen Bunkern der Mittelwerk GmbH durch Häftlinge des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora. Die Arbeitsbedingungen, unter denen Tausende starben, konnten unmenschlicher nicht sein. In einem 1976 mit dem National Space Institute geführten Interview bezeichnete von Braun das Mittelwerk als „schreckliche und höllische Umgebung“. Eine persönliche Verantwortung lehnte er jedoch ab und bewertete seine Einflussmöglichkeiten als nur minimal.

Die innere Abneigung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime wuchs 1944, ungefähr zu der Zeit, als er kurzfristig durch die SS inhaftiert war. Er, der sich lange politisch uninteressiert zeigte, fühlte sich aber weiterhin in der Pflicht. Der Biograf Michael J. Neufeld sieht in ihm denn auch einen faustischen Charakter des 20. Jahrhunderts, weil er nicht der Verlockung widerstand, sich in den Dienst eines totalitären Regimes zu begeben, um im Austausch die Mittel für seine ambitionierten Ziele zu erhalten. Neufeld führt von Brauns unreflektierte Pflichterfüllung zum einen auf seine preußisch-aristokratische Abstammung zurück, aber auch auf die Haltung eines Wissenschaftlers, der Technik und Moral voneinander trennt, um nicht mit unerwünschten Folgen seines Tuns konfrontiert zu werden.

Der Umstand, dass die US-Amerikaner das Peenemünder Personal für eine eigene Raketenentwicklung brauchten, bewahrte ihn nach Kriegsende vor einer eingehenden Strafverfolgung.

Ab 1950 arbeitete er zusammen mit anderen deutschen Raketentechnikern in Huntsville, Alabama. Für die Army Ballistic Missile Agency (ABMA) entwickelten sie unter anderem die „Redstone“- und „Pershing“-Raketen. Das Projekt der ABMA, einen Satelliten in den Orbit zu schicken, wurde 1955 auf Entscheidung der Eisenhower-Regierung zugunsten des Vanguard-Projekts des US Naval Research Laboratory eingestellt. Aber nach dem überraschenden Start des sowjetischen „Sputnik 1“ am 4. Oktober 1957 und einem gescheiterten Vanguard-Versuch im Dezember wurde der vom Jet Propulsion Laboratory gebaute künstliche Erdsatellit „Explorer 1“ als erster US-Satellit Anfang 1958 erfolgreich ins All geschickt.



Um vom Staat gefördert zu werden, paktierte er mit den Mächtigen: Wernher von Braun (links) mit US-Präsident John F. Kennedy Bild: Archiv

1960 wurde von Braun erster Direktor des Nasa Marshall Space Flight Center in Huntsville. Die für das Mondprogramm entwickelten „Saturn“-Raketen gehörten zu den leistungsstärksten Trägersystemen, die es jemals gab. Von 1969 bis 1972 betraten zwölf Menschen den Erdtrabanten. Das Raumfahrtprogramm der 60er Jahre ermöglichte einen erweiterten Blick auf den Heimatplaneten.

Eine Gelegenheit, aus seinem militärischen Arbeitsumfeld auszubrechen, bot Braun das Magazin „Collier's Weekly“. Zwischen März 1952 und April 1954 veröffentlichte er mit anderen anerkannten Autoren, darunter Heinz Haber und Willy Ley, eine Serie von Artikeln, in denen er den Lesern die bemannte Weltraumfahrt und Zukunftsvisionen interplanetarer Reisen auf allgemeinverständliche Weise vorstellte.

Die Ambivalenz in Brauns Schaffen tritt besonders im Vergleich zum Astronomen und Physiker Carl Sagan (1934–1996) hervor. Beide kannten sich seit den 50er Jahren und Sagan zollte von Braun Anerkennung sowohl für die technischen Erfolge als auch für den kulturellen Einfluss, den die „Collier's Weekly“-Artikel und Sachbücher wie „Die Eroberung des Mondes“ aus dem Jahre 1954 ausübten. Diese Wertschätzung entgegnete der ältere Kollege. Auf der anderen Seite empfand der liberal erzogene und jüdischstämmige Sagan von Brauns Mitwirkung an militärischen Projekten als „zutiefst verstörend“. Er zog daraus die Konsequenz, dass Wissenschaftler und Ingenieure die Avancen „finsterer Regime“ ablehnen sollten. Völlig anders war deshalb sein Ansatz, in den 70er Jahren den „Pioneer“- und „Voyager“-Sonden friedliche Botschaften mit Bildern, Musikkompositionen und anderen irdischen Tönen mitzugeben.

Mit dem Wechsel 1970 von Huntsville zum Nasa-Hauptquartier in Washington D.C. änderte sich die Arbeitssituation für Braun. George Low, Nasa Acting Administrator, sah in den Planungsarbeiten für eine bemannte Marsmission und anderen ehrgeizigen Projekten nur einen geringen Nutzen. Gleichzeitig sank die öffentliche Unterstützung. Bereits 1969 fuhr der Kongress das Nasa-Budget auf den Stand von 1963 zurück. Aus Kostengründen wurde das Apollo-Programm um drei Missionen gekürzt und vorzeitig beendet. 1972 kündigte von Braun und ging zu Fairchild Industries. Am 16. Juni 1977 starb er in Alexandria, Virginia an Nierenkrebs.

Zwar wies auch die Sowjetunion unter der Leitung des Konstrukteurs Sergej Koroljow (1907–1966) Erfolge auf, unter anderem den ersten Menschen im Weltall, aber auch diese fingen erst mit dem Kopieren des „A4“ an, dessen Bau zuvor viele Leben gekostet hatte. Als Raumfahrtenthusiast machte Braun die Möglichkeiten des Raumflugs der Allgemeinheit bekannt. Keine seiner „Saturn“-Raketen, die Menschen zum Mond trugen, sollte im Einsatz versagen. *Ulrich Blode*

Kampferfahren in drei Dimensionen

Der Marineflieger und -inspekteur sorgte für den direkten Übergang vom »Starfighter« zum »Tornado«

Seit Bestehen der Bundeswehr wurden erst vier Marineoffiziere in den Spitzendienstgrad eines Volladmirals befördert. Einer dieser wenigen Flaggoffiziere, deren Laufbahn solchermaßen gekrönt wurde, ist der vor 90 Jahren geborene Günter Luther. Als Admiral, der über praktische Einsatzerfahrung sowohl im Seekrieg wie im Luftkrieg als auch im infanteristischen Kampf verfügte, dürfte er sogar einzigartig sein.

Günter Luther wurde am 17. März 1922 im westfälischen Bestwig geboren. Erlebnishungrig und technikbegeistert, meldete er sich Ende 1939 als Seeoffizieranwärter zur Kriegsmarine. Nach ersten Fronteinsätzen auf einem Minensuchboot ließ er sich zum Kampfbeobachter ausbilden und wurde zur Luftwaffe versetzt. Bei mehr als 160 Feindflügen gegen feindliche U-Boote und Geleitzüge bewährt, wurde Luther mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse und der goldenen Frontflugspange ausgezeichnet. Kurz vor seiner Rückversetzung zur Marine meldete sich der Oberleutnant Mitte 1944 zu den Fallschirmjägern und wurde als Kompanieführer an den Brennpunkten der Westfront eingesetzt. Bei Kriegsende geriet er in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er bereits im November 1945 entlassen wurde.

In den Nachkriegsjahren schlug sich Luther zunächst als Bauhilfsarbeiter, Bediensteter der US-Armee und kaufmännischer Angestellter durch, bevor er am 1. März 1956 in die neugegründete Bundesmarine eintrat. Nach einer Ausbildung zum Strahlflugzeugführer durchlief er verschiedene Truppen- und Stabsverwendungen und wurde 1965 Kommodore eines Marinefliegergeschwaders. In seiner anschließenden Verwendung als Leiter des Marineflieger-Zentralreferats im Führungsstab der Marine betrieb er die unmittelbare Umrüstung der Geschwader vom „Starfighter“ auf den „Tornado“, ohne, wie die Luftwaffe, auf die langsam veraltende „Phantom“ als Zwischenlösung zu setzen.

Bild: Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), B 145 Bild-F050571-0008

Mit königlichem Gast 1977 in Bremerhaven: Luther (mit Schärpe) begleitet König Juan Carlos und Bürgermeister Hans Koschnick (von rechts)

Mit 48 Jahren wurde Luther im Oktober 1970 zum Flottillenadmiral befördert und übernahm das Kommando über die Marinefliegerdivision. In dieser Funktion setzte er konsequent sein Credo um, die Marine führe Seekrieg aus der Luft, nicht aber Luftkrieg über See. Wenngleich hoch qualifiziert, war der als eigenwilliger und detailversessener Technokrat geltende oberste Seeflieger bei seinen Leuten eher gefürchtet als beliebt. Als nächste Sprossen auf der Karriereleiter folgte die Tätigkeit als Befehlshaber der Seestreitkräfte Nordsee und als Chef des Marineamtes. Am 1. April 1975 wurde Luther bei gleichzeitiger Beförderung zum Vizeadmiral zum Inspekteur der Marine ernannt. Für die traditionsbewusste Teilstreitkraft symbolisierte die erstmalige Berufung eines Fliegers an ihre Spitze Fortschritt und Modernität.

Zum 1. April 1980 wurde der Posten eines der beiden Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der alliierten Truppen Europa vakant, der stets einem Deutschen vorbehalten ist. Da die Marine seit Jahren weder einen Volladmiral hatte noch in der Spitze der Streitkräfte oder des Bündnisses vertreten war, fiel die Wahl auf einen Marineoffizier. Als Inspekteur der Marine war Luther prädestiniert, den letzten Streifen zu bekommen, so dass er zum „Vierstерne-Admiral“ befördert und ins Nato-Hauptquartier versetzt wurde. Für seine neue Position im belgischen Casteau, dessen Dienstbetrieb seinen eigenen Gesetzen folgte, erwies sich Luther jedoch nicht als Idealbesetzung. Auf politischem und diplomatischem Parkett unerfahren, fehlte ihm die Fähigkeit, seinem kaum mit Kompetenzen ausgestatteten und daher gern mit dem eines Titularbischofs verglichenen Amt Profil zu geben. Die Stabsoffiziere spotteten, der deutsche Admiral sehe die Welt nur „durch das Bullauge“. Meldete er sich in einer Besprechung ungefragt zu Wort, wies ihn der Oberbefehlshaber, der US-amerikanische Viersternegeneral Bernard Rogers, mit dem Tadel „Schweigen Sie, Admiral, jetzt rede ich“ kurzerhand zurecht.

Am 31. März 1982 ging Luther mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand, ohne während seiner zweijährigen Amtszeit im Nato-Hauptquartier nennenswerten Einfluss auf das bündnispolitische Geschehen genommen zu haben. Seinen Lebensabend verbrachte er in Kiel, wo er am 31. Mai 1997 am Steuer seines Wagens einem Herzleiden erlag. *Jan Heitmann*

Brandenburgerin und Königin

Die vor 400 Jahren verstorbene Hohenzollerin Anna Katharina war Prinzessin von Brandenburg sowie Königin von Dänemark und Norwegen. Sie war die älteste Schwester des Kurfürsten und Herzogs, mit dem die Personalunion zwischen Preußen und Brandenburg begann, Johann Sigismund. Und sie war die Ehefrau des Königs, unter dem Dänemark am Dreißigjährigen Krieg teilnahm, Christian IV.

Kennengelernt hatten sich die am 26. Juli 1575 in Halle an der Saale geborene Brandenburgerin und der zwei Jahre jüngere Däne anlässlich seiner Krönung im Jahre 1596. Ein Jahr später fand die Vermählung statt.



Anna Katharina samt Gatten Bild: Archiv

Die Königin schenkte ihrem Mann sechs Kinder, von denen das vorletzte als Friedrich III. dem Vater auf dem Thron folgte. Kurz nach der Geburt des letzten namens Ulrich, des späteren Bischofs von Schwerin, starb sie am 29. März 1612 in der Hauptstadt ihres Mannes. Ihre letzte Ruhestätte fand sie im Dom zu Roskilde. *M.R.*

Bierut- und Benesch-Dekrete aufheben!

Zu: „Im Grunde selber schuld" (Nr. 8)

Ich habe besagten Beitrag kopfschüttelnd mit großer Empörung gelesen. Wenn ich die Ausführungen des Herrn Christoph Koch von der Freien Universität Berlin richtig verstanden habe, sind wir Vertriebenen also selber schuld an unserem Schicksal?

Also hatte ich als vierjähriger Junge auch Anteil an den Verbrechen gegenüber anderen Völkern und bin dafür mit meiner Vertreibung aus Ostpreußen bestraft worden, ebenso wie meine damals zweieinhalbjährige Schwester und meine Mutter und die Großeltern, die als einfache ostpreußische Bauern jahrzehntelang fleißig und gewissenhaft ihrer schweren Arbeit nachgingen, ohne sich je zu beklagen? Da fehlen einem die Worte!

Wie viel Dummheit und Arroganz stecken in den Beiträgen gewisser Redner auf jener Tagung in Berlin! Sie ignorieren und relativieren ganz im Geiste der „political correctness" vielmillionenfaches Leid und Sterben der vertriebenen Deutschen.

Genauso werden heutzutage die Opferzahlen bei den alliierten Bombardements deutscher Städte heruntergerechnet. Es werden offiziell von Jahr zu Jahr weniger; wenn das so weitergeht, sind in 20 Jahren gar keine Deutschen bei den Bombardierungen ums Leben gekommen!

Nur weiter so, immer schön relativieren und herunterrechnen, das war ja alles nur halb so schlimm, und außerdem waren wir ja alle selbst schuld, vom Neugeborenen bis zum Greis. Und woran waren wir alle schuld? Wir waren alle Deutsche.

Als die Massenvertreibungen der Deutschen von 1945 bis 1948 durchgeführt wurden, war der Zweite Weltkrieg vorbei. Für viele Millionen deutscher Zivilisten begann der Horror aber erst richtig. Mindestens zwei Millionen von ihnen überlebten die Vertreibung und deren grauenvolle Umstände nicht.

Besonders schlimm taten sich tschechische Revolutionsgarden dabei hervor, in Prag und anderen Städten wurden deutsche Zivilisten von den Elbbrücken ins Wasser gestürzt oder in Brunnen ertränkt. Die Benesch-Dekrete sprachen die Täter straffrei.

Und heute? Alles vergeben und vergessen? Alle glücklich vereint in der EU? Die Bierut- und Benesch-Dekrete gelten immer noch.

Wenn der Bundesregierung das Schicksal vieler Millionen Vertriebener am Herzen läge, würde sie die Aufhebung der Schand-Dekrete einfordern, im Interesse wirklicher Aussöhnung. Oder setzt man hier lieber auf den Faktor Zeit?

Bernhard Ax, Halle-Neustadt

Ausrutscher

Zu: „Tragisches Misstrauen" (Nr. 6)

Der Darstellung im Bericht über den Unternehmer Adolf Merckle und seine Familie widerspreche ich in zwei relevanten Punkten entschieden. Als sein Generalbevollmächtigter und später seiner Erbengemeinschaft für die VEM-Gruppe spreche ich aus eigenem Erleben.

1. Nicht eine Börsenspekulation brachte ihn in Schwierigkeiten, sondern die Großbanken gerieten in große existenzielle – systemrelevante – Probleme und mussten schnell Engagements abbauen. Ein willkommener Anlass waren hierbei besonders für die Royal Scottish Bank der Kurssturz der HeidelbergCement-Aktien, die als Sicherheit für eine Großaquisition dienten (Hanson-Gruppe 14 Milliarden Euro). Alle seine Unternehmen machten bei 37 Milliarden Euro Umsatz während der Finanzkriese Gewinne – und auch vorher und nachher. Bei etwas Geduld der Banken während der Krise wäre die Tragödie verhindert worden. Aber man wollte nicht, man war ja selbst fast insolvent – ohne Staatshilfe bis heute.

2. Die Darstellung, seinem Sohn Ludwig gegenüber wäre er misstrauisch gewesen, ist, entschuldigen Sie, blanker Unsinn. Ich kenne die Verhältnisse seit 20 Jahren. Er war stolz auf ihn, er forderte und förderte ihn wie alle Leitenden in hohem Maß und formte ihn schon früh für die Zeit nach ihm. Das tat er ebenso mit Philipp, der ihn und die ganze Familie bitter enttäuschte. Auch ich und viele Mentoren von ihm haben mit ihm gebrochen.

Ich habe mir die Mühe der Richtigstellung gemacht, da ich Ihr Blatt sehr schätze. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Ausrutscher richtigstellen.

Rupprecht Freiherr von Rothkirch und Panthen, Deggenhausertal

Unwirklichkeiten

Zum Leserbrief: „Polnische Geschichtsklitterungen am Beispiel der Schlacht von 1410" (Nr. 7)

Die Leserbriefschreiberin Vera Macht hat doch in allen ihren Punkten Recht und es entspricht nur den Tatsachen. Aber warum nur werden solche Tatsachen nicht anerkannt vor der Geschichte? Natürlich hat das seine Gründe, aber es ist unwirklich. Und Unwirklichkeiten haben keinen Bestand! Und es gibt derer sehr viele, sie alle aber stehen auf tönernen Füßen.

Klaus Peter Kolberg, Cuxhaven-Altenwalde

Feindbegünstigung

Zu: „Deutsche in der Euro-Falle" (Nr. 7)

In allen zivilisierten Staaten wäre das, was wir mit Griechenland machen, Feindbegünstigung!

Bert Jordan, Landstuhl

Immer raus damit

Zu: „Die Schulden-Uhr: Gewinn halbiert" (Nr. 10)

Weshalb geht nicht ein Sturm durch den Blätterwald? Zehn Millionen Euro hat Außenminister Westerwelle für Arbeiten im Zusammenhang mit der weltweit größten Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem zur Verfügung gestellt, da der Holocaust nicht in Vergessenheit geraten darf. Das zu einem Zeitpunkt, in dem Deutschlands Schulden sich in unvorstellbarer Größe von über zwei Billionen Euro bewegen.

Bereits 68 Milliarden Euro sind an Wiedergutmachung und für Entschädigungen an Israel gezahlt worden.

Inge Keller, Jonen, Schweiz

Globalregierung?

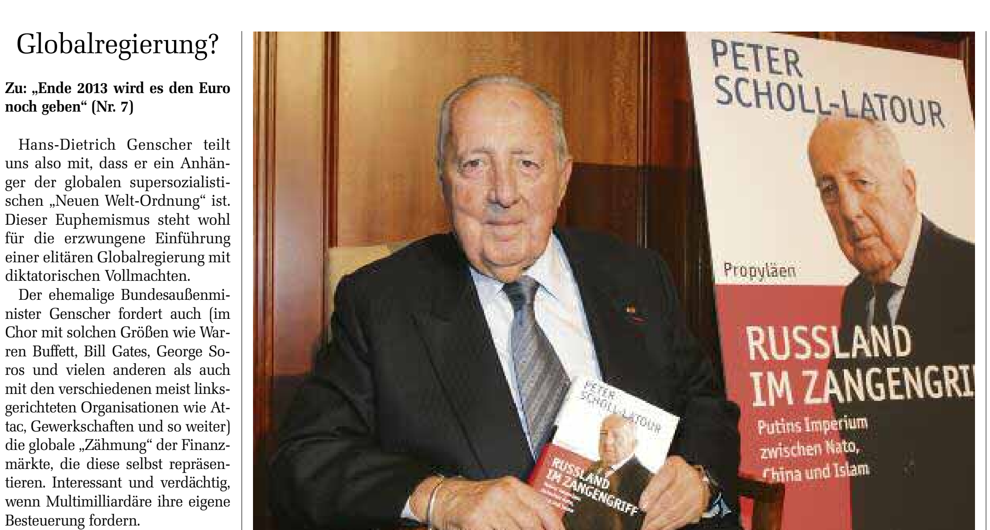
Zu: „Ende 2013 wird es den Euro noch geben" (Nr. 7)

Hans-Dietrich Genscher teilt uns also mit, dass er ein Anhänger der globalen supersozialistischen „Neuen Welt-Ordnung" ist. Dieser Euphemismus steht wohl für die erzwungene Einführung einer elitären Globalregierung mit diktatorischen Vollmachten.

Der ehemalige Bundesaußenminister Genscher fordert auch (im Chor mit solchen Größen wie Warren Buffett, Bill Gates, George Soros und vielen anderen als auch mit den verschiedenen meist linksgerichteten Organisationen wie Attac, Gewerkschaften und so weiter) die globale „Zähmung" der Finanzmärkte, die diese selbst repräsentieren. Interessant und verdächtig, wenn Multimilliardäre ihre eigene Besteuerung fordern.

Frei nach Peter Scholl-Latour: „Beware of old men, they got nothing to loose."

Florian Klinger, München



Peter Scholl-Latour – belesen und weit gereist, doch anders als Hans-Dietrich Genscher mit unbequemer Meinung: Ein Paradebeispiel für alte Männer, die nichts zu verlieren haben! Bild: S. Schraps/dapd

Flieger-Memoiren unterdrückt, weil politisch unerwünscht

Zu: Gelenkte Geschichtsschreibung

Nur wenige Generale und Admirale der Deutschen Wehrmacht haben nach 1945 ihre Memoiren aufgeschrieben. Umso erfreulicher ist es deshalb, dass mit den Aufzeichnungen des Generals der Flieger Alfred Mahncke (1888–1979) nun die Erinnerungen eines Zeitzeugen vorliegen, der sowohl die Luftstreitkräfte des Kaiserreiches als auch des Dritten Reiches mit aufbaute und dessen Betrachtungen die Jahre von 1910 bis 1945 umspannen.

Mahncke meldete sich 1910 zur im Aufbau befindlichen Königlich Preußischen Fliegertruppe und erwarb am 1. April 1911 die „Berechtigung zum Führen von Militärflugzeugen auf Überlandflügen", womit er zu den ersten Militärpiloten des Kaiserreiches gehörte. Den Ersten Weltkrieg erlebte er an der Ost- und der Westfront, in Palästina und im Generalstabsdienst. In der Weimarer Republik diente er in der Preußischen Polizei, wechselte dann aber mit der Umwandlung der Reichswehr in die deutsche Wehrmacht (1935) als Oberst in die neugeschaffene Luftwaffe über. Noch im selben Jahr wurde er Präsident des Deutschen Luftsportverbandes, Reichsluftsportführer und Inspekteur der Fliegerreserve.

Nach der Verwendung als Geschwaderkommodore war er bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Generalmajor und Kommandeur eines Luftgaustabes. Zwischenzeitlich als Inspekteur für die Flugzeugführerausbildung zuständig, diente er ab Oktober 1942 an der Ostfront, bevor er 1943 Kommandierender General und Befehlshaber im Luftgau Italien wurde. Ab November 1944 Kommandeur des Luftwaffen-Auffangstabes Nord in Hamburg, erlebte Mahncke, der am 1. September 1943 zum General der Flieger befördert worden war, dort das Kriegsende und geriet in britische Gefangenschaft, aus der er erst im Mai 1947 entlassen wurde.

Schon frühzeitig drängten Ehefrau und Sohn ihn, seine Memoiren zu schreiben, da mit seinem Leben ein wichtiger Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der deutschen militärischen Luftfahrt verbunden war. So entstand ein Manuskript von insgesamt 770 Schreibmaschinen-Seiten, das detaillierte Informationen über die Fliegertruppe vor und im Ersten Weltkrieg sowie den Aufbau der späteren Luftwaffe enthält. Mahncke beschreibt ausführlich die Begegnungen mit hochrangigen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte und schildert in anschaulicher Weise die damals mehrheitliche Begeisterung des deutschen Volkes für Hitler. Doch es wird auch deutlich, wie er, der nach 1933 die Chance zu einer beruflichen Karriere sah, spätestens nach dem verhängnisvollen Russland-Feldzug sowie durch völlig verfehlte Personalentscheidungen eine zunehmende Distanz zu Hitler und Göring entwickelt.

Im Rahmen der Entnazifizierung wurde Alfred Mahncke als „entlastet" eingestuft und ab 1963 erhielt er auch die volle Pension eines Generals der Flieger. 1961 trat er bei der Grundsteinlegung des Luftwaffen-Denkmals auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck als Hauptredner auf und zu seinem 80. Geburtstag erteilte ihm der damalige Inspekteur der Bundesluftwaffe, Generalleutnant Steinhoff, die Erlaubnis zum Tragen des „Tätigkeitsabzeichens der Bundeswehr für den Luftfahrzeugführergrad 1 (Pilot Command)" – „in Würdigung der Verdienste, die General der Flieger a.D. Mahncke sich um die Deutsche Luftwaffe erworben hat."

Das Vorwort zu den 2011 auf Englisch erschienenen Erinnerungen schrieb sein Sohn Jochen, der seit Mitte der 50er Jahre in Südafrika lebt, wo er in der South African Military History Society tätig ist, die ihn immer wieder dazu ermutigte, die Aufzeichnungen seines Vaters ins Englische zu übersetzen und zu veröffentlichen.

Leider war der Versuch, die Memoiren auch in Deutschland zu publizieren – also in der Sprache, in der sie ja im Original vorliegen –, ohne Erfolg. Begründung eines größeren Verlages: Die „Verbrechen der Luftwaffe" würden darin so gut wie nicht thematisiert. Dazu passt der in der Einleitung enthaltene Hinweis, das Buch sei gerade deshalb so wichtig und wertvoll für die Nachwelt, weil es der heutigen Generation wegen der „Gnade der späten Geburt" oft schwerfalle, die Gedankengänge jener Epoche nachzuvollziehen.

Offensichtlich wird dies in der englischsprachigen Welt jedoch anders „aufgearbeitet" als hierzulande, wo fast 70 Jahre später Geschichtsbetrachtungen über jene Zeit von einem völlig irrationalen Schuldbewusstsein überlagert werden und diesbezügliche Veröffentlichungen nahezu ausschließlich unter einem solchen Blickwinkel erfolgen. Sicherlich wird ein Grund mehr, um das überaus lesenswerte Buch, das schon heute seinen Platz in der Militärliteratur haben dürfte, auch im deutschen Sprachraum publik zu machen!

Wolfgang Reith, Neuss

Überflüssige Behörde

Zu: „Schwarz-Weiß-Theater" (Nr. 8)

Dies zeigt die Unsinnigkeit solcher Behörden. Solange es in einer Gesellschaft realiter Diskriminierung gibt, mögen sie sinnvoll sein. Aber wie jede Behörde, so strebt auch diese nach dem ewigen Leben; daher vermutet sie Diskriminierung dort, wo es längst keine mehr gibt. Das aber darf sie nicht zugeben, denn dadurch erklärte sie sich für überflüssig.

Bemerkenswert finde ich insbesondere, dass ausgerechnet im Bereich Kultur solcherlei Diskriminierung verortet wird. Ich habe, insbesondere bei der Massenkultur, nicht den Eindruck, als würde irgend ein Mangel an Menschen aller Haut- und Haarfarben, Herkunftsregionen und dergleichen bestehen – im Gegenteil. Gerade die im Fernsehen präsentierte Scheinwelt ist dermaßen bunt, wie es die Wirklichkeit gar nicht ist (ich meine das ganz wertungsfrei). Es mag sein, dass beispielsweise Schwarze in gewissen Bereichen unterrepräsentiert sind (ob das dann auch mit Diskriminierung zu tun hat, ist eine andere Frage). Aber im Bereich der Kultur, der Massenkultur, des Klamauks, der Shows – da kann von einer Unterrepräsentanz die Rede nicht sein.

Also: Eine überflüssige Behörde stellt eine falsche Diagnose und will die falschen (repressiven) Mittel anwenden. Da es das genannte Problem gar nicht gibt, wird der Aberwitz solcher Aktionen erst recht deutlich.

André Freud, Nürnberg

Das ungesühnte Kriegsverbrechen Churchills

Zum Leserbrief: „Tieffliegerangriffe" (Nr. 9)

Ich erlebte diese Nächte in den Splittergräben einer Kaserne in Weißenfels an der Saale, wir sahen von Scheinwerfern erfasste Bomber in Richtung Osten fliegen. Wirksame Flugabwehr war nicht erkennbar. Was in Dresden selbst geschah, erfuhr ich nach dem Kriege durch Freunde, die aus Schlesien vertrieben gerade auf den Elbwiesen am Rande Dresdens angelangt waren, als die ersten Bomben fielen. Der Bericht meiner Freunde über die Tieffliegerangriffe der Alliierten gleicht in allen Punkten den Schilderungen im Artikel „Von Masuren zur Tante nach Dresden" (*PAZ* Nr. 7).

Die angreifenden Jagdbomber flogen so niedrig, dass den Piloten klar sein musste, dass sie keine Soldaten der Wehrmacht, sondern Frauen, Kinder und alte Leute im Visier ihrer Maschinengewehre und Bordkanonen hatten. Wer schoss, beging Völkermord auf höheren Befehl, der ungesühnt blieb. Aber Churchill soll ja, ohne Widerspruch von Roosevelt oder Stalin, kurz zuvor empfohlen haben, bis zum absehbar bald bevorstehenden Kriegsende noch etliche Millionen Deutsche ins Jenseits zu befördern.

Umso weniger ist es verständlich, dass in Dresden Jahr für Jahr ein Mobbing gegen die kleine Schar meist junger Demonstranten abläuft, die trauerndes Gedenken fordern für alle im Februar 1945 durch die Terrorangriffe auf die offene Stadt Dresden umgekommenen Menschen.

Wer damals die Hölle der Angriffe miterlebt hat, der wird der heutigen Oberbürgermeisterin, die von 22 000 behördlich ermittelten Opfern ausgeht, nicht folgen können. Amtliche Unterlagen aus dem Frühjahr 1945 weisen, wie Historiker herausfanden, unterschiedliche Zahlen auf, sie gehen zum Teil ganz erheblich über die heute von der Obrigkeit in Dresden vertretene Minimierung hinaus.

Die heute in Dresden lebenden Menschen sind erst nach der Katastrophe geboren.

Die wenigen noch lebenden Augenzeugen haben kein politisches Gewicht und so wird wohl vorurteilsfreie Wahrheitsfindung auf der Strecke bleiben.

Lienhard Schmidt, Hamburg

Abschöpfen

Zu: „EU finanziert Ausbeutung" (Nr. 8)

Belastete Staatsfinanzen werden immer wieder vom Steuerzahler bezahlt werden. Vernichtungen durch Krieg sind derzeit noch immer im Gange, zum Glück nicht bei uns. Inflationen und Kriegsgräuel hatten wir wirklich schon genug. Doch können „Garantien" auch noch sehr friedlich unter den Menschen bis in eine unbekannte Zukunft „abschöpfend" wirken.

Dr. Volkher Biese, Ahaus

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 11 – 17. März 2012

MELDUNGEN

Käsefabrik in Tilsit geplant

Tilsit – Die Schweizer treiben in Ostpreußen ihre Bemühungen um den Bau eines Werkes zur Herstellung von „Tilsiter Käse“ energisch voran. Der Geschäftsführer der „Tilsiter Switzerland GmbH“, Bruno Buntschu, hat der ostpreußischen Kreisstadt einen Besuch abgestattet und dabei deren Oberbürgermeister Nikolaj Woischtschev die von einem Berliner Projektierungsbüro erarbeiteten Unterlagen vorgestellt. Die neue Käserei wird mit modernen Schweizer Fertigungsanlagen ausgerüstet. Es entstehen 30 bis 50 Arbeitsplätze. Diese werden ausschließlich mit örtlichen Beschäftigten besetzt, die hierfür in der Eidgenossenschaft eine Ausbildung erhalten. Das Besondere an der Käserei ist ein touristischer Schautrakt. Er besteht aus einem 40 Meter langen und 15 Meter breiten Glaskorridor, von dem aus der technologische Ablauf der Käseherstellung beobachtet werden kann. In einem Anbau gibt es für die Besucher ein Restaurant mit Schweizer Küche und eine Käsetheke, an der die verschiedenen Sorten des „Tilsiter“ präsentiert werden können. Dort werden Informationsfilme in russischer, deutscher und englischer Sprache gezeigt. Die Käserei soll den jetzigen Bewohnern Tilsits die Vergangenheit ihrer Stadt bewusst machen. Sie soll aber auch zu einem Anziehungspunkt für Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern werden sowie den Bekanntheitsgrad des „Tilsiter“ europaweit verbreiten. Der russische Oberbürgermeister zeigte sich erfreut von dem Schweizer Vorhaben. Gemeinsam mit seinem Gast aus der Alpenrepublik besichtigte er das Baugrundstück. Es befindet sich im Tilsiter Vorort Senteinen an der Königsberger Chaussee. Die Grundsteinlegung wird im Rahmen des diesjährigen Stadtfestes in den ersten Septembertagen stattfinden. *H.Dz.*

Eisangler in Seenot

Memel/Königsberg – Im Königsberger Gebiet wie auch im Memelland kam es beim Eisangeln zu Notfällen. So wurden etwa 200 litauische Eisangler auf einer Eisscholle mehrere Kilometer weit auf das Kurische Haff abgetrieben, nachdem sich diese vom Ufer gelöst hatte. Erst nach mehreren Stunden auf dem offenen Wasser konnten die Männer mithilfe eines Luftkissenbootes gerettet werden. Im Königsberger Gebiet wurden zwei Gruppen von Anglern von über 40 beziehungsweise gut 30 Personen beim Dorf Schaaksvitte, Kreis Fischhausen durch breite Wassergräben an einer Rückkehr aufs Festland gehindert. Auch sie konnten alle nach stundenlangem Ausharren durch Luftkissenboote gerettet werden. Bei der Anlandungsstelle der Geretteten erinnert noch heute ein Gedenkstein an jene 51 Eisangler, die hier im Jahre 1994 in einer ähnlichen Situation den Tod fanden. *T.W.W.*

Bei Regitten ist das erste Loch gebohrt

Polen diskutiert über die Vor- und Nachteile der Erschließung seiner Schiefergasvorkommen

In der Nähe des Ortes Regitten bei Braunsberg ist das erste Loch gebohrt worden zur Gewinnung von Schiefergas durch das kanadische Unternehmen Talisman Energy.

Seitdem bekannt geworden ist, dass es die reichsten Schiefervorkommen Europas auf dem Gebiet der Republik Polen gibt, wird in dem Land heftig über ihre Gewinnung und Nutzung diskutiert. Da sind auf der einen Seite die ökologischen Risiken. Bei der bisher genutzten Technologie wird das Schiefergas ausgewaschen, wobei das Wasser verpestet wird und nur mit hohem Kostenaufwand wieder gereinigt werden kann. Auf der anderen Seite reizt die Polen die Aussicht, von den Erdgaslieferungen aus Russland unabhängig zu werden. Nichtsdestotrotz hat Polen erst vor kurzem einen Vertrag mit Russland abgeschlossen, in dem sich das mitteleuropäische Land verpflichtet hat, unabhängig von den Erfolgen einer eigenen Schiefergasförderung die teuren Erdgas- und Erdöllieferungen in den nächsten Jahrzehnten weiterhin abzunehmen.

Bei manchen herrscht Goldgräberstimmung

Die in Polen vermuteten Schiefergasvorkommen dehnen sich auf einem ziemlich breiten Streifen aus, dessen Nordrand an der Danziger Bucht liegt. Sie ziehen sich weiter ostwärts und umfassen die Randgebiete der Region, insbesondere die Landkreise Braunsberg und Elbing. In dem zwischen diesen Städten liegenden Dorf Groß Stoboy sollen die nächsten Bohrungen unternommen werden. Weitere sind in den Kreisen Eylau, Osterode, Neumark, Soldau, Heilsberg und Allenstein in Planung. Die unternommenen Arbeiten am Bohrloch bei Regitten dauerten 50 Tage lang. Das dank dieser Bohrungen bereits gewonnene Probegestein wird derzeit verschiedenen geologischen Analysen unterzogen. Nach den ersten Untersuchungsergebnissen soll der Entschluss über das Richtbohrverfahren an anderen Orten gefasst werden, um festzustellen, wie groß die Flächen sind, die dieses Vorkommen tatsächlich umfasst. Diese Ergebnisse werden die Entscheidung über die Konzession für Schiefergasförderer beeinflussen. Goße Energiekonzerne wie ExxonMobil und Chevron haben ihr Interesse daran bekundet. Die von der höchsten Arbeitslosigkeit geprägte Region der polnischen Republik verspricht sich durch eine mögliche Schiefergasgewinnung neue Arbeitsplätze und günstigere Lebensumstände.

Manche Möchtegern-Scheichs sehen sich bereits jetzt aus dieser unerwarteten Entdeckung Profite davontragen. Diese Goldgräberstimmung erinnert an die damaligen nie erfüllten Versprechungen der US-Regierung aus der Zeit des Irakkriegs. Damals war Polen als Gegenleistung für dessen Teilnahme an den Kriegshandlungen ein direkter Zugang zu einem der dort eroberten Erdöltürme zugesichert worden.



Von der Schiefergasgewinnung bedroht: Idylle am Drausensee Bild: Prisma

Doch selbst wenn sich die Gewinnerwartungen der Konjunkturritter erfüllen sollten, bliebe immer noch das Problem, wie sich eine Weiterführung der Sucharbeiten und eine mögliche Umwandlung der gelegentlich als „grüne Lunge“ des ganzen Landes bezeichneten Gebiete in einen gasverarbeitenden Industrieort mit den vielen Naturschutzgebieten insbesondere um den Drausensee vereinbaren ließen. Die Genehmigungen sollen deshalb erst nach einer ausführlichen Prüfung der möglicherweise schädlichen Folgen der Verarbeitungsanlagen für die Umwelt erfolgen. Darüber gehen schon jetzt die Meinungen auseinander, es gibt viele Skeptiker. Ähnlich wie es bezüglich der an der Grenze zum Königsberger Gebiet massenweise installierten Windkraftanlagen schon jetzt der Fall ist. Wenn die auf diese Art und Weise gewonnene erneuerbare Energie als rein gilt, so verunstalten die Anlagen jedoch die Landschaft und stören häufig die Ruhe der Anwohner, die ohnehin nicht viel Nutzen von den Windparks haben.

Die Freude über eine zukünftige Entwicklung der ganzen Region zum Rohstofflieferanten für die übrigen Teile der Republik hält sich in weiten Kreisen der örtlich ansässigen Bevölkerung in Grenzen. Viele würden sich dort eher eine ausgewogene Industrialisierung nach dem Schwarzwald-Modell wünschen. Dort wurden ja zahlreiche mittelständische Unternehmen umweltfreundlich selbst in Erholungsorten von Weltrang gegründet. Eine ähnlich konzipierte Implementierung verschiedener Industriezweige dürfte letztendlich auch im Nordosten der Republik Polen zu einer langsamen, aber sicheren und zukunftsorientierten Belebung der regionalen Wirtschaft beitragen.

Grzegorz Supady

Zweisprachige Hilfestellung für Historiker

Deutsche und russische Archive legen sachthematisches Inventar zur Königsberger Nachkriegsgeschichte vor

Die „Archivagentur des Kaliningrader Gebiets“ und das „Staatsarchiv des Kaliningrader Gebiets“ haben mit dem „Bundesarchiv der Bundesrepublik Deutschland“, ein „Sachthematisches Inventar zur Nachkriegsgeschichte des nördlichen Ostpreußen (Kaliningrader Gebiet) 1945–1955“ erstellt. Das 217 Seiten starke und zweisprachige Inventar kann im Internet eingesehen werden unter www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/bundesarchiv_de/oeffentlichkeitsarbeit/aktuelle_meldungen/kaliningradtextfassungdtruss-vi.pdf

Die Grenzjahre 1945 und 1955 wurden im wesentlichen aus zwei Gründen gewählt. Zum einen sollten die Unterlagen überschaubar gehalten werden. Zum anderen stellten die zuständigen Archivare fest, dass der Prozess der Integration der ostpreußischen Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im ersten Nachkriegsjahrzehnt erkennbar fortgeschritten war. Auch die Ansiedlung sowjetischer Bürger im Königsberger Gbeiet war in den Jahren bis 1955 im Wesentlichen abgeschlossen.

Die an dem Projekt beteiligten deutschen und russischen Archivare waren sich darin einig, dass in das Quelleninventar insbesondere Vorgänge einzubeziehen seien, die mit dem Kriegsende 1945 und dessen Folgen für die vertriebene deutsche und die dafür angesiedelte sowjetische Bevölkerung verbunden waren. Dazu gehören die Vorgänge um die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und ihre Integration in Mittel- und Westdeutschland, die Bildung eines Sondermilitärbezirks Königsberg, der Aufbau einer zivilen Verwaltung und die Einbeziehung des Königsberger Gebiets in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Aufgenommen wurden ferner Archivalien über das Leben der im Königsberger Gebiet verbliebenen Deutschen und ihr Zusammenleben mit der russischen Bevölkerung in den Jahren 1945 bis 1948. Parallel hierzu wurden Quellen über die Neubesiedlung der Region mit Umsiedlern aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion und die damit verbundenen Entwicklungsprobleme erfasst sowie der Aufbau der Lebensbereiche im Innern des Gebiets, der Wiederaufbau der Industrie und die Neustrukturierung der Landwirtschaft berücksichtigt. Es bestand darüber hinaus Übereinstimmung, dass die aufzunehmenden Archivbestände sowohl amtliches Schriftgut als auch Erlebnisberichte, Nachlässe, Presseerzeugnisse und Bildmaterialien umfassen.

Als Nachkriegszeit wurden das Jahrzehnt bis 1955 definiert

Zunächst hatten die Projektpartner vereinbart, alle Texte des Inventars in die Sprache des jeweiligen Partners zu übersetzen. Von dieser Vereinbarung wurde später abgerückt, nachdem sich die Übersetzung der nach unterschiedlichen Traditionen einer archivischen Verzeichnung erarbeiteten Aktentitel nicht nur sprachlich als schwierig erwies, sondern auch insofern wenig sinnvoll erschien, als übersetzte Verzeichnungseinheiten von den ihnen zugrunde liegenden Akten eher weg- als hinführen. Die Verantwortlichen entschlossen sich daher, die Verzeichnungen in der jeweiligen Sprache der Akten zu belassen.

Die Terminologie der Archivalien wurde beibehalten

Bestehende Übersetzungsschwierigkeiten wurden insbesondere an Begriffen wie „Vertreibung“ und „Umsiedlung“ deutlich. Der Terminus „Vertreibung“ (russisch „izgnanie“), der im deutschen Sprachgebrauch üblich und im kollektiven Gedächtnis verwurzelt ist, wird in den russischen Aktentiteln nicht gebraucht. Der Begriff wird im Russischen allgemein mit „pereselenie“ (Umsiedlung) beschrieben. Dass sich gerade hinter der unterschiedlichen Terminologie auch ein unterschiedliches Verständnis für dieselben Vorgänge verbirgt, war den Verantwortlichen von Anfang an klar. Umso sachgerechter, rationaler und pragmatischer schien ihnen die Lösung zu sein, die Spezifik der Terminologie in der jeweiligen Sprache zu belassen.

Die deutschen und russischen Herausgeber und Bearbeiter des sachthematischen Inventars verbinden mit ihrer gemeinsamen Publikation die Hoffnung, dass die Kenntnis und Benutzung von bisher in Russland unbekannten deutschen Quellen zum Schicksal der deutschen Bevölkerung im Königsberger dazu beitragen kann, die während der letzten Jahre begonnenen Diskussionen über dieses Thema zu vertiefen und zu bereichern. Umgekehrt soll die Heranziehung und wissenschaftliche Auswertung russischer Quellen über die Ansiedlung und die Lebensverhältnisse der sowjetischen Bevölkerung im Königsberger Gebiet nach 1945 dazu anregen, den Blick auf die Geschichte der Vertreibung zu erweitern. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Erfreuliches konnten wir in der letzten Folge berichten, und das können wir auch heute. Zwar handelte es sich „nur“ um ein Gedicht, das Frau **Erika Böttcher** aus Garbsen suchte, aber für sie bedeutete es sehr viel, knüpften sich doch daran Erinnerungen an ihre Mutter und den 1944 gefallenen Vater. Es beginnt „Mein Vater war ein tapferer Soldat, bei Tannenberg ist er gefallen ...“, sechs Zeilen konnte Frau Böttcher noch aufsagen, aber dann war Schluss. Sie hatte im Internet gesucht und viele ältere Menschen aus dem Ostgebieten befragt, aber es war allen unbekannt. Ihre letzte Hoffnung war, dass jemand aus unserer Ostpreußischen Familie das Gedicht kannte. Wie lautet der Plural von „jemand“? Es meldete sich nämlich nicht ein Anrufer, sondern sechs, wie uns Frau Böttcher erfreut mitteilen konnte. Drei Frauen im Alter von 90, 82 und 77 Jahren sowie zwei 81-jährige und ein 77-jähriger Leser. Alle hatten sie ostpreußische Wurzeln, und alle hatten das Gedicht in der Schule gelernt, es stand in ihrem Lesebuch. Sie konnten das Gedicht ganz oder teilweise aufsagen, und haben es Frau Böttcher zugesandt. Den Autor haben sie aber alle nicht angeben können, aber das ist ja auch nicht ausschlaggebend. Hauptsache: Frau Böttcher besitzt nun das Gedicht in voller Länge.

Wie immer bei solchen Anrufen bleibt es nicht bei dem eigentlichen Thema, es entwickeln sich Gespräche, in denen das eigene Schicksal aufgerollt wird. So erfuhr Frau Böttcher bei den Telefonaten viel Schreckliches über manchen Fluchtverlauf oder die spätere Vertreibung. Auch sie wurde aus ihrer ostpreußischen Heimat vertrieben, wie sie schreibt: „Der Verlauf unserer Flucht am 11. Februar 1945 aus Layß bei Mehlsack nahm durch den Tod meines fünf Monate alten Bruders auf der Frischen Nehrung eine andere Wende. Die Soldaten, die uns geholfen hatten, das tote Kind unter die Erde zu bringen, boten uns an, uns mit Lastwagen auf die Spitze der Nehrung nach Neutief zu bringen, wenn wir ihnen unsere Pferde überlassen würden. Wir könnten dann mit der Fähre nach Pillau übersetzen und von dort nach Gotenhafen gelangen.“ So geschah es auch, die Flüchtlinge kamen auf einen Dampfer und fuhren in Richtung Dänemark. Aber sie erreichten nicht ihr Ziel und blieben damit vielleicht vor einer jahrelangen Internierung bewahrt. „Nahe der Insel Rügen steckte unser Schiff fest, weil es total überladen war. Mit kleinen Kuttern sind wir zur Insel gelangt, in Saßnitz wurden wir in einen Zug gesetzt und sind tagelang gen Westen gefahren. In Burgdorf endete die Bahnfahrt. Mit Pferdewagen wurden wir in ein Auffanglager in Lehrte gebracht. Eine zwölf Quadratmeter große Mansarde war dann für mehrere Jahre die Bleibe für eine Mutter und ihre fünf Kinder.“ So der kleine Bericht von Frau Erika Böttcher, mit dem sie ihren Dank an unsere Ostpreußische Familie verbindet.

„Fortsetzung folgt“ – hieß es früher, wenn Romane auf Raten in den Zeitungen erschienen. Die Fortsetzungsromane sind selten geworden, aber den Hinweis können wir für unsere Ostpreußische Familie in Anspruch nehmen, denn viele in unserer Kolumne behandelten Themen tauchen immer wieder auf, weil sich neue Fragen oder Erfolge ergaben. Beides trifft auf die erneute Zuschrift von Herrn **Christoph M. Stabe** aus München zu, der durch unsere Leser die Herkunft der von ihm entdeckten Sauciere richtig einordnen konnte. Sie gehörte zu einem KPM-Service, das für das „Kurhaus Siegemund“ in Rudczanny/Niedersee angefertigt worden war. Nicht nur die Herkunft des schönen Stückes, sondern auch das Schicksal der Familie **Siegemund** konnte geklärt werden. Hierzu schreibt Herr Stabe: „Heute möchte ich Ihnen einen erneuten Bericht geben, was sich weiter ereignete. Eine für mich sehr berührende telefonische Begegnung gab es im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Geschichte im Sensburger Heimatbrief. Eines Tages meldete sich die letzte noch lebende Tochter des Kurhausbesitzers Siegemund aus Rudczanny, die schon lange in Berlin lebt, aber (leider!) keine Leserin der *PAZ* ist.“ Herr Stade schreibt: „Für mich war es aufregend, wie nah und persönlich es sich anfühlte, welche Erinnerungen, Empfindungen und Begegnungen sich durch meine Recherche, angefangen in der *PAZ*, ergaben. Vielen Dank für diese vielen Erlebnisse!“ Aber die Geschichte geht weiter, auf die eigene Familie des Schreibers bezogen. Denn der Name „Stabe“ tauchte in den Leserbriefen auch als Hinweis auf den Besitzer einer Molkerei in Nikolaiken auf. Ob hier mit dem Schreiber eine familiäre Verbindung besteht, konnte bisher nicht festgestellt werden. Deshalb hat Christoph Stabe auf seiner letzten traumhaft schönen Heimatreise, die seine Eltern und ihn nach Masuren führte, einige Aufnahmen gemacht, die eine Standortbestimmung erleichtern können. Hierzu schreibt Herr Stabe: „Die Aufnahmen stellen die Reste des Molkereibetriebes Stabe in Nikolaiken an der Arysser Straße dar. Bedingt durch Schilderungen und Hinweise einer ehemaligen Bewohnerin, die mir auch die Erstinformation über den Betrieb gegeben hatte, konnten wir den Platz finden. Sehr markant für Nikolaiken soll früher der große Turm eines Schornsteins gewesen sein, noch weit bis in die 90er Jahre konnte man ihn erkennen. Heute gibt es ihn aber nicht mehr. Mir liegen nun einige alte Bilder vor, auf denen sowohl der Schornstein wie auch ein auffälliger Wasserturm zu erkennen sind. Heute gibt es einen anderen großen Turm in der Nähe: Knapp 100 Meter entfernt wurde von den Polen eine moderne katholische Kirche gebaut. Vielleicht lässt sich mit diesen Informationen etwas anfangen?“ Hoffen wir also, dass es in dieser Sache noch einmal „Fortsetzung folgt“ heißt, wenn Herr Stabe weitere Informationen über die Molkerei und ihren damaligen Besitzer erhalten hat. (Christoph M. Stabe, Volkartstraße 46 in 80636 München, Telefon 089/12021984, E-Mail: christoph.m.stabe@gmx.de)



Bild: privat

An der Arysser Straße in Nikolaiken: Molkereibetrieb Stabe

Ich kannte ihn, den Intendanten des Reichssenders Königsberg General der Infanterie z. V. **Siegfried Haenicke**, noch aus meinen frühesten Anfängen beim Reichssender Königsberg, bin ihm aber persönlich nie begegnet, denn er war Intendant und ich eine blutjunge freie Mitarbeiterin, da waren etliche Hierarchien dazwischen. Nicht viel anders erging es mir übrigens mit seinem Nachfolger Dr. **Alfred Lau**, der in Ostpreußen aufgrund seiner Dialektpoeme einen hohen Bekanntheitsgrad hatte und sich gerne volksnah zeigte, aber über ein- oder zweimal Händeschütteln hinaus war es zu mehr auch mit ihm nicht gekommen, als ich mir längst mit meinen Hörspielen, Kinderstunden und plattdeutschen Sendungen einen festen Platz in den Programmen des Reichssenders Königsberg erschrieben hatte. Deshalb weiß ich wenig über die Lebensläufe der Intendanten, und schon gar nicht über den des Generals, und muss somit die Fragen von Herrn Dr. **Ernst Vogelsang** aus Hermannsburg an unsere Leser weitergeben. Der Militärexperte schreibt:

„Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hat mich beauftragt, für die von ihr herausgegebene ‚Altpreußische Biographie‘ einen kurzen Lebenslauf des Gen. d. Inf. z. V. Siegfried Haenicke zu schreiben, der bekanntermaßen von Mai 1933 bis Juni 1935 Intendant des Reichssenders Königsberg gewesen ist, wie auch des Gen. Maj. **Willy Langkeit**, der aus dem Kreis Treuburg stammt. Haenickes militärischer Werdegang ist mir geläufig. Ich benötige aber Antworten für folgende Fragen:

Ist Siegfried Haenicke nach seiner Zeit als Intendant auch Lehrbeauftragter an der Albertina gewesen? Es gibt eine Quelle, die das behauptet. 2) Wissen Sie zufällig Näheres über seine Familie aus der Königsberger und Allensteiner Zeit? Bezüglich der ersten Frage habe ich den Namen Haenicke nicht in den mir vorliegenden Vorlesungsverzeichnissen der Universität Königsberg finden können, auch in den Kurzbiografien wie zum Beispiel im Lexikon der Stadt Königsberg wird nichts von einer Dozentur erwähnt. Hier könnte aber auch eine Verwechslung vorliegen, denn es gab einen Lehrbeauftragten mit einem fast identischen Namen. Zu Allenstein ist zu sagen, dass Haenicke dort 1920 in Garnison stand und 1929 als Oberst das Inf. Regt. 2 führte. Wer hatte damals persönliche Verbindung zu der Familie Haenicke? Aus der Königsberger Intendantenzeit, die nach meinen Unterlagen bereits 1929 begann, müsste es noch Bekannte geben, ehemalige Nachbarn, Freunde, Verwandte und Mitarbeiter. Wahrscheinlich wohnte die Familie zeitweilig in dem Königsberger Villenvorort Amalienau. Siegfried Haenicke verstarb 1946 in dem Lager Mühlberg bei Riesa.“

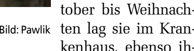


Bild: Pawlik

Ruth Geede

Zu der dritten Frage nach Generalmajor Willy Langkeit. Auch hier sind Herrn Dr. Vogelsang die militärischen Daten bekannt, denn Langkeit war zeitweilig im letzten Krieg sein Regimentskommandeur. Aber alle genealogischen Fragen sind offen. Da stammt die Treuburger gefragt, denn die Familie stammt aus diesem Kreis. Auch über seine früh verstorbene Frau gibt es keine Angaben. Hat Langkeit nach deren Tod noch einmal geheiratet? Das sind die hauptsächlichsten Fragen zu den Biografien dieser ehemaligen Militärs, zu denen unsere Leser etwas aussagen könnten. (Dr. Ernst Vogelsang, Gerichtsweg 8 in 29320 Hermannsburg, Telefon 05052/2847, Telefax 05052/8838, E-Mail: Dr.Vogelsang@gmx.net)

Über die mit dem Chor des Dillenburger Gymnasiums aufgenommene CD mit dem Ostpreußenlied haben wir schon oft berichtet, jetzt ist wieder eine kleine Meldung fällig, um deren Weitergabe mich Frau **Ingrid Nowakiewitsch** bittet. Sie hat bisher über 120 CDs verkauft, aber dann machte ihr die Gesundheit einen Strich durch die Rechnung. Von Oktober bis Weihnachten lag sie im Krankenhaus, ebenso ihre Tochter. So konnten die Bestellungen, die inzwischen telefonisch eingegangen waren, nicht erfüllt werden. Bei einem kurzen Zwischenaufenthalt im Hause konnte ihre Tochter einen Anrufer, der weder seinen Namen noch seine Adresse angab, auf Januar vertrösten, wenn ihre Mutter wieder daheim sei. Dieser Anrufer wird nun gebeten, sich noch einmal bei Frau Nowakiewitsch zu melden, die inzwischen wieder neue CDs bekommen hat. Dies auch als Information für andere Interessenten, die vergeblich angerufen hatten. (Ingrid Nowakiewitsch, Birkenweg 1 in 35708 Haiger-Allendorf, Telefon 02773/3941.)

Eure

Ruth Geede

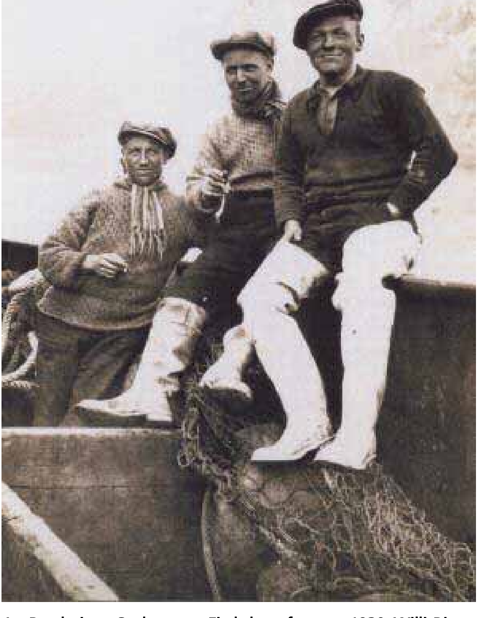
Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Sie fischten vor Grönland und in der Barentsee

Dokumentation von Dieter Kokot aus der Wingst über Ostpreußen in der Hochseefischerei

On dat Haff erweckt in mie de groot Begehr enne Welt to fleege öwer Land on Meer“, heißt es in unserem Hafflied, das in den 20er Jahren der Präzentor **Franz Leiber** aus Inse geschrieben hat; vielmehr in eine ostpreußische Version gebracht, denn die Ursprungsfassung dieses plattdeutschen Liedes verfasste die auf der Zingst geborene **Martha Müller-Grählert**, und sie lässt die Ostseewellen an den „Strand trekken“ und nicht „det Haffes Welle“. Aber bleiben wir bei der „Begehr“, hier in Form des Fernwehs, das wohl auch die jungen Fischer vom Kurischen Haff erfasste, so dass sie beschlossen, „enne Welt to fleeje“, obgleich es wohl in der Hauptsache wirtschaftliche Gründe waren, die sie veranlassten, sich an anderen Küsten eine Existenz zu gründen. Viele von ihnen gingen schon vor dem Ersten Weltkrieg nach Cuxhaven, Wesermünde, Bremerhaven, den Häfen der aufstrebenden deutschen Hochseefischerei. Hier erwiesen sich die harte Arbeit gewohnten Männer von der Haffküste als tüchtige Hochseefischer, viele von ihnen stiegen zum Steuermann und Kapitän auf. Sie fischten in den Gewässern von Island und Grönland und in der Barentsee und erwiesen sich als Spezialisten für den Heringsfang in der Nordsee. Die Namen der Hafffischer hatten in der deutschen Hochseeflotte einen guten Klang wie die der Gebrüder **Jakubeit**, der Schiffsführer **Pallentin**, **Kuhr**, **Strupeit**, **Karp** und **Adebar**, die mit ihren außerordentlichen Fangergebnissen Aufsehen bei den Anlandungen erregten. Auch Namen von der Frischen Nehrung standen auf den Kapitänslisten wie **Welm**, **Modersitzki**, **Hildebrandt** und **Popall**.

Die Lebensläufe dieser Männer hat der Fischereihistoriker **Dieter Kokot** aus der Wingst zusammengestellt und sie in großen Ausstellungen in Cuxhaven dokumentiert. Dass die vom Kurischen Haff stammenden Fischer zusammen mit den Ostfriesen den Hauptanteil der Cuxhavener Fischereikapitäne stellten, hatte den ehemaligen Schiffsingenieur deshalb besonders interessiert, weil er selber ein gebürtiger Ostpreuße ist. Sein Heimatdorf ist Jägerfelde bei Norkitten im Kreis Insterburg, und obgleich es nicht am Haff lag, zog es auch ihn in die Welt hinaus, vor allem nach Afrika. Schon seit Jahrzehnten beschäftigte er sich mit den Schiffen und Besatzungen der deutschen Hochseefischerei, vor allem mit den Lebensläufen der Kapitäne dieser Schiffe, so dass er heute 50 Biografien vorweisen kann, bildlich dokumentiert mit über 15 000 Fotos.



An Bord eines Cuxhavener Fischdampfers um 1930: Willi Bigga (Mitte) mit Kollegen

Bild: privat

Einer dieser exakt recherchierten Lebensläufe ist der des Fischdampferkapitäns **Willi Bigga**. Geboren 1904 in Wittken, Kreis Heydekrug, begann er nach dem Ersten Weltkrieg als Schiffsjunge auf einem Vegesacker Heringslogger. Als Matrose des in Cuxhaven beheimateten Fischdampfers „Alte Liebe“ machte er seine ersten großen Reisen, fuhr weiter auf Cuxhavener Dampfern, wechselte zwischendurch auf ein Altonaer Schiff, kehrte aber immer wieder nach Cuxhaven zurück und brachte es nach bestandener Prüfung zum Ersten Steuermann. Im Mai 1936 bestand Bigga die Prüfung zum Kapitän in großer Hochseefischerei und wurde Erster Steuermann auf dem Fischdampfer „Nordland“, dann auf der „Memel“, bis er 1937 mit der Führung des Fischdampfers „Thorn“ beauftragt wurde. Auf diesem Dampfer fischte er bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der seine Laufbahn viel zu früh beendete. Willi Bigga fiel als Steuermannsmaat der Kriegsmarine im September 1944 auf einem Vorpostenboot in der Nordsee. Zwei Söhne gingen wie ihr Vater zur See.

Angeregt durch unsere Berichte über die „Fischer von Alt Passarge“ übersandte uns Herr Kokot nun diese Angaben über die deutsche Hochseefischerei mit der Hoffnung, dass unsere Ostpreußische Familie ihm helfen könne. Denn es gibt noch eine weiße Stelle. Aus aktuellem Anlass sucht er nach Fotos und Angaben über den Kapitän **Albert Spohn**, *19. November 1889 in Neu Passarge. Kapitän Spohn, der drei Kinder hatte, ist seit 1928 in der Cuxhavener Flotte nachweisbar. 1939 stellte Spohn den großen Neubau „Otto Flohr“ in Dienst. Zuletzt war er auf dem Fischdampfer „Neufundland“, von dem er 1942 krankheitshalber abmusterte. Spohn wohnte nur kurze Zeit in Cuxhaven und verzog bald nach Waldtstedt oder Waldtstadt bei Heide in Holstein, dann verliert sich seine Spur. Wer kann für die Dokumentation wichtige Angaben über sein weiteres Schicksal machen, wer weiß, wann, wo und wie er starb? Leben noch Nachkommen, mit deren Angaben Herr Kokot die Biografie von Herrn Spohn vervollständigen könnte? Er wäre dankbar, wenn er über die Ostpreußische Familie fündig würde. (Dieter Kokot, Am Fuchsberg 26 in 217878 Wingst, Telefon 04778/7459.) *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Beckmann, Magdalene, geb. **Rüggemeier**, aus Ebenrode, am 25. März

Kattenberg, Minna, geb. **Riechert**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 24. März

Pultke, Gerda, geb. **Böhm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

Seredschuh, Richard, aus Schlossbach, Kreis Ebenrode, am 24. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, Grabenstraße, am 25. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schalwat, Minna, geb. **Peim**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 23. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Block, Ilse, geb. **Medler**, aus Norgau, Kreis Samland, am 24. März

Gorski, Gertrud, geb. **Schaefer**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 21. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Degenhardt, Hanna, geb. **Rohrmoser**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bieber, Minna, geb. **Mein**, aus Rosslinde, Kreis Gumbinnen, am 19. März

Hermenau, Käthe, geb. **Schwellnus**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 25. März

Karasch, Frieda, geb. **Karpinski**, verw. **Nowitzki**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 22. März

Roski, Hedwig, geb. **Brieskorn**, aus Rößel und Braunsberg, am 23. März

Siebert, Erika, geb. **Fischer**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 13. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Altkrüger, Gertrud, geb. **Korpies**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 20. März

Brozio, Elfriede, geb. **Mathiszik**, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. März

Eickels, Hedwig **van**, geb. **Podien**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 21. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

Szislo, Liesbeth, geb. **Czerwonka**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. März

Bartoschewitz, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 22. März

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

Böhmer, Doris, geb. **Putzki**, aus Wehlau, Krumme Grube, am 20. März

Brunkow, Lina, geb. **Lacinski**, aus Nussdorf, Kreis Treuburg, am 21. März

Konietzke, Ursula, geb. **Schultz**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 23. März

Lolies, Oskar, aus Moschen, Kreis Treuburg, am 19. März

Marquardt, Anna, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. März

Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. März

Schall, Erna, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 23. März

Sembritzki, Wilhelm, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 19. März

Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ballnus, Willi, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 22. März

Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Samland, am 20. März

Haegerman, Margarete, geb. **Brommecker**, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 22. März

Hallmann, Erika, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. März

Hamester, Käte, geb. **Rehberg**, verw. **Hennig**, aus Ludwigsort und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. März

Hanzen, Toni, geb. **König**, verw. **Labes**, aus Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, am 24. März

Kantowski, Erika, geb. **Platzek**, aus Koslau, und Steinhof, Kreis Sensburg, am 18. März

Klein, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. März

Kremp, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. März

Kroll, Gustav, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 25. März

Lontke, Herta, geb. **Günther**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 23. März

Mallitzki, Hildegard, geb. **Wirobski**, aus Treuburg, am 25. März

Schmitz, Martha, geb. **Lendzian**, aus Nussberg, Kreis Lyck, am 24. März

Thalhäuser, Emil, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. März

Wahl, Elfriede, geb. **Geipel**, aus Neidenburg, am 21. März

Willumeit, Erna, geb. **Weßlowski**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bayer, Erika, geb. **Kories**, aus Grieben, Kreis Schloßberg, am 23. März

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten 29, am 22. März

Dömpke, Lucie, geb. **Schendel**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. März

Hauenschild, Elli, geb. **Thurau**, aus Elbing, am 22. März

Kaldeweide, Christel, geb. **Schwarz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. März

Kolenda, Hildegard, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

Kröhnert, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. März

Krumm, Waltraut, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 19. März

Mühlmann, Ida, geb. **Mehrmann**, aus Lötzen, am 22. März

Paulisch, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 97, am 19. März

Schall, Lucie, aus Lötzen, am 24. März

Schönfeld, Lieselotte, geb. **Pietzka**, verw. **Muraski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. März

Schwarz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

Sobietzki, Elli, aus Königsberg Pr., am 22. März

Sommer, Anna, geb. **Waschulewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. März

Sperling, Rosemarie, geb. **Schlüssler**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. März

Treskmann, Edith, geb. **Maschlanka**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 23. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bettsteller, Ida, geb. **Suchodolski**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 21. März

Breslein-Wackerbarth, Helma, geb. **Breslein**, aus Ebenrode, am 21. März

Gerhard, Anton, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 13. März

Grau, Diedrich, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 19. März

Grunwald, Annemarie, geb. **Schilter**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März

Hartwig, Annemarie, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 19. März

Heuser, Katharina, geb. **Tschujan**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 24. März

Hübsch, Ruth, geb. **Kruppke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. März

Jandorf, Gerhard, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 21. März

Kappermann, Erika, geb. **Schmidtke**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 25. März

Kriss-Duddek, Elli, geb. **Duddek**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 23. März

Ludtmann, Gerda, geb. **Klinger**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 23. März

Packmohr, Erich, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. März

Pawellek, Helene, geb. **Masannek**, aus Neidenburg, am 23. März

Pruß-Moysich, Elisabeth, geb. **Pruß-Strempel**, aus Lyck, Litzmannstraße 6, am 22. März

Rega, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März

Reitz, Marta, geb. **Arbeiter**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

Rippke, Werner, aus Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 22. März

Risch, Irmgard, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März

Schönfeld, Martha, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 24. März

Steinbrich, Hildegard, geb. **Koziol**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. März

Stöllger, Berthold, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 23. März

Tertel, Edith, geb. **Melchin**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. März

Tutas, Elfriede, geb. **Dmoch**, aus Lötzen, am 23. März

Wrobel-Jagst, Edith, geb. **Jagst**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 23. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andreas, Waltraud, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 19. März

Baumann, Ursula, geb. **Burri**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. März

Beuse, Hedwig, geb. **Senkbeil**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 19. März

Birnitzer, Magdalene, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. März

Carstensen, Waltraut, aus Schorschehnen, Kreis Samland, am 25. März

Dycek, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. März

Eberhardt, Hans, aus Schorkenikken, Kreis Wehlau, am 25. März

Ekruth, Horst, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 23. März

Faltin, Siegfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. März

Fleischfresser, Liselotte, geb. **Czock**, aus Neidenburg, am 22. März

Gatermann, Ursula, geb. **Philippsen**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 20. März

Gusczewski, Kurt, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 22. März

Hanitsch, Marianne, geb. **Drescher**, aus Eydtkau, Kreis Lyck, am 21. März

Hennig, Waltraud, geb. **Wenzel**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 23. März

Huber, Ruth, geb. **Kullick**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 19. März

Jupke, Gerda, geb. **Arndt**, aus Lehndorf, Kreis Samland, am 22. März

Kaminsky, Grete, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 23. März

Kewitz, Günter, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 23. März

Kilimann, Kurt, aus Reinlacken, Reimersbruch, Kreis Wehlau, am 25. März

Krause, Heinz, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 24. März

Lattko, Wilhelm, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. März

Path, Helga, geb. **Skutnick**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 23. März

Radau, Ulrich, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 21. März

Radke, Herta, geb. **Plonski**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 23. März

Sanden, Ernst, aus Neidenburg, am 24. März

Sawatzki, Günter, aus Ebenrode, am 24. März

Schneidereit, Georg-Hugo, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 20. März

Sczech, Alfred, aus Skudayen, Kreis Neidenburg, am 23. März

Stöhlmacher, Dorothea, geb. **Alex**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 20. März

Tillert, Ruth, geb. **Schröder**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. März

Vanhöfen, Herbert, aus Quanditten, Kreis Samland, am 22. März

Walendy, Erhard, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 22. März

Weber, Liesbeth, geb. **Braun**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 19. März

Wischnewski, Anna, geb. **Konoppa**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 24. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fuhrmann, Irene, geb. **Bauchrowitz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 19. März

Hendrian, Helene, geb. **Rikowski**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 23. März

Hosenberg, Georg, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Jäger, Waltraut, geb. **Padlat**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 25. März

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41 40 08-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 17. März, 20.15 Uhr, 3sat: Schiller. TV-Historiendrama.

SONNTAG, 18. März, 8.35 Uhr, Deutschlandfunk: Am Sonntagmorgen. „Was Gott verbunden hat, das soll der Mensch nicht trennen.“ Die Ehescheidung zur Zeit Jesu und heute.

SONNTAG, 18. März, 9.30 Uhr, Deutschlandfunk: Die Zeit des Zorns. Europa und die Arabellion. Der Schriftsteller Martin Mosebach im Gespräch.

SONNTAG, 18. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 18. März, 11.30 Uhr, ARD: Wahl des Bundespräsidenten. Live aus Berlin.

SONNTAG, 18. März, 23.25 Uhr, RTL: Paris-Moskau in 40 Stunden: Abenteuer Zugfahrt.

MONTAG, 19. März, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Wir lauschen dem Thomanerchor. Eine Rundfunkgeschichte zum 800-jährigen Bestehen.

MONTAG, 19. März, 21.45 Uhr, ZDF Info: Hitlers Helfer. Rudolf Heß.

MONTAG, 19. März, 22 Uhr, NDR: Von der Mutter missbraucht.

MONTAG, 19. März, 23 Uhr, MDR: Nacht fiel über Gotenhafen. BRD 1960.

DIENSTAG, 20. März, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Der Streit um den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam.

DIENSTAG, 20. März, 22.05 Uhr, Arte: Schwerpunkt Algerienkrieg. „Palestro, Algerien“ – Folgen eines Hinterhalts. Dokumentation.

MITTWOCH, 21. März, 20.15 Uhr, 3sat: Themenwoche Seelenfänger: Aufgewachsen mit Jehova.

MITTWOCH, 21. März, 20.15 Uhr, NDR: Expeditionen ins Tierreich. Deutschlands wilde Wölfe.

DONNERSTAG, 22. März, 17.45 Uhr, 3sat: Hochprozentig! „Wodka polnisch“.

FREITAG, 23. März, 21.45 Uhr, Arte: Strajk – Die Heldin von Danzig. Spielfilm-Drama um die Werftkranführerin Agnieszka.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Raeder, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. März

Rapp, Elfriede, geb. **Lazarz**, aus Schuttenofen, Kreis Neidenburg, am 19. März

Trompell, Werner, aus Pobethen, Kreis Samland, am 21. März

Wittig, Christel, geb. **Königstein**, am 20. März



Kastan, Günther, und Frau Erika, geb. **Matz**, aus Eichmedien, Kreis Sensburg, am 22. März



Packheiser, Hans, aus Heiligenbeil, Reichenberger Weg 3, und Frau Ursula, am 25. März

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

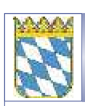
Lahr/Schwarzwald – Sonnabend, 24. März, 18 Uhr, Gasthaus „Zarko“, Schillerstraße 3: Jahresversammlung und Königsberger-Klops-Essen.

Reutlingen – **Bericht Jahreshauptversammlung:** Trotz der den Jahreshauptversammlungen nachgesagten Förmlichkeiten war diese Hauptversammlung alles andere als langweilig. Zu Kaffee und Kuchen spielte eine Senioren-Mundharmonikagruppe der Volkshochschule Pfullingen auf und auch das ureigene Ostpreußen-Heimatlied „Ännchen von Tharau“ unter Gesangsbegleitung der 56 Anwesenden.

Dem Alter des Verbandes und ihrer Mitglieder geschuldet wurde an die Verabschiedung mehrerer Mitglieder gedacht. Dem Rechenschaftsbericht der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger konnte man die zahlreichen Veranstaltungen der letzten zwölf Monate entnehmen, die etliche Höhepunkte mit Musik- und Bildervorträgen aufwiesen. Nach dem Bericht der Schatzmeisterin Frau Prass und nach dem Bericht der Frauengruppenleiterin Frau Orthmann – immerhin mit ihren 90 Lebensjahren – wurden langjährige Mitglieder und Geburtstagskinder geehrt.

Dem Aufruf zur Teilnahme an den in diesem Jahr wieder vorgesehenen Veranstaltungen und auch der Bitte um die zum Bestehen des Heimatverbandes erforderliche Beitragsentrichtung folgten Gedichte und Kurzgeschichten, teilweise in ostpreußischer Mundart, vorgetragen vom Urmitglied Hildegard Zaiss. Auf den Tagesausflug nach Mannheim und Schwetzingen am 23. Juni 2012 wurde hingewiesen. Nachmeldungen sind noch möglich. Die Umstellung bei dem abschließenden Essen von der Ostpreußischen Grützwurst mit Sauerkraut auf die Schwäbischen Maultaschen mit Kartoffelsalat wurde nicht nur akzeptiert, sondern auch als Bestätigung für die Anerkennung unserer zweiten Heimat Reutlingen und das Schwabenland für die nächsten Jahre festgelegt.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 1. April, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche: Heimatgottesdienst.



BAYERN

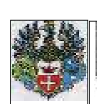
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 3. April: Osterspaziergang. – Bei der Jahresversammlung im Januar wurden für langjährige Mitgliedschaft und ehrenamtliche, besondere Leistungen geehrt: Die 2. Vorsitzende Katharina Brünler ist 46 Jahre in verschiedenen Gruppen Deutschlands, jetzt in Landshut Mitglied; Hans Brünler zehn Jahre, Ingeborg Siebert und Werner Zimmermann je fünf Jahre. Die 1. Vorsitzende Ingrid Leinhäupl erhielt eine besondere Ehrenauszeichnung mit der silbernen Elchschaufel vom Bundesvorstand. Vielen Dank für das immer gute Mitmachen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Königsberg/Samland/Labiau – Dienstag, 20. April, 14 Uhr: Treffen der Gruppen. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Auskunft bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Freitag, 23. März, 15.30 Uhr, Atlantic-Hotel Airport, Flughafenallee 26: Jahreshauptversammlung (Mitgliederversammlung). Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Bericht des Vorsitzenden, 5. Ressortberichte, 6. Kassenbericht, 7. Kassenprüfungsbericht, 8. Aussprache, 9. Entlastung des Vorstands, 10. Neuwahl des Vorstandes, 11. Verschiedenes. Die Punkte 1 bis 3 der Tagesordnung finden im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Sodann folgen die satzungsgemäßen Regularien der Punkte 4 bis 11. Im Anschluss an diese Tagesordnung trägt uns Willi Kuhn Erzähltes und eigene Erinnerungen in der Mundart der Elbinger Höhe vor. Herzliche Einladung!



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Da Gerhard Schröder nicht kommen konnte, übernahm sein Stellvertreter Erwin Balduhn die Begrüßung zum preußischen Fastelöawend im Kranichsteiner Bürgerhaus am See. Dieter Leitner las zur Begrüßung verspätete Neujahrswünsche von Heinrich Zschokke. Gerhard Turowski sprach über die Freude in der Bibel. Anni Oest grüßte wie immer die Geburtstagskinder mit einem Gedicht: „Jeden Tag ein bisschen Sonnenschein“.

Manche Besucher hatten sich originell gekleidet. Besonders schöne Kostüme zeigten Gisela und Christian Keller, Gisela im bunten Bolero, weißer Federboa und ebensolcher blauer Haube, Christian im originellen blauweiß gestreiften Matrosenanzug mit weißer Mütze. Sie brillierte mit einem geschliffenen Vortrag, er gab „Hast du was, dann bist du was“ zum Besten. Gustav Rupietta verglich Vergangenheit und Gegenwart mit „Wie die Zeiten sich ändern“. Christiane Mertz ließ den Kräppel hochleben. Karl und Ruth Lask hielten ein ostpreußisches Zwiegespräch und bekundeten damit, dass sich die Ostpreußen selbst auf den Arm nehmen können. Anni Oest sprach über „Die verwöhnte Ehefrau“, Willy Posegga hielt ein Gespräch mit Gott. Dieter Leitner sprach ein Hommage an Ruth Rescheleit, die in Leipzig geboren ist: „Irgendwo im Lande Sachsen saß ein Mann an einem Bach, und er angelte nach Lachsen …“ Irgendwann war dann klar, „dass der Sachse mit der Angel gar kein Angelsachse war.“ Erwin Balduhn machte einen Besuch beim Pfarrer und fragte, was Politik ist. Es war ein fröhlicher und ausgelassener Nachmittag, der allen gefallen hat. Zum Plachandern blieb man noch einige Zeit beisammen.

Frankfurt am Main – Zur Jahreshauptversammlung mit Wahl des Vorstandes trafen sich am 28. Februar 2012 die Mitglieder der Landsmannschaft. Der Wahlvorgang stand unter der Leitung von Erich Högn, der in gewohnt kompetenter Weise das Procedere durchführte. Der gesamte Vorstand wurde in seinen Ämtern bestätigt. Eine besondere Anerkennung erfuhr die Kassiererin Marianna Werthmann für ihre übersichtliche und ordnungsgemäße Buch- und Kassenführung. Die Vorsitzende Gerlinde Groß dankte allen, die in treuer preußischer Art die Vereinsarbeit bereichern und mit Leben erfüllen. Anschließend erfolgte ein Streifzug durch unsere reichhaltige ostpreußische Kultur mit Geschichten und heiteren Versen. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes endete dieser harmonische Nachmittag.

Kassel – Die Kreisgruppe gedachte zu Beginn ihres Treffens des vor kurzem auf tragische Weise verstorbenen Landsmanns Martin Beulke. Der Vorsitzende Gerhard Landau, der durch Krankheit am Kommen verhindert war, hatte eine ergreifende Würdigung für den Verstorbenen erstellt. – Herr Leder von der Landsmannschaft Schlesien führte eine DVD „Ostpreußen wie es war“ vor, die neben den landschaftlichen Schönheiten und historischen Zeugnissen des Landes vor allem seine Bedeutung als Agrarland zeigte. Die Bevölkerung war bei ihren vielfältigen landwirtschaftlichen Tätigkeiten, in der Forstwirtschaft, beim Fischfang, beim Bau von Fischerbooten, beim „Bernsteinfischen“ und der Verarbeitung des „ostpreußischen Goldes“, aber auch bei vielen Arten der Viehwirtschaft zu sehen. Das „Land der Pferde“ wurde ausführlich vorgestellt, aber auch immer wieder wurden Landschaftsbilder, Flussläufe und Städtebilder mit Kirchen, Burgen und Schlössern gezeigt. Ostpreußen in all seinen Facetten war in diesen Film gedrängt – überwältigend in seiner Vielfalt für einen „Fremden“, aber beglückend in der Erinnerung für alle Anwesenden, die ihre verlorene Heimat für immer im Herzen tragen. – Mittwoch, 28. März, 9.15 Uhr mit Linie 8 ab Königsplatz: Spaziergang in den Vorfrühling nach Alt-Bettenhausen und Eichwald. – Dienstag, 3. April, 14 Uhr, Restaurant „Alt-Süsterfeld“, Eifelweg: Ab 15 Uhr spricht Gerlinde Groß, Wehrheim, über die ostpreußischen Dialekte.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Mittwoch, 4. April, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Osterkaffee. Die Gruppe erinnert an ostpreußische Osterbräuche und bietet zum guten Kaffee nach alter Sitte Gründonnerstagskringel an. Unkostenbeitrag 3 Euro. Anmeldung bis zum 31. März.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 4. April, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Detmold – Mittwoch, 28. März, 15 Uhr, Stadthalle Detmold, kleiner Saal: Frühjahrsveranstaltung der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Hans-G. Ippig, Geschichten und Gedichte dargeboten von Dietlinde Silz und Christel Schrei sowie musikalische Vorträge vom Ehepaar Schlingmann. Alle Ostpreußen und auch Gäste sind herzlich eingeladen!

Düsseldorf – Donnerstag, 29. März, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung mit Frank Schablewski: „Wenn ich nicht spräche, wäre ich nicht“.

Euskirchen – Der Kreisverband Euskirchen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen ist im Jahre 1953 gegründet worden. Ab 1976 bis 2002 hatte die Gruppe eine kleine Heimatstube im Alten Rathaus in Euskirchen. Ab 2003 mietete sie gemeinsam mit dem BdV eine größere Heimatstube mit Büro an. Dort sind viele Exponate aus der Heimat, speziell Web- und Stricksachen, ausgestellt.

In den 59 Jahren ist die Gruppe mit vier Vorsitzenden ausgekommen. Am längsten war Paul Bartsch Vorsitzender (22 Jahre), dann kam Anni Krämer (12 Jahre). Seit 1999 ist Bruno Teuber Vorsitzender.

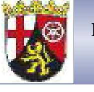
Anni Krämer aus Königsberg wurde am 7. März 85 Jahre alt. Sie ist seit 2000 Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes. Sie ist immer noch aktiv als Kulturbeauftragte für die Ost- und Westpreußen, für den BdV sowie für die ökumenische Frauenarbeitsgemeinschaft. Seit Jahren bezieht sie die *PAZ*. Die Gruppe bedankt sich für die jahrzehntelange Arbeit von Anni Krämer, für die Kulturarbeit aller Vertriebenen und wünscht ihr weiterhin gesundheitlich alles Gute für die Zukunft. Vermutlich wird die Gruppe den örtlichen BdV Ende 2013 aus Altersgründen sowie wegen mangelnder Rücklagen auflösen müssen. – Die Ost- und Westpreußen treffen sich seit Jahren jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der Heimatstube.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 5. April, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung.

Neuss – Donnerstag, 29. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

Wesel – Sonnabend, 14. April, 17 Uhr, Heimatstube Wesel, Kaiserring 4: Frühlingsfest mit traditionellem Grützwurstessen. Herzliche Einladung an alle Landsleute und Heimatfreunde. Verschiedene Darbietungen stehen auf dem Programm. Anmeldungen bis 5. April bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Ludwigshafen – Bericht über das **Ermländertreffen am 1. Fastensonntag** – Zum diesjährigen Ermländertreffen waren nur 20 Ermländer aus der Pfalz und Nordbaden gekommen. Den Gottesdienst in der St. Hedwigskirche feierte Pfarrer Bernhard Schaffrinski (Schaidt). Am Anfang seiner Predigt berichtete er, dass in manchen frühchristlichen Katakomben in Rom Jesus als Or-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

pheus dargestellt sei. Er stellte die Frage: Was hat Jesus mit dem griechischen Sagenheld gemeinsam?

Orpheus war über den Tod seiner Geliebten Eurydike so traurig, dass er viele Gefahren und Strapazen auf sich nahm, um in die Unterwelt zu gelangen. Er fand seine Geliebte. Die Götter erlaubten ihm, sie wieder ins Reich der Lebenden mitzunehmen unter der Bedingung, dass er bei der Rückkehr vorauslaufen müsste, ohne sich nach Eurydike umsehen zu dürfen. Als Orpheus keine Schritte mehr hinter sich vernahm, drehte er sich um und verlor damit für immer seine Geliebte.

Jesus, die menschgewordene Liebe Gottes, kam in die Welt, um uns zu erlösen und zu retten. Seine Liebe und Hingabe war so groß, dass er sogar den Kreuzestod für uns starb. Jesus stieg hinab in das Reich der Toten – wie wir im Glaubensbekenntnis beten. Er blieb aber nicht dort, ihm wurden keine Bedingungen auferlegt – wie Orpheus –, sondern er wurde am dritten Tag von den Toten auferweckt. **Gottes Liebe ist größer als Menschenliebe.**

Beim gemütlichen Beisammensein wurde derjenigen gedacht, die aus gesundheitlichen Gründen dieses Jahr nicht kommen konnten, und derer, die im vergangenen Jahr verstarben. Vor allem gedachten wir des Geistlichen Rats Pfarrer i.R. Karl Kunkel, der am 30. Januar 2012 im gesegneten Alter von 98 Jahren in Bensheim verstarb. Pfarrer Kunkel hat viele Jahre beim Ermländertreffen in Ludwigshafen den Gottesdienst gefeiert und beim gemütlichen Beisammensein wunderschöne besinnliche Dia-Meditationen gehalten. Außerdem verstarb im August 2011 Edith Kruck, Ehefrau des verstorbenen Diakons Paul Kruck, der viele Jahre das Treffen organisiert hatte.

Im Augenblick sind die Ermländer ohne Visitator, da die Amtszeit von Dr. Lothar Schlegel nach Erreichen der von der Deutschen Bischofskonferenz festgesetzten Altersgrenze am 4. Oktober 2011 endete. Ein Nachfolger wurde von der Deutschen Bischofskonferenz noch nicht ernannt. Aus diesem Grunde war es besonders wichtig, dass Wahlunterlagen zur Wahl der Ermländervertretung verteilt wurden. Eine hohe Wahlbeteiligung soll der Öffentlichkeit zeigen, dass das „Ermland in der Zerstreuung“ lebt und daher weiterhin Aufmerksamkeit und Anerkennung bei Kirche und Staat verdient. Der Dank am Schluss galt allen, die zum Gelingen des Treffens beigetragen hatten.

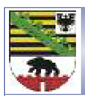
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 17. März: Die eigentlich für dieses Datum angesetzte Monatsversammlung muss leider aus Termingründen ausfallen. Diese Jahreshauptversammlung wird in den Mai verschoben.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 31. März, 14 Uhr (Einlass ab 10.30 Uhr), Platner Hof: Veranstaltung unter dem Motto „Märchen und Sagen in Ostpreußen“. Mittagessen daselbst möglich. Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße: Der Kulturkreis „Simon Dach“ trifft sich zur Chorprobe unter der Leitung von Ingrid Labuhn.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Freitag, 30. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte SV Gardelegen: Bilderausstellung der Hobbymalerin Erika Zuch.

Magdeburg – Dienstag, 3. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

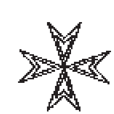


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Malente – Donnerstag, 5. April, ab 18 Uhr, Restaurant Marktplatz, Lindenallee 14: Traditionelles Königsberger Klops- und Wellwurst-Essen. Die Gruppe möchte nach alter ostpreußischer und schlesischer Art einen gemütlichen Abend gestalten, wobei zur Unterhaltung jeder Einzelne etwas beitragen kann. Diejenigen, die Fleck beziehungsweise Wellwurst nicht kennen, können auch Königsberger Klopse oder ein Gericht nach Karte bestellen. Anmeldungen für das Essen unter Telefon (04523) 2659 bei Klaus Schützler möglich. Eine Portion Fleck kostet 9,50 Euro, Königsberger Klops und Wellwurst gibt es ebenfalls für 9,50 Euro. Dazu wird ein Schnaps gereicht.

Neumünster – Sonnabend, 17. März, 15.15 Uhr, Heimatmuseum der Kreisgruppe Lötzen, Brachenfelder Straße 23: feierliche Ausstellungseröffnung „Lötzen – die Perle Masurens“ aus Anlass des 400. Stadtjubiläums von Lötzen. Es werden Schmalzbrote und polnischer Wodka gereicht. Ab 10 Uhr sind die Räume der Dauerausstellung und auch der Sonderausstellungsraum geöffnet. Um 16.15 Uhr liest Ute Eichler aus ihrem Buch „Ostpreußen – mir nah“. Eintritt wie immer frei.



Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag.
Dietrich Bonhoeffer

Nach einem langen und erfüllten Leben hat Gott meinen lieben Mann, unseren Vater und Großvater in die Ewigkeit gerufen.

Hubertus Gerlach

Rechtsritter des Johanniterordens
* 14. August 1920 in Klingenberg/Ostpreußen
† 5. März 2012 in Düsseldorf

Brigitte Gerlach, geb. Armack
Sylvia und Dr. Albrecht von Stülpnagel
mit Jonathan und Donata
Annette und Dr. Rainer Jeschke
mit Dorothee, Matthias und Josua
Christian und Ursula Gerlach
mit Christine, Elisabeth und Johannes
Rüdiger und Silke Gerlach
mit Dorit, Steffen und Simon

40597 Düsseldorf-Benrath, Erlanger Straße 34

Die Beisetzung hat statt gefunden.

Auf Wunsch von Hubertus bitten wir um eine Spende für das von ihm viele Jahre lang betreute Projekt zur Unterstützung deutschstämmiger Familien in Ostpreußen. Kontoinhaber: Preußische Genossenschaft, Konto-Nr. 70 060 533, Sparkasse Hildesheim, BLZ 259 501 30, „Familienbetreuung Ostpreußen – Hubertus Gerlach“



Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
(Josef von Eichendorff)

Wir sind sehr traurig und müssen Abschied nehmen von unserem lieben Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

Karl Wysk

*14. 1. 1920 Willenberg (Ostpreußen) † 23. 2. 2012 Mettmann

In tiefer Trauer
als Bruder Willy Wysk und Ruth Wysk, geb. Hartkopf
als Schwester Annemarie Pell, geb. Wysk
und Jean Pell
als Neffen Georg, Joachim und Volker Wysk
als Nichten Susanne Zimmermann, geb. Wysk
und Bärbel Thiers
als Schwägerin Edith Wysk, geb. Becker
und Familien

... und immer sind irgendwo Spuren deines Lebens,
die uns an dich erinnern.
Traueranschrift: Willy Wysk, Homberger Str. 35, 40822 Mettmann
Die Trauerfeier fand am 8. März 2012 im engsten Familienkreis statt.



Die Kreisgemeinschaft Lyck trauert um

Lothar Jegull

* 27. 3. 1940 in Sarken, Kr. Lyck † 3. 3. 2012 in Warschau

Träger des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Lothar Jegull war seit 1978 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Sarken, und seit 2002 Mitglied unseres Kreisausschusses bis zu seinem Tode. Als Kreisausschussmitglied war er von Oktober 2002 bis Januar 2011 zuständig für die Gratulationen zu hohen Geburtstagen.

Lothar Jegull war sehr heimatverbunden. Seit August 2008 wohnte er ständig in Lyck / Ostpreußen. Die Urne mit seinen sterblichen Überresten wurde auf dem für sein Dorf zuständigen Friedhof beigesetzt.

Lothar Jegull bleibt in unseren Reihen unvergessen.

Gerd Bandilla Kreisvertreter — **Alfred Masuhr** Kreisältester — **Siegmar Czerwinski** stellv. Kreisvertreter



Ihr glücklichen Augen,
was je Ihr gesehen,
es sei, wie es wolle,
es war doch so schön!

Meine liebe Frau

Adda Marquardt

geb. Matthée
* 9. 8. 1925 † 16. 2. 2012

ist fern der geliebten Heimat Ostpreußen/Bauszen von uns gegangen. Es trauern mit mir Kinder, Enkel, Urenkel, Nichten, Neffen, Schwägerin sowie Freunde, Bekannte und alle, die sie ins Herz geschlossen haben.

In Dankbarkeit für unsere gemeinsame Zeit
Dein Heiner

29525 Uelzen, Eckermann Straße 51

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis in der Kapelle des Domfriedhofes in Verden/Aller statt.
Beerdigungs-Institut Hehl, Domstraße 6, 27283 Verden

Vortragsveranstaltung und Mitgliederversammlung der PRUSSIA-Gesellschaft zu Duisburg

Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens e.V. lädt für
Sonnabend, 24. März,
zur **Vortragsveranstaltung** sowie **Mitgliederversammlung** im
„Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg, Karmelplatz 5, ein.

Programm:

11 Uhr

– KMD Professor Oskar Gottlieb Blarr (Düsseldorf) referiert zum Thema:

„Persönliche Anmerkungen zu Copernicus – Deutsche und Polen betreffend“

Es erwartet uns eine vielschichtige und lebendige Veranschaulichung mit Bild und Ton.

14 Uhr

– Martin Lehmann (Königswinter) spricht über das Thema:

„Kirche Mülhausen, Kreis Preußisch Eylau – Beispiel der Erhaltung eines Baudenkmals“

und wird den Teilnehmern einen Einblick in die Historie, Rekonstruierung und Nutzung geben.

15 Uhr

– Beginn der satzungsgemäßen Mitgliederversammlung

Vor Beginn der Vortragsveranstaltung (von 10 bis 10.55 Uhr), ebenso wie in den Pausen, besteht die Gelegenheit, das „Museum Stadt Königsberg“ zu besichtigen.

Informationen über die PRUSSIA im Internet: www.prussia-gesellschaft.de



Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. *„Zukunft für Ostpreußen“*

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,*

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung *„Zukunft für Ostpreußen“*.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1 001 834 983
BLZ: 720 300 14

Bankhaus Lampe
Konto-Nr.: 10 420 484
BLZ: 480 201 51

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. lädt ein zum **Goldaper Regionaltreffen in Essen** am Sonntag, dem 25. März, ab 10 Uhr im Pfarrzentrum St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen. Im Mittelpunkt des Treffens werden die „Gewässer des Kreises Goldap“ stehen. Waltraud Schmidt stellt den Inhalt ihres soeben erschienenen Buches mit gleichnamigem Titel vor.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kulturelle Höhepunkte auf dem Kreistreffen – Auf dem nächsten Kreistreffen, das vom 8. bis 9. September in Burgdorf bei Hannover stattfinden wird, werden zwei kulturelle Höhepunkte das Kommen für die Heiligenbeiler noch verlockender machen.

Am Sonnabend, dem 8. September wird zunächst **Hermann Pölking-Eiken** in einer Multimedia-Show sein Buch **„Ostpreußen – Biografie einer Provinz“** vorstellen. Über das Buch schrieben die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“: „... lässt eine untergegangene Provinz noch einmal in all ihren Facetten aufleuchten, ohne die dunklen Kapitel auszublenden. Es wird über Wetter und Gemüt, Trunksucht und Sprachen philosophiert, aber auch von den widerstreitenden Religionen und den ethnischen Konflikten dieses Vielvölkergebildes, das ähnlich Amerika ein Siedlungsland war.“

In der Fachrezension für den Bibliotheksdienst der öffentlichen Bibliotheken lobte Otto-Rudolf Rothbart die „gehaltvolle Dokumentation“ des Bremer Autors. „Pölking informiert erstaunlich belesen, durchgehend faktenreich, engagiert-detailliert, präzise und überzeugend“.

Die „Verdener Nachrichten“ machten in ihrer Besprechung des Sachbuchs eine filmische und auch an den Autor Walter Kempowski erinnernde Erzählweise aus: „Ähnlich wie Kempowski in seinem Buch ‚Echolot‘ lässt Pölking vor allem Menschen zu Wort kommen. Nur, dass er dazu auch kommentiert, aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, kleine Szenen riesig groß zoomt oder auf das große Ganze mit relativierendem Weitwinkel blickt.“ Und die „Oldenburgische Volkszeitung“ urteilte: „Ein großes, gelungenes Projekt. Pölking erzählt die vollständige Geschichte einer verlorenen deutschen Provinz von Anfang bis Ende. Und er erzählt in bewegenden Geschichten.“

Als weiteren Höhepunkt wird am frühen Abend des gleichen Tages der bei Ostpreußen international bekannte Sänger **Bernd Krutzinna** („Bernstein“) die Gruppe mit Gesang und Bildern aus Ostpreußen erfreuen. Mit seiner Stimme hat er sich in die Herzen seiner Zuhörer gesungen und viele Freunde gewonnen – ganz besonders unter den Ostpreußen. Als besondere Überraschung will „Bernstein“ den Heiligenbeilern sein Heiligenbeil-Lied widmen.

Denken Sie schon jetzt daran, die Reise nach Burgdorf zu planen. Es lohnt sich ganz sicher!



INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

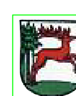
Herbert Stoepel verstorben – Der Gründer und Ehrenvorsitzende der Heimatgruppe Darmstadt und Stadtälteste der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land ist, für uns alle unerwartet, am 4. März 2012 verstorben. Noch am 25. Februar nahm er am Treffen der Heimatgruppe Darmstadt teil und plante die Vorbereitungen für seinen 86. Geburtstag am 21. April. Nachstehend die Kondolenzadresse der Tochter von Herbert Stoepel: Frau Gabriela Voll, Burgstraße 18, 35425 Wettenberg.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lothar Jegull verstorben – Am 3. März 2012 verstarb Lothar Jegull nach einer schweren Operation in Warschau. Er war von 1978 bis zu seinem Tode Ortsvertreter seines Heimatdorfes Sarken, Kr. Lyck. Seit 2002 war Lothar Jegull Mitglied unseres Kreisausschusses und bis Januar 2011 für die Gratulationen zu hohen Geburtstagen zuständig. Am 26. August 2006 wurde er mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Lothar Jegull war sehr heimatverbunden. Er wohnte seit August 2008 ständig in Lyck/Ostpreußen. Die Urne mit seinen sterblichen Überresten wurde dank der Deutschen Minderheit in Lyck auf dem für sein Dorf zuständigen Friedhof beigesetzt. Lothar Jegull bleibt in unseren Reihen unvergessen.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Masuren: Zurück zu den Wurzeln – Wie immer wendet sich die diesjährige Heimatfahrt der Kreisgemeinschaft Ortelsburg an alle Interessenten zwischen zehn und 100 Jahren. Im letzten Jahr bewegte sich die Altersspanne zwischen acht und 84 Jahren. Eine besondere Chance soll jedoch den Angehörigen der sogenannten „Bekenntnisgeneration“ geboten werden, die auf dieser Reise wohl eine der letzten Gelegenheiten haben werden, Mitreisende der Erlebnisgeneration danach zu befragen, wie es „damals wirklich war“.

Und das ist das Außergewöhnliche dieser Fahrt: Sie ist kein schlichtes touristisches Angebot von der Stange, sondern bietet Möglichkeiten des Gesprächs mit Zeitzeugen, die unterschiedliche Schicksale vorzuweisen haben. Auf der Reiseroute werden Höhepunkte des Ostens stehen: Stettin, Leba mit den einzigartigen Wanderdünen, ein Bummel durch das historische Danzig, Schifffahrt über das Frische Haff nach Kahlberg, Führung durch die Altstadt von Allenstein, Aufenthalt in der Copernicusstadt Thorn.

Im Mittelpunkt der Fahrt wird ein mehrtägiger Aufenthalt in Ortelsburg [Szczytno] stehen. Dort besteht unter anderem die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Fest, das die deutsche Volksgruppe aus Anlass ihres 20-jährigen Bestehens begeht. Schwerpunkte sollen einerseits auf dem Kennenlernen des einzigartigen Landes der „dunklen Wälder und kristallenen Seen“ liegen, andererseits auf der Begegnung mit den heute dort lebenden Menschen – im Zeichen der Völkerverständigung. Attraktiv sind auch die Möglichkeiten, nach der Herkunft der Vorväter und Vormütter in Archiven zu forschen. Gespräche mit Zeitzeugen zu führen oder die Dörfer der Vorfahren zu besichtigen – auch das lässt sich in das Fahrtprogramm integrieren. Dolmetscher stehen zur Verfügung.

Die Fahrt steht allen Interessierten offen. Informationen/ Anmeldung: Ost-West-Reiseservice Plewka, Telefon (02366) 35651, E-Mail: klaus-dieter-plewka@t-online.de oder über den Reiseleiter Dieter Chilla, Telefon (02552) 3895, E-Mail: derc@gmx.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Geburtstage – Alle Tilsiter, die eine Veröffentlichung ihres 80., 85. und aller weiteren Geburtstage im Heimatbrief wünschen, können folgende Angaben mitteilen: ... Jahre alt, am ...., Name, Vorname, gegebenenfalls Geburtsname, aus ... . Gemeldet werden können auch Diamantene und Goldene Hochzeiten. Meldungen bitte an Stadtge-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

meinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, ul. wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Kreistagswahl 2012 – Gemäß der Satzung der Kreisgemeinschaft Treuburg e.V. per Eintrag letzter Änderung in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Leverkusen am 7. Februar 2008 unter dem Aktenzeichen 12 VR 1265 (seit 2009 ist das Vereinsregister des Amtsgerichts Köln zuständig unter der Register Nummer: VR 401265) sind die Treuburger aus Stadt und Kreis alle vier Jahre aufgerufen, den Kreistag neu zu wählen. Die letzte Kreistagswahl fand 2008 statt.

Nach dem Wahlaufruf in der Ausgabe Nr. 62 des Treuburger Heimatbriefes stellen sich folgende Kandidaten zur Wahl (in alphabetischer Reihenfolge):

Bednarzik, Manfred, 33397 Rietberg, Gartenstraße 126, *1. Dezember 1940 aus Bärengrund

Gorny, Wolfgang, 46446 Emmerich, Gerhard-Cremer-Straße 100, *23. September 1939 aus Schwentainen

Janßen, Gabi, geborene Kowalzik, 47647 Kerken, St.-Barbara-Weg 4B, *22. November 1953, Vorfahren aus Treuburg

Klink, Guido, Dipl. Ing., 47906 Kempen, Hammarskjöldstraße 20, *22. August 1964, Vorfahren aus Schwalg

Klink, Irmgard, geborene Meißner, 47647 Kerken, Schlehdornweg 30, *26. April 1944 aus Schwalg

Lask, Mattias, M.A., 40822 Mettmann, Amselweg 51, *21. Dezember 1956, Vorfahren aus Kleschen/Saiden

Lüttgen, Helga, geborene Seesko, 42859 Remscheid, Rosenhügeler Straße 46, *7. Juni 1953, Vorfahren aus Borken

Meyer-Huwe, Ingrid, geborene Huwe, 30173 Hannover, Heinrich-Heine-Straße 51, *29. September 1928 aus Treuburg

Niederhaus, Helmut, 50374 Erftstadt, Dahlienweg 5, *12. Juni 1934 aus Rehfeld

Schmidtke, Siegfried, 50858 Köln, Marienweg 31, *29. Juni 1954, Vorfahren aus Diebauen

Seesko, Karin, geborene Seesko, 42859 Remscheid, Rosenhügeler Straße 46, *2. November 1943 aus Borken

Welsch, Astrid, Dipl.-Soz.päd., geborene Jeworrek, 44805 Bochum, Am Gysenberg 15, *13. März 1952, Vorfahren aus Treuburg

Winkler, Rosemarie, geborene Albin, 74722 Buchen, Kastanienweg 11, *30. November 1939 aus Treuburg

Die Abgabe der Wahlstimme erfolgt durch eine Postkarte oder einen Brief, welche/r bis zum 10. April 2012 (Poststempel) zu senden ist an: Lask Mattias, M.A., Amselweg 51, 40822 Mettmann. Jeder Kreisangehörige darf nur einen Kandidaten wählen. Der Wahlausschuss stellt fest, wer gewählt ist.

Liebe Treuburger aus Stadt und Kreis, ich bitte um rege Beteiligung. Ihre Irmgard Klink

Die Ziele erklärt

LO-Sprecher Grigat in Allenstein zu Besuch

Anfang März holte der seit November 2010 amtierende Sprecher der LO, Stephan Grigat, seinen 2011 verschobenen Antrittsbesuch beim Woiwoden von Ermland und Masuren, Marian Podziewski, in Allenstein nach.

Der Woiwode empfing den Sprecher in freundlicher Atmosphäre zu einem langen Gedankenaustausch. Stephan Grigat stellte dem Woiwoden Struktur und Ziele der Landsmannschaft vor und betonte den Willen der LO, verstärkt in Ostpreußen kulturelle Arbeit zu leisten und die Deutsche Volksgruppe zu unterstützen. Marian Podziewski betonte die Wichtigkeit der deutschen Sprache und der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen.

Woiwode und Sprecher waren sich einig in dem Willen zur Zusammenarbeit zwischen Landsmannschaft und Woiwodschaft.

Im Anschluss an das Gespräch mit dem Woiwoden traf Grigat mit dem Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Jaroslaw Sloma, zu einem Gedankenaustausch im Gespräch zusammen. *LO*



„Deutsche sind wichtig": Der Woiwode von Ermland und Masuren, Marian Podziewski (r.), und LO-Sprecher Stephan Grigat Bild: LO

Lesereise nach Königsberg

Lesereise mit Arno Surminski

Das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und das Reisebüro Russland Reisen Romanova (Hamburg) laden zu einer exklusiven Lesereise nach Königsberg ein vom 27. September bis 2. Oktober 2012. Mit dabei werden sein: Arno Surminski, Stephanie Kuhlmann und Hans Graf zu Dohna.

Literatur in der Kantstadt hautnah erleben und auf der Kurischen Nehrung die Natur genießen – dieses und vieles mehr ist für die Teilnehmer organisiert.

Auch wenn sie verschiedenen Generationen angehören, haben alle drei Autoren spannende Geschichten über das damalige und das heutige Ostpreußen zu erzählen: der Bestsellerautor Arno Surminski, die Nachwuchsautorin Stephanie Kuhlmann und der Vertreter eines bekannten ostpreußischen Adelsgeschlechts, Hans Graf zu Dohna. Die Teilnehmer der Lesereise haben die einzigartige Gelegenheit, die Autoren ganz persönlich in Königsberg zu erleben.

Weitere Infos zur Reise erteilt: Russland Reisen Romanova, Telefon (040) 22697074, E-Mail: info@romanova-reisen.de

Lesung mit Arno Surminski

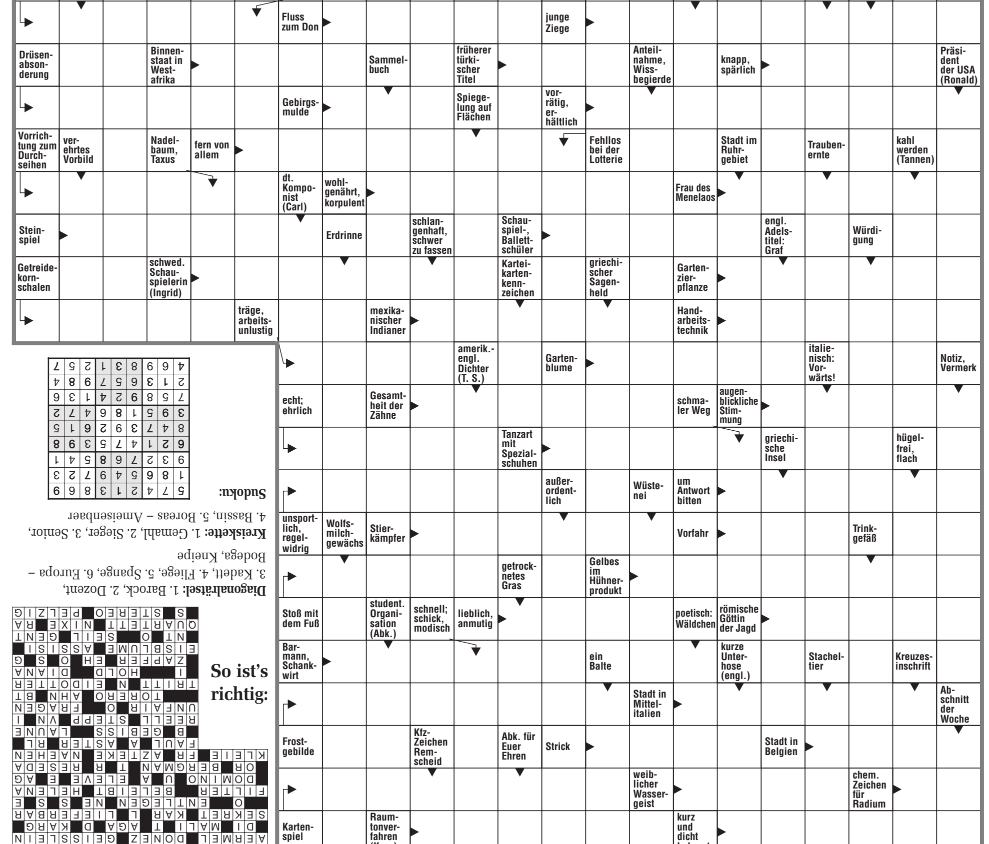
Arno Surminski liest in Hamburg aus seinem neuen Roman „Tod eines Richters":

Zum Inhalt: Ein anonymer Anruf teilt der Jurastudentin Hanna Bohra den Tod ihres Vaters mit und fügt hinzu: „Er hatte es verdient zu sterben." Die Polizei stellt kurz darauf fest, dass der Vater eines natürlichen Todes gestorben sei, doch alles an diesem Fall bleibt mysteriös. Wer kann ein Interesse am Tod des renommierten Richters im Ruhestand gehabt haben? Welche Rolle spielt der junge Mann, der sich mit dem Richter zu einem Gespräch über ein fachliches Problem treffen wollte? Hanna beauftragt einen Detektiv, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Dieser dringt immer tiefer ein in ein Geflecht aus rechtlichen und ärztlichen Fragestellungen, das Spezialgebiet des Richters. Am Ende steht die Frage nach dem Wert eines Menschenlebens: Kann ein Mensch ein Schaden sein?

Arno Surminskis Roman spielt an der Nahtstelle, wo die abstrakte Welt der Rechtsprechung auf das Selbstwertgefühl eines Menschen trifft. Er zeigt die bewegende emotionale Dimension eines „Falles" sowie dessen rechtliche, medizinische und ethische Aspekte.

Lesung am Donnerstag, 29. März, 18.30 Uhr im Atrium der Hanse-Merkur Versicherungsgruppe, Siegfried-Wedells-Platz 1, in 20354 Hamburg (Nähe Dammtor-Bahnhof oder U-Bahnstation Stephansplatz).

Arno Surminski, 1934 in Jäglack, Kreis Rastenburg, geboren, blieb nach der Deportation seiner Eltern 1945 allein in Ostpreußen zurück. Nach Lageraufenthalten in Brandenburg und Thüringen wurde er 1947 von einer Familie mit sechs Kindern in Schleswig-Holstein aufgenommen. Im Anschluss an eine Lehre in einem Rechtsanwaltbüro und zweijähriger Arbeit in kanadischen Holzfällercamps war er ab 1962 in der Rechtsabteilung eines Versicherungsunternehmens tätig. Seit 1972 arbeitet er freiberuflich als Wirtschaftsjournalist und Schriftsteller. Im Ellert & Richter Verlag hat er die Bände „Das alte Ostpreußen", „Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten" sowie „Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken" publiziert.



Sudoku

5				1				9
	8	6				7	2	
			7		8			
6	2			7			9	8
		7	3		2	6		
3	9			8			7	2
			9		4			
	1	3				9	8	
4				3				7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

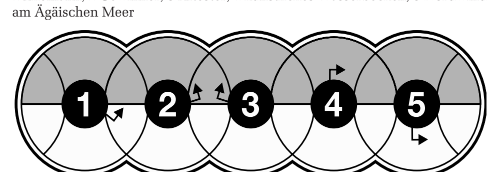
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gastwirtschaften.

1 Kunststil
2 Hochschullehrer
3 Offiziersanwärter
4 Insekt
5 Haar-, Schuhschließe
6 ein Erdteil

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein südamerikanisches Säugetier.

1 Ehemann, 2 Gewinner, 3 Ältester, 4 künstliches Wasserbecken, 5 Nordwind am Ägäischen Meer



In Gnaden ein Leben zusammen

Die Ostpreußen sind zäh: Das Ehepaar Goerke durfte Gnadenhochzeit feiern





Eine 70-jährige Ehe darf wohl mit Recht als etwas Ungewöhnliches gelten, ja, auf sie fällt ein Abglanz der Liebe Christi, die unendlich ist. Frau Dr. Ilse Goerke und Prof. Dr. Dr. Heinz Goerke wuchsen in Potsdam auf. Heinz Goerke wurde am 13. Dezember 1917 in Allenstein geboren. Seine Familie stammte aus Untereißeln, Kreis Ragnit. Heinz und Ilse gaben mitten im Kriege, am 7. März 1942 in Potsdam, einander das Ja-Wort (Foto links). Über Schweden und West-Berlin führte ihr gemeinsamer Weg 1969 nach München, wo sie bis heute leben (Foto rechts von September 2011). Heinz Goerke war Ärztlicher Direktor des heutigen Benjamin-Franklin-Klinikums in Berlin sowie des Klinikums Großhadern in München. Er ist Autor verschiedenster wissenschaftlicher und historischer Artikel und Bücher, darunter „Medizin im alten Potsdam“ und „Am Puls der Medizin“, seiner Autobiografie. Er gründete das Medizinhistorische Museum in Ingolstadt und ist Träger des bayerischen Verdienstordens und des Bundesverdienstordens. Das glückliche Ehepaar bezieht seit Jahrzehnten die *Preußische Allgemeine Zeitung* im Abonnement, wie früher auch schon Goerkes Vater, als die *PAZ* noch *Das Ostpreußenblatt* war. Bilder: Goerke

Das Hochzeitsgedicht

Bei Schiller großzügige Anleihen gemacht

Neid kann viel Kummer mit sich bringen. Selbst Kinder sind nicht frei davon, und das musste Anna schon mit 10 Jahren erleben, als sie mit ihren Eltern zu einer Hochzeit eingeladen wurde. Vorher hatte man sie gebeten, ein Gedicht für die Brautleute zu schreiben. Ganz besonders schön sollte es werden, aber als sie grübelnd an ihrem Schreibtisch saß, fiel ihr nichts ein. ‚Dichter müsste man sein‘, dachte sie, und plötzlich stand Schillers „Glocke“ vor ihrem inneren Auge. Der Dichter hatte in seinen langen Versen auch über Brautstand und Ehe nachgedacht. So schrieb sie von einigen Strophen jeweils die erste Reihe ab und setzte ihre eigenen Gedanken in Reimform dahinter. Ihre Zeilen waren von Hoffnung und Lebensfreude durchdrungen, und sie hatte das Gefühl, dass ihr das Hochzeitsgedicht gut gelungen war.

Nach der Brautmesse, als die Gäste voller Vorfreude auf die Speisen warteten, erhob sich Anna, entfaltete ihren Zettel und las den gespannten Damen und Herren langsam und mit guter Betonung ihr Gedicht vor. Die Leute waren beeindruckt von dem Können der Zehnjährigen und spendeten herzlichen Beifall.

Als Anna nach draußen ging, folgte ihr Leonie. Die beiden kannten sich, aber auf dem Schulhof ignorierte diese die Jüngere. Nun aber hielt sie Anna am Ärmel fest. Die sah das verkniffene Gesicht der anderen und erwartete nichts Gutes. Aus Leonies Stimme floss reine Bosheit: „Von Schiller ab-

> Neid ist auch eine Form der Anerkennung

schreiben kann ich auch. Das ist doch keine Kunst!“ Wie harte Steine prallten diese Worte in der Seele der kleinen Dichterin auf. War es denn so schwer, ihre Absicht zu erkennen? Außerdem hatte sie die Zeilen Schillers extra gezeichnet, doch das konnte sie nicht beweisen, weil die Brautleute das Gedicht behalten hatten. „So etwas nennt man Plagiat“, zischte Leonie auch schon, „ich werde das eurer Deutschlehrerin erzählen!“

Annas Stolz über ihr gelungenes Gedicht war dahin. Ob Leonie sie wirklich bei Frau Hardenberg schlecht machen würde? In der folgenden Zeit musste sie immer wieder daran denken, wie sie vielleicht schamrot vor ihrer Lehrerin und der Klasse stehen und kein Wort zu ihrer Verteidigung heraus bekommen würde. Aber es geschah nichts. So weit war Leonie trotz allen Neides doch nicht gegangen.

Viel später erzählte Anna der Mutter von ihren Ängsten und die beruhigte sie: „Kind, denke immer daran: Der Neid ist auch eine Form der Anerkennung.“ *Gabriele Lins*

Mit Wärme

Wunderbare »Biografie« Ostpreußens

Ostpreußen liegt längst nicht mehr fernab. In jüngster Zeit sind mehrere Bücher erschienen, etwa von Andreas Kossert oder Ulla Lachauer, die eine überaus freundliche Aufnahme auch bei einem größeren Publikum gefunden haben. Nun ist dieses mehr als 900 Seiten starke Buch des in Berlin und Bremen arbeitenden Historikers Hermann Pölking hinzugekommen, dem man, um es gleich zu sagen, eine möglichst weite Verbreitung wünscht, denn so intensiv, so „hautnah“ hat man Ostpreußen lange nicht erlebt.

Pölking nennt sein Buch im Untertitel „Biografie einer Provinz“. Und genau das macht den Unterschied gegenüber vielen anderen Titeln aus: Der Autor erzählt nicht nur spannend und außerordentlich kenntnisreich die fast 800-jährige Geschichte Ostpreußens, sondern wo immer möglich beginnt er mit persönlichen Zeugnissen, mit Erinnerungen und Augenzeugenberichten, um von hier aus auf das allgemeine Geschehen überzugehen. So wird die Erzählung ungemein plastisch und anschaulich; selbst die kleinsten Orte, fast jeder Fluss, jede Anhöhe, jeder Forst des Landes finden Erwähnung; für alle, die das Land (noch) kennen, dürfte diese Darstellungsweise mit einem Wiedererkennen verbunden sein.

Anders als viele historische Darstellungen macht Pölking den Leser zunächst mit Land und Leuten vertraut, informiert also über die hier lebenden Deutschen, Polen, Litauer, Masuren und – wer kennt sie noch? – Kuren (im Memelland). Auch bei den Flüssen dürften die meisten Deutschen nur noch Weichsel, Pregel und Memel kennen, nicht aber andere wie Passage, Alle, Rominte, Pissa, Lepone und Scheschuppe – die meisten spielten in vielen Kriegen als Auffang- oder Verteidigungslinien eine wichtige Rolle. Und wer weiß noch, dass nicht nur Hugenotten und Salzburger ins Land geholt wurden, sondern unter Friedrich dem Großen auch mehr als 10000 Siedler aus der Pfalz, aus Rheinhessen und Württemberg. Man könnte die Fülle der Details, die man hinzulernt, noch lange fortsetzen.

„Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt“ sagt Schiller über Wallenstein, und so ist es auch hier, etwa bei den ewigen Streitfragen, wer zuerst das Land besiedelte, wer wirklich Kultur brachte, nach welchen Kriterien ein Volk als Nation anzusehen sei. Gerade für Mittelalter und Neuzeit konzentriert sich der Autor auf das historische Geschehen, hält sich aber mit eindeutigen Festlegungen meist zurück. Mit Blick auf das Königliche Preußen im polnisch-litauischen Staat im 16. und 17. Jahrhundert resümiert er lediglich: „Deutsche und Polen geben auf diese Frage verschiedene Antworten.“

Etwa ein Drittel des Buches reicht für die ersten 500 Jahre ostpreußischer Geschichte, der größere Teil gilt den letzten beiden Jahrhunderten, weil einfach für sie viel mehr persönliche Zeugnisse und Aufzeichnungen zur Verfügung stehen. Mit Wärme zeichnet der Autor den Aufstieg Königsbergs nach, zeigt aber auch, dass Ostpreußen alles in allem ein agrarisch geprägtes Land geblieben ist. Das blühende Königsberg, das industriell geprägte Elbing, die zahlreichen schmucken Mittelstädte wie Allenstein, Insterburg oder Memel, prächtige Herrensitze konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für die meisten Menschen ein hartes, entbehrungsreiches Leben war. Einmal mehr bestätigt sich der ambivalente Eindruck: Zum einen eine berückend schöne Landschaft aus Meer, Sand, Wäldern und Seen, die fast jeden in den Bann schlug, zum anderen aber auch – so sagt es der Autor – „unzumutbare Lebens- und Sozialverhältnisse“ oft bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges hinein, was ja die große Abwanderung nach Berlin und ins Ruhrgebiet zur Folge hatte.

Die letzten beiden Kapitel gelten dem Inferno von 1945 samt den Folgen von Vertreibung und Neustrukturierung des Landes. Pölking schließt mit einem versöhnenden Blick auf manchen erfolgreichen Neubeginn im Westen. Dass Ostpreußen in der Erinnerung nach wie vor lebendig ist, sei auch ein Verdienst „der in ihrer Landsmannschaft organisierten Ostpreußen und deren Nachbarn.“ Ein großes Buch, das lange nicht loslässt. *Dirk Klose*

Hermann Pölking: „Ostpreußen. Biografie einer Provinz“, be.bra Verlag, Berlin 2011, geb., 928 Seiten, 29,95 Euro.

Varaždin, das kroatische Klein-Rom

Von der »Entente Florale« ausgezeichnet – Seit 30 Jahren Preise für Lebensqualität europäischer Gemeinden

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, hat sich die Entente Florale zu einem der weltweit prestigeträchtigsten Wettbewerbe im Bereich der Stadtgestaltung und Lebensqualität in Europa entwikkelt. Dabei geht es längst um mehr als Grünanlagen und Blumen – wie der Name vermuten ließe.



Špancirfest: Wenn die Straßen und Plätze von Kroatiens alter Hauptstadt zur Bühne werden Bild: Wikipedia/Suradnik13

Alljährlich besucht die internationale Jury der gemeinnützigen Vereinigung Städte und Dorfgemeinden, um deren Gemeinwesen zu bewerten. Streng geschaut wird dabei auf die Verantwortlichen in und außerhalb der Rathäuser in puncto nachhaltiger Verbesserung der Lebensqualität und der adäquaten Darstellung dieser Leistungen in der Öffentlichkeit.

Begründet wurde der Wettbewerb bereits vor 30 Jahren von Großbritannien und Frankreich. Mittlerweile haben sich der Trägerorganisation AEFP – Association Européenne pour le Fleurissement et le Paysage – insgesamt zwölf Länder angeschlossen. 2011 hatten sich 5400 Städte für den Wettbewerb qualifiziert. Elf von ihnen kamen in die engere Wahl. Die Endergebnisse wurden im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung Ende des Jahres in Rogaška Slatina (Slowenien) bekannt gegeben.

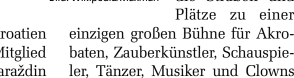
In Deutschland darf sich fortan die Stadt Bad Langensalza mit der „Goldenen Blume Europas" schmücken. Weitere Gold-Gemeinden, die 2011 ausgezeichnet wurden, sind die Städte Veurne in Belgien, Balatonfürde in Ungarn, Grado in Italien, Deventer in den Niederlanden und das Dorf Coolagown in Irland. Neben den sechs Goldenen Blumen erhielten 2011 fünf Orte die „Silberne Blume Europas": Wiesenburg in Deutschland, Varaždin in Kroatien, Broumov und Smržice in Tschechien, Paloznak in Ungarn, Drogheda in Irland, Transacqua in Italien, Elburg in den Niederlanden und Tameside in Großbritannien.

Damit rükken Orte ins Rampenlicht, die weithin unbekannt sind und in denen kaum jemand eine solche Lebensqualität vermutet. Kroatien zum Beispiel ist seit 2003 Mitglied der AEFP und hat mit Varaždin jetzt ein ganz besonderes Kleinod würdigen lassen. Denn wer weiß schon, dass Varaždin im äußersten Nordwesten des Landes, nur 19 Kilometer vom Grenzübergang nach Slowenien entfernt, nicht nur die bedeutendste Barockstadt des Landes ist, sondern von 1756 bis 1776 sogar Kroatiens Hauptstadt war? Ein großer Stadtbrand machte diesem Intermezzo ein Ende. Die Hauptstadt wurde nach Zagreb (Agram) zurückverlegt – und die Varaždiner waren nicht einmal traurig darüber.

So konnten die Adligen und Großgrundbesitzer, Handwerker und Künstler das gute Leben in aller Ruhe genießen. Denn im 18. Jahrhundert wurde das heute 50 000 Einwohner zählende Städtchen wegen seiner Kirchen nicht nur Klein-Rom genannt, sondern wegen seiner Bälle auch Klein-Wien. Von allem hat sich bis heute etwas bewahrt: bürgerliche Eleganz, handwerkliches Geschick, künstlerische Phantasie, sakrale Pracht in 15 Gotteshäusern und die Freude an der Musik.

Seit der Uraufführung der Operette „Gräfin Mariza" am 28. Februar 1924 in Wien zählt die Melodie von Emmerich Kálmán „Komm mit nach Varaždin!" zu den bekanntesten Melodien ihrer Art. Inzwischen locken die Varaždiner Barockabende Musikfreunde jedes Jahr im Herbst in die Stadt an der Drau. In diesem Jahr findet ihre 42. Ausgabe vom 21. September bis 1. Oktober statt. Mit Österreich als Partnerland ist zur Eröffnung der Auftritt der Wiener Sängerknaben geplant.

Wer jemals die Eröffnungsveranstaltung im Dom miterlebt hat, behält außer der Musik vor allem die Kulisse der Barockaltäre, insbesondere die des üppigen Hauptaltars, in Erinnerung. Unvergessen aber bleibt auch das Treiben danach, wenn Mitglieder der 1750 von Maria Theresia begründeten Varaždiner Stadtgarde in blauen Grenadieruniformen und hohen Bärenfellmützen die Ehrenwache halten, Damen und Herren in Barock-Kostümen sich unters Volk mischen und Künstler einen Vorgeschmack darauf geben, wie beim traditionellen Špancirfest (17. bis 26. August) die Straßen und Plätze zu einer einzigen großen Bühne für Akrobaten, Zauberkünstler, Schauspieler, Tänzer, Musiker und Clowns werden.



Märchenhaft: Schloss Trakošcan Bild: Wikipedia/Maxman

Zum krönenden Abschluss trifft sich ganz Varaždin im Hof der mittelalterlichen Burg zur kostenlosen „Schlacht" am Büffet ... Sorgfältig renoviert, erstrahlt die einstige Wasserburg aus dem 17. Jahrhundert am Tage in makellosem Weiß. Seit 1925 ist sie Stadtmuseum und gibt Einblicke in die Wohnkultur verschiedener Epochen.

Über 400 Jahre wurde Kroatien bis 1918 von den Habsburgern regiert. Die Spuren im Stadtbild sind bis heute unübersehbar. Etwas unerwartet jedoch offenbaren sie sich im Friedhof. Im Stil eines Barockgartens mit sorgfältig beschnittenen Thujen angelegt, gehört er zu den schönsten Europas. Der Plan stammt von Hermann Haller (1875–1953). Von Beruf Maler, hatte der gebürtige Varaždiner in Wien studiert, sich selber zum Parkarchitekten ernannt und von 1905 bis 1946 in seiner Geburtsstadt sein Meisterwerk geschaffen und auch verwaltet.

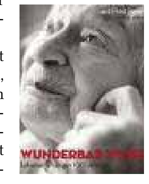
„Im Allgemeinen ist am Varaždiner Friedhof das Gewächsmaterial das Wichtigste, und die Grabstätten innerhalb dieser sind ruhige und harmonievolle Verstecke, wo die Grabstätten nur geahnt werden. Man kann nicht sagen, dass es auf diesem Friedhof Grabstätten von Armen und Reichen gibt. Gleichmäßig aufgeteilte und gepflegte Anlagen sowie die Pflege jeder Grabstätte, ohne Unterschied, sogar derer, die schon lange niemand besucht hat, all dies gleicht das Bild vor den Augen des Besuchers aus", so Hallers Konzept.

Weitere eindrucksvolle Grünanlagen finden sich auch unter den 354 Kulturdenkmälern, die für die Region Varaždin registriert sind: Schlösser und Parks, Sakralbauten, Museen und Galerien. Besonders spektakulär ist Schloss Trakošcan, das sich malerisch im See zu seinen Füßen spiegelt. Als „eine große und ewige Harmonie zwischen Park, See, dem Bach Bednja, den umgebenden Bergen und diesem unwirklichen Bauwerk" beschreibt der Historiker Szabo das Anwesen, das die Familie Draškovic Mitte des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild deutscher Schlösser der Romantik zum Residenzschloss ausbauen ließ. Heute gehört das Märchenschloss der Republik Kroatien und ist ein Museum mit über 200 000 Besuchern pro Jahr.

Für Varaždin im Mittelpunkt dieser kulturträchtigen Region wünscht man sich daher mehr als die Auszeichnung „Silberne Blume Europas". Als Kandidat für die Weltkulturerbe-Liste der Unesco ist das schmucke Städtchen bereits nominiert. *Helga Schnehagen*

Gespräche mit Hundertjährigen

Alt werden will fast jeder, doch wie ist es, wenn man alt ist und auf ein langes Leben zurückblicken kann? Wenn die Zukunft nicht mehr planbar ist, weil man nicht mehr weiß, wie viele Jahre, Monate oder Tage einem noch bleiben? Christine Haiden und Petra Rainer haben 2005 100-Jährige nach ihren Lebenserfahrungen befragt und diese nun in dem Buch „Wunderbarweise" veröffentlicht.



„Nichts ist so schlimm, wie sich nicht nützlich zu fühlen", klagt beispielsweise die Paläontologin Warda Bleser-Bircher. Für die Pianistin Alice Herz-Sommer war am schlimmsten, dass ihr Sohn vor ihr starb. Sie ist nicht die Einzige, die den Tod eines geliebten Menschen ertragen musste, denn wer lange lebt, sieht viele sterben. Die Interviewten erzählen aus ihrem Leben und einer Zeit, die uns heute so fern ist. Sie berichten von ihrer Tätigkeit als Knecht, von der Schande, ein uneheliches Kind zu sein oder zu bekommen und dem Gram der Gefangenschaft in einer unglücklichen Ehe. Befragt nach dem, was sie antreibt, verwiesen die meisten auf ihren Glauben an Gott, ihre Neugier oder ihren Humor. *Bel*



Freundliche Feinde?

Jüdisches Paar über Deutsche

Dieses Buch „Leben in zwei Welten. Tagebücher eines jüdischen Paares in Deutschland und im Exil“ weist mehrere Besonderheiten auf. Ein Teil, der von Else Behrend-Rosenfeld verfasste, erschien bereits 1945 und wurde 1949, 1963 und 1988 nachgedruckt. Zunächst trug er den Titel ‚Verfemt und verfolgt. Erlebnisse einer Jüdin in Nazideutschland‘, dann „Ich stand nicht allein. Leben einer Jüdin in Deutschland 1933 bis 1944“. „Zwei Leben in Deutschland“ ergänzt nun ihr Tagebuch, das 220 Seiten füllt, mit den etwa zeitgleichen Aufzeichnungen ihres Mannes Siegfried.

Sie lebte in der fraglichen Zeit insbesondere im Isartal, dann erzwungenermaßen in der Stadt selbst, ferner, auf der Flucht, in Berlin und Freiburg i. B., bis sie 1944 in die Schweiz gelangte. Siegfried, ihr Mann, konnte unmittelbar vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Deutschland legal verlassen und fand Aufnahme in England.

Während er arm, aber doch in Sicherheit seine Tage zubringt, zunächst monatelang in einem Lager als „feindlicher Ausländer“, wächst ihre Gefährdung ständig. Sie schildert die Ereignisse ganz sachlich, anschaulich, spannend, ergreifend. Man glaubt ihr jedes Wort; Lebens- und Leidensgeschichte aus erster Hand.

> Antisemitismus war kein Massenphänomen

In der Einleitung heißt es: „Else Rosenfeld steht mit ihren Berichten auf der Seite derer, die klar die Täter identifizieren, aber auch auf eine Vielzahl von Deutschen verweisen, die sich weiterhin menschlich und freundlich verhielten ... Siegfried Rosenfelds bisher unpublizierte Tagebücher und Briefe zeigen eine ganz andere Sicht auf Deutschland.“ Wer von den beiden kommt der Wirklichkeit näher?

Vier Wochen, nachdem es für die Juden zur Pflicht geworden war, den gelben Stern zu tragen, notiert Else: „Die Bevölkerung tut, als sähe sie die Sterne nicht. Viele Freundlichkeiten in der Öffentlichkeit und noch viel mehr im Geheimen werden uns erwiesen, Äußerungen der Verachtung und des Hasses uns gegenüber sind selten.“ Diese Schilderung stimmt überein mit den einschlägigen Aufzeichnungen der meisten Juden, wie sie in „Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“ zusammengetragen wurden. Die Herausgeber der Tagebücher bestätigen das, indem sie schreiben: „Wir können bestätigen, dass ihre Erzählungen der Überprüfung durch andere Quellen standhalten.“

Nun Siegfried: „... wertvolle Kräfte stecken im deutschen Volke, viele gute Freunde, die aber letzten Endes alle mitverantwortlich sind, dass sie diese sieben bis acht Jahre widerstandslos über sich und ihr Land haben ergehen lassen.“ Er ist verständlicherweise mit Hilfe von Freunden schnell noch außer Landes gegangen, um dem Unheil zu entrinnen. Aber wäre ihm die Ausreise nicht mehr geglückt, nichts spricht dafür, dass er sich dann unter Hitler heroischer benommen hätte als seine Freunde.

Auch im Epilog, von Else verfasst, befindet sich höchst Aufschlussreiches. Im März 1947 durfte sie zu ihrem Mann nach England reisen und bald schon zu deutschen Kriegsgefangenen sprechen. „Da ich mich zu Beginn jedes Abends als Jüdin und Sozialistin vorstellte, war ich auf Feindseligkeit und Abwehr gefasst. Nichts davon habe ich in den mehr als 100 Lagern, die ich besuchte, zu spüren bekommen.“ Sicher gab es unter den Zuhörern ehemalige Antisemiten. Hatten sie schon ihren Irrtum eingesehen oder fühlten sie sich isoliert? Wie auch immer, diese Erfahrung zeigt, dass der Antisemitismus offenbar kein tiefverwurzeltes Massenphänomen gewesen ist. *Konrad Löw*

***Else Behrend-Rosenfeld und Siegfried Rosenfeld: „Leben in zwei Welten. Tagebücher eines jüdischen Paares in Deutschland und im Exil“**, Volk Verlag, München 2011, 382 Seiten, 29,90 Euro*



Emotionen ohne Emotionen

Germanist beschreibt die Freundschaft zwischen Friedrich II. und Voltaire

Ein etwas sperriges Geburtstagsgeschenk hat der Germanist und Schriftsteller Hans Joachim Schädlich da verpackt – was man dem schmalen Band zunächst gar nicht ansieht. Der 300. Geburtstag Friedrichs des Großen ist zweifelsfrei Anlass gewesen, mit der Novelle „Sire, ich eile ...‘. Voltaire bei Friedrich II.“ einen wohlbekannten Ausschnitt aus dem Leben des Königs literarisch zu gestalten.

Der Autor erzählt aus der Sicht von Voltaire. Gewählt hat er dafür eine eigenwillige Form. Obwohl es sich um eine Novelle handelt, kann man das Werk fast als Fachbuch lesen. Äußerst streng orientiert sich der Text an Daten und Fakten. Zuweilen ist es ein wenig anstrengend, wenn Schädlich Vornamen und Titel der Personen ausführlich benennt, korrekt wie ein Nachschlagewerk. Er verzichtet auf nachempfundene wörtliche Rede oder gar Spekulationen über Gedankengänge. Äußern sich die Personen, so handelt es sich um – nachweisbare – Zitate aus Briefen oder anderen Schriften. All dies geschieht in einer kaum zu überbietenden Verdichtung, ein bewusst gewählter Stil, der dem Leser von Schädlich nicht fremd sein dürfte. Es ist jedoch nicht immer einfach, ohne Vorkenntnis der Geschichte zu folgen, etwa wenn es um den Streit zwischen dem Akademiepräsidenten Pierre Louis Maupertuis und dem Mathematiker Samuel König geht, der für das Zerwürfnis zwischen Friedrich und Voltaire so große Bedeutung erlangen sollte.

> Philosoph liebte die materielle Sicherheit, die der König ihm gab

Dennoch sei betont, dass die Lektüre lohnt. Denn bei aller Verknappung gelingt es Schädlich, sein Bild der Figuren plastisch zu zeichnen. Voltaire ist der große Denker und Autor, der sich allerdings nicht ungern von Friedrich schmeicheln und mit Annehmlichkeiten überhäufen lässt. Materielle Sicherheit ist wichtig für die Unabhängigkeit des Freigeistes. So wird auch seine andere Seite – der zuweilen geschickte und auf Gewinn bedachte Geschäftemacher – dargestellt. Sein gescheiterter Spekulationsversuch mit sächsischen Staatsanleihen erregte stark das Missfallen des Königs.

Friedrich kommt ebenfalls als großer Geist daher, aber auch als großer Feldherr, dessen Grausamkeit der diesbezüglich enttäuschte Voltaire mitunter kritisch anzusprechen weiß. Andererseits war er sich nicht zu schade, Friedrichs „Antimachiavell“ in dessen Sinne abzuschwächen, als dem König die kronprinzlichen Ideen, die Voltaire ursprünglich bewundert hatte, nicht mehr opportun erschienen. Friedrich wiederum entgegnete später auf den Hinweis, die Vergünstigungen für Voltaire würden viel Neid hervorrufen: „Ich brauche ihn höchstens noch ein Jahr. Man preßt eine Orange aus und wirft die Schale weg.“

Als Kronprinz hatte Friedrich der Große den fast 20 Jahre älteren Philosophen zu umwerben begonnen, 1740 kam es zu einem ersten Zusammentreffen. 1750 schien der König am Ziel seiner Wünsche, als er ihn an seinen Hof holte. Diese enge persönliche Verbindung sollte knapp drei Jahre dauern, der Abschied, für Voltaire sogar mit einer kurzzeitigen Festnahme verbunden, war nicht sonderlich rühmlich. Von alldem erzählt der Autor Hans Joachim Schädlich auf seine Weise.

Im Gegensatz zu den beiden Hauptfiguren bringt er einer Gestalt, die auch sehr ausführlich zu Wort kommt, unverhohlene Sympathie entgegen: Émilie du Châtelet – Freundin und Geliebte Voltaires, vor allem aber anerkannte Naturforscherin und Mathematikerin im 18. Jahrhundert und damit eine hochinteressante Ausnahmeerscheinung. *Erik Lommatzsch*

***Hans Joachim Schädlich: „‚Sire, ich eile...‘ Voltaire bei Friedrich II. Ein Novelle“**, Rowohlt Verlag, Reinbek 2012, broschiert, 143 Seiten, 16,95 Euro*





Suche nach dem Antrieb

Motive der Deutschen, trotz absehbarer Niederlage 1944 weiterzukämpfen

Die Monate zwischen Sommer 1944 und dem Kriegsende stürzten Deutschland in eine Apokalypse ungekannten Ausmaßes. Innerhalb dieser wenigen Monate fielen 2,6 Millionen deutsche Soldaten – mehr als in den vorangegangenen Kriegsjahren zusammen. Hunderttausende Zivilisten starben, das Reich sank endgültig in Trümmer. Die Literatur über die Endphase des Zweiten Weltkrieges ist unübersehbar. Sie reicht von militärisch-operativen Studien über Erlebnisberichte und chronologische Darstellungen bis hin zu Publikationen, die das Geschehen auf lokaler Ebene nachzeichnen. Die Frage, wie es sein konnte, dass die Deutschen dem Regime bis zum bitteren Ende die Treue hielten und selbst dann noch Widerstand leisteten, als die Rote Armee vorrückte, ist dabei jedoch weitgehend unbeantwortet geblieben.

Der britische Geschichtsprofessor Ian Kershaw, ein profunder Kenner der deutschen Geschichte und vor allem des Nationalsozialismus, ist dieser Frage in seinem neuesten Werk nachgegangen, indem er die Herrschaftsstrukturen und die Mentalitäten im Dritten Reich untersucht. An diesen beiden Aspekten erklärt er, warum Militär, Verwaltung, Wirtschaft, Volk und Terrorapparat bis zum bitteren Ende fast reibungslos „funktionierten“ – angesichts des vorhersehbaren Untergangs und damit wider alle Vernunft. Zur Beschreibung und Analyse dieser „Geschichte des Zerfalls“, wie er es nennt, wählt er einen narrativen Ansatz, um „die Dynamik und auch die Dramatik der Sterbephase des Regimes“ zu erfassen.

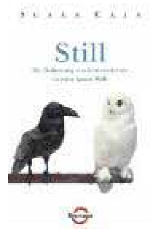
> Ian Kershaw versteht sein Handwerk

Als Ausgangspunkt für seine Darstellung wählt der Autor das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, da dies für das Regime eine entscheidende „interne Zäsur“ bedeutet habe. In den einzelnen Kapiteln betrachtet er die deutschen Reaktionen auf den Zusammenbruch der Wehrmacht im Westen im September, den ersten Einbruch der Roten Armee auf deutschen Boden im Oktober, die Folgen der fehlgeschlagenen Ardennenoffensive im Dezember, die Katastrophe, die Anfang 1945 über die östlichen Provinzen hereinbrach, die Eskalation des Terrors in der Heimat im Februar, den Zerfall des Regimes im März, die letzten, von unkontrollierter Gewalt gegenüber dem eigenen Volk begleiteten Durchhalteversuche im April und die Bemühungen der letzten Reichsregierung, den Kampf noch bis zum Abschluss der Evakuierungen aus dem Osten fortzusetzen. Den Schlusspunkt der Darstellung setzt die Schilderung der Kapitulation und die Verhaftung der Regierung Dönitz.

Damit legt Kershaw eine beeindruckende und packende Gesamtdarstellung der letzten Kriegsmonate vor. Dabei hält er sich vorbildlich an die Pflicht des Historikers, das Handeln der Menschen unter Berücksichtigung der damals herrschenden Zeitumstände zu beurteilen. Er schildert sachlich, analysiert, verbindet Einzelereignisse mit größeren Strukturen und kommentiert nur selten. So gelingt ihm diese Skizze der „Anatomie einer Selbstzerstörung“ auf vorbildliche Weise.

In Beantwortung der Eingangsfrage nennt Kershaw folgende Faktoren: Anerzogenes Pflichtgefühl, Vaterlands- und Heimatliebe, die auf Hitlers Person gegründeten Machtstrukturen, Angst vor Vernichtung durch den gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Terrorapparat, fehlende Handlungsalternativen des Einzelnen, Furcht vor den Gräueln der Roten Armee und nicht zuletzt ein allgemeiner Realitätsverlust. Für das Verständnis der epochalen deutschen Niederlage ist Kershaws Buch mehr als eine Ergänzung zu der bisherigen Literatur, es ist gleichsam unverzichtbar. *Jan Heitmann*

***Ian Kershaw: „Das Ende. Kampf bis in den Untergang“**, DVA, München 2011, 703 Seiten, 29,99 Euro*



Diktatur der Lauten

Zurückhaltung und Bescheidenheit zählen heute nicht mehr – Extrovertierte geben den Ton vor

Viele Menschen machen immer wieder dieselben Erfahrungen: Weil sie zurückhaltend oder scheu sind, werden sie konstant unterschätzt und oftmals übergangen. Vermutlich gehören sie zu den knapp 40 Prozent aller Menschen, die der Statistik nach introvertiert sind. Ihre Eigenschaften wie Vorsichtigkeit und Gründlichkeit werden mitunter sogar als pathologisch abgetan. Besonders für sie hat die US-Anwältin, Beraterin und Trainerin Susan Cain ein großartiges, anregendes Buch mit dem schlichten Titel „Still“ geschrieben. Bedauerlicherweise gebe es in unserer westlichen Gesellschaft ein Ideal, das der Mentalität der Extrovertierten entspricht, lautet ihre grundlegende Aussage. Die Folge sei ein Ungleichgewicht zugunsten der „Lauten“. Wie viele Talente dabei auf der Strecke blieben, sei überhaupt nicht abzuschätzen. Mit ihrem Buch möchte sie insbesondere eine Brücke zu den Stillen bauen. Deren Eigenschaften wie Sensibilität und Vorsichtigkeit würden heute mehr denn je benötigt. Nach eigenen Angaben hat sich Cain aufgrund eigener Erfahrungen jahrelang mit „dem Norden und dem Süden“ des Temperaments befasst. Ihre Erfahrungen, Beobachtungen sowie die Forschungsergebnisse der Neurobiologie stellt sie höchst anschaulich in drei Teilen dar, vielfach in Form von Fallbeispielen. Zwar bezieht sich das meiste auf die Lebens- und Arbeitswelt in den USA, aber alles ist nachvollziehbar und vieles erscheint übertragbar.

> Liebe zum Risiko führte in die Krise

Seit über zehn Jahren ist Susan Cain als Trainerin für Verhandlungsführung in ihrer eigenen Firma tätig. Sie selbst sei ihre erste Klientin gewesen, verrät sie. Trotz starker Hemmungen habe sie in einer schwierigen Verhandlung ihren Standpunkt freundlich, ruhig und bestimmt vertreten. Introvertierte Menschen seien natürlich befähigt, nahezu jeden Beruf zu ergreifen, doch sie müssten an sich arbeiten, erklärt sie, und lernen, „wann man sich anpassen sollte und wann nicht“. Firmenchefs sollten ihrerseits auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter eingehen; nicht nur, aber auch, weil es sich auszahlt. Erwiesenermaßen zeichnen sich zurückhaltende Mitarbeiter durch mehr Einfühlungsvermögen, Empathie und Vorsicht aus, auch arbeiten sie zielorientierter und mitunter ausdauernder.

Im Kapitel „Der Aufstieg des ‚wirklich netten Kerls‘“ legt sie dar, warum diese positiven Eigenschaften seit Anfang des 20. Jahrhunderts, dem Jahrhundert des Wirtschaftsaufschwungs, immer weniger gefragt waren. Bei den geschickten Selbstdarstellern und Blendern, denen man in der Finanzwelt, der Wirtschaft und in der Politik überall begegnet, handele es sich um Extrovertierte. Diese seien risikofreudig und riskierten viel – oftmals zu viel. Man folge diesen Größen, so Cain, weil sie „eine Handlung initiieren – egal welche“. Ohne ins Detail zu gehen, behauptet sie, dass es Extrovertierte seien, die über die Tendenzen in unserer Gesellschaft bestimmten und in der Vergangenheit über Krieg und Frieden entschieden hätten. Sie berichtet über ihre Recherchen in US-Eliteuniversitäten, wo heute Eigenschaften wie Bescheidenheit

> US-Eliteunis fördern jene Spezies

und Besonnenheit weniger denn je gefragt sind. An diesen Kaderschmieden gebe es nur eine Norm, ein kontaktfreudiges, aufgeschlossenes Naturell. Nach Introvertierten hat die Autorin an der Harvard Business School (HBS) beinahe vergeblich Ausschau gehalten. Den Studenten wird in ihren Lernteams mitgeteilt: „Wenn Sie Unsicherheit ausstrahlen, leidet die Zuversicht darunter, die Geldgeber investieren nicht mehr, und Ihrer Firma kann erst recht der Bankrott drohen.“ In ein solches Licht gestellt, stimmt ihre Aussage nachdenklich: „HBS-Absolventen haben höchstwahrscheinlich unser Leben beeinflusst, ohne dass wir es ahnen. Sie haben beschlossen, wer wann in den Krieg ziehen soll; sie haben über das Schicksal der Detroiter Autoindustrie beschlossen; sie spielen führende Rollen in praktisch jeder Krise, die die Wall Street erschüttert.“ Der ehemalige Präsident George W. Bush zum Beispiel ist ein HBS-Absolvent.

So anregend das Buch auch sein mag – ärgerlich ist es doch, dass der Verlag es lautstark als „Kultbuch“ anpreist und damit den Aufruf der Autorin konterkariert, mehr auf die leisen Töne zu hören. *Dagmar Jestrzemski*

***Susan Cain: „Still“**, Riemann Verlag, München 2011, geb., 448 Seiten, 19,95 Euro*

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

DVD

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789
Sonderangebot statt € 25,80 nur € 19,95


Dr. Wolfgang Thüne
Propheten im Kampf um den Klimawandel
Geb., 591 Seiten
Best.-Nr.: 7166, € 24,80



Preußen-Schlüsselanhänger

Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund

Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger

Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

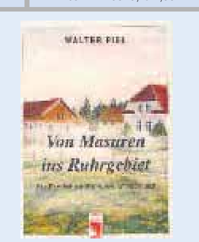
Königsberg-Schlüsselanhänger

Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95


Neuauflage
Ulrich Saft
Der Kampf um Norddeutschland
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80

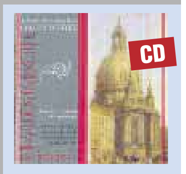

statt € 19,00 nur noch € 12,95
Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372


CD
€ 9,95
Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

Walter Piel
Von Masuren ins Ruhrgebiet
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967

statt € 12,00 nur noch € 8,95


DVD
Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95


DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95


CD
Silbermannorgel
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Reckmann empfiehlt...

Hans Mathias Kepplinger
Die Mechanismen der Skandalisierung
zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.:
Warum einige öffentlich untergehen – und andere nicht

Warum löst die Kritik an einigen Missständen große Skandale aus, während sie in anderen Fällen im Sande verläuft? Warum empören sich bei Skandalen die meisten Menschen über ein Geschehen, das sie kurze Zeit später kalt lässt? Und warum betrachten sich alle Skandalisierten auch dann als Opfer der Medien, wenn sie die Fehler zugeben, die man ihnen vorwirft?
Der Autor beantwortet diese und weitere Fragen in fünfzehn spannenden und leicht lesbaren Kapiteln. Dabei geht es auch darum, welche negativen Nebenfolgen Skandale besitzen und ob man durch sie eher aufgeklärt oder irregeführt wird. Die Grundlagen der Analysen sind differenzierte Studien bedeutender Skandale, für die Hunderte Journalisten, Politiker und Manager befragt und Tausende von Skandalberichten in Presse, Hörfunk und Fernsehen analysiert wurden. Das Ergebnis ist eine empirisch fundierte Skandaltheorie, die den Verlauf aktueller Skandale verständlich macht.
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 4817
€ 26,90

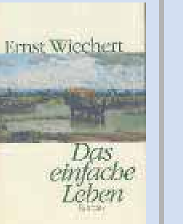
Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092


Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094
statt je € 29,95 nur noch € 24,95

2 DVDs
Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500
Sonderangebot statt € 24,90 nur € 19,95

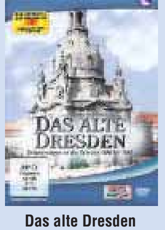

Wiechert, Ernst
Das einfache Leben
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 2001, € 14,99


Heinz Schön
Königsberger Schicksalsjahre
Der Untergang der Hauptstadt Ostpreußens 1944–1945.
Geb., 352 S., davon 32 S. s/w-Abbildungen im Großformat.
Best.-Nr.: 7159, € 25,95


E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00


CD
„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979
Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide • Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne • Wild flutet der See • Ännchen von Tharau
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050
Sonderangebot statt € 13,95 nur € 9,95

Wolfskinder
(Doku-Klassiker von Eberhard Fechner aus 1990)
„Wolfskinder" erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Eberhard Fechner – 1926 in Liegnitz (Schlesien) geboren, 1992 in Hamburg gestorben – prägte als Regisseur, Autor und Schauspieler die deutsche TV-Kultur entscheidend mit. Neben Spiel- und Fernsehfilmen wie „Tadellöser & Wolff", „Ein Kapitel für sich" oder „Winterspelt" schuf er vor allem einen eigenen und vielfach ausgezeichneten Dokumentarfilmstil: „Der Künstler soll nicht richten, sondern nur leidenschaftsloser Zeuge sein."
Der Film wurde 1990 zum ersten Mal im ZDF ausgestrahlt.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten" zu sehen.
DVD
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best-Nr.: 5568
statt € 14,95 nur noch € 9,95


Das alte Dresden
Erinnerungen an die Zeit von 1880 bis 1942
(3D-DVD inkl. 3D-Brillen)
Laufzeit: 60 Minuten
Best.-Nr.: 7168, € 14,95


Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender
Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143


statt € 14,90 nur € 9,95

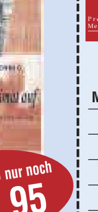
Preußen- Schirmmütze

Preußen- Schirmmütze
Schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95


Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung
Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95


DVD
Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95


statt € 7,95 nur noch € 4,95
Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 S., mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626



statt € 19,00 nur noch € 12,95
Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

PMD Preußischer Mediendienst — 11/12
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Beleidigende Süßspeise

Wien – Vor Jahren kursierte der Scherz, dass der Name der beliebten Wiener Süßspeise „Mohr im Hemd“, weil nicht politisch korrekt, verboten worden sei. Nun wird dieser Scherz durch die Wirklichkeit eingeholt, denn auf Zuruf der Asylanten-Lobby „SOS Mitmensch“ verfasste der Gastronomiefachverband der Wiener Wirtschaftskammer ein Rundschreiben an seine Mitglieder mit der Empfehlung, „keine beleidigenden Speisebezeichnungen“ mehr zu verwenden. *RGK*

Visa gegen Staatsanleihe

Dublin – Pläne der irischen Regierung sehen die Vergabe von Visa an Bürger aus Nicht-EU-Staaten im Gegenzug zum Kauf von irischen Anleihen vor. Mindestens zwei Millionen Euro in niedrig verzinsten Wertpapieren oder eine Million Euro in Immobilien und Unternehmen müssen investiert werden, damit beispielsweise Geschäftsleute aus China oder Brasilien ein Aufenthaltsrecht in Irland erhalten. *N.H.*

ZUR PERSON

Athen, Brüssel und zurück

Athen bringt seine politische Allzweckwaffe in Stellung: **Anna Diamantopoulou** (*1959) wurde am 14. März als neue Ministerin für Wirtschaftsentwicklung vereidigt. Vom Fach versteht die studierte Ingenieurin wenig, verfügt politisch aber über große Erfahrung, war 1999 bis 2004 sogar EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales. Für ihr neues Amt hat sie sich auf beste griechische Art empfohlen, mit Verdammung deutscher „kranker Vorstellungen“ vom „Sparkommissar“ für Griechenland. Dabei ist dieses für Deutschland uninteressant, da keine 0,5 Prozent deutscher Exporte dorthin gehen. Aber die Ministerin darf sagen, was sie will – ihr Land ist pleite.

„Hilfe“ ist Hilfe für die Gläubiger Griechenlands, sagt FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der die vielen „Hilfspakte“ für Griechenland als „nutzlose Rettungspolitik“ sieht. Andere Experten sehen es genauso und nennen Horrorzahlen, vor denen Ministerin Diamantopoulou kapitulieren wird: Griechenlands Verschuldung beträgt auch nach dem Schuldenschnitt noch einen viel zu großen Anteil vom Bruttoinlandsprodukt, angesichts des Umstandes, dass die Wirtschaft 2011 um sieben Prozent schrumpfte und es auch in diesem Jahr weiter tun wird. Im öffentlichen Sektor sind 150000 Jobs zu streichen, womit soziale Unruhen drohen, im Budget müssen jährlich 20 Prozent eingespart werden, „Raten, wie sie noch kein Land in der neueren Historie versucht hat“, wie internationale Analysten meinen. Dass Griechen zugesagte Sparmaßnahmen erfüllen, ist unwahrscheinlich, aber „Kontroll-Kapazitäten“ einzurichten, traut sich die EU nicht. Also muss Europa Diamantopoulou Sorgen abnehmen: Ende 2012 werden 36 Prozent der griechischen Schulden von EZB, IWF und EU-Rettungsfonds gehalten, 2015 werden es schon 85 Prozent sein. *W.O.*



Kleiner Zäpfchenstreich

Wer verzichtet schon auf die große Extrawurst? / Der mit dem Wulff tanzt / Warum Doktorarbeiten neu zu beurteilen sind / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Nun ist er weg. Falls Sie tatsächlich auch zu jener unverständigen Mehrheit zählen sollten, die das mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nimmt, muss an dieser Stelle eine eindringliche Warnung ausgesprochen werden: Vorsicht, der Mann droht wiederzukommen!

Warum sonst sollte Christian Wulff darauf bestehen, auch künftig über einen Wagen der Oberklasse samt Chauffeur verfügen zu können? Etwa, damit Frau Bettina standesgemäß zum Wochenend-Einkauf beim Discounter vorgefahren werden kann? Und wozu benötigt der Mann weiterhin ein Staatsbüro samt Sekretärin? Um den Einkaufszettel für besagten Einkauf auszustellen?

Sie sehen, der Mann, der unser Leben mit vielen Fragezeichen bereicherte, ist weg – und hinterlässt neue Fragezeichen. Man kann über den Mann ja sagen, was man will, aber er hatte einen Unterhaltungswert wie schon lange kein Bundespräsident mehr. In dieser Hinsicht war sein Vorgänger Horst Köhler ein totaler Versager. Der Wanderpräsident Karl Carstens und der hoch auf dem gelben Wagen singende Walter Scheel gaben sich zwar redlich Mühe, des Amtes Würde durch unterhaltende Einlagen zu mildern, aber so unterhaltsam wie Wulff war allenfalls noch Heinrich Lübke. Was wurde dem armen Kerl nicht alles angedichtet. Lübke-Zitate sind wahre Klassiker: „Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger“ (beim Staatsbesuch in Liberia); „Equal goes it loose“ (beim Staatsbesuch der englischen Königin in Bonn). In Wahrheit hat er weder das eine noch das andere gesagt, sämtliche später zitierten Sätze im Lübke-Englisch waren eine Erfindung der „Spiegel“-Redaktion. Gemein war das, und wer will es dem Wulff verdenken, wenn auch er sich als Opfer einer Medienkampagne sieht? Wo er doch immer den geraden Weg gehen wollte, von dem er so hübsch staatstragend sprechen konnte, und es nur die vertrackten Umstände waren, die ihn dazu zwangen, auf ziemlich verschlungenen Pfaden weiterzukommen.

Und wegen solcher Nichtigkeiten sollte Wulff verzichten? Auf seinen ihm zustehenden Ehrensold? Was heißt hier, „Ehre wem Ehre gebührt“? Der Ehrensold heißt nur so, er ist eine Versorgungsleistung, sonst nichts. Und auf den Großen Zapfenstreich sollte Wulff nach Ansicht einiger Zeitgenossen auch verzichten. Wo er doch, wie es jetzt heißt, extra seine innere Einkehr in einem Kloster unterbrochen hat? Nichts da, wer schon von den kleinen und kleinsten Vorteilen keinen auslässt, wird doch bestimmt nicht verzichten, wenn es um die ganz große Extrawurst geht.

Na ja, viele sind dann zu der Abschiedssause ja auch nicht gekommen, weshalb aus dem Großen Zapfenstreich ein ziemlich mickriger Zäpfchenstreich wurde. Es kommt nicht oft vor, dass mehr Leute absagen als eingeladen wurden. Und dass die Verweigerer damit auch noch angeben, am lautesten diejenigen, die der Wulff sowieso nicht dabei haben wollte. Wenn das so weitergeht, dann ist am Ende vom politischen Personal nur noch einer mit salbungsvollen Treueschwüren an der Seite des Ex-Bundespräsidenten, dann bleibt nur noch der gelernte Pastor und amtierende Staatssekretär Peter Hintze als einziger, der mit dem Wulff tanzt.

> Es sagten mehr Gäste ab, als eingeladen waren

Wer wissen möchte, wie weit die politische Galaxie vom irdischen Dasein entfernt ist, der vergleiche einmal, welche Texte im Fall Wulff auf der politischen Bühne aufgesagt werden und welcher Sturm der Entrüstung durch die Leserbriefspalten fegt. Da wird in zwei Sprachen gesprochen, die nichts miteinander zu tun haben. Vielleicht wäre ein neues Wörterbuch ganz nützlich: Politisch – Deutsch / Deutsch – Politisch. Für Übersetzer dürfte das eine ziemlich vertrackte, wenn nicht gar unlösbare Aufgabe sein.

Na gut, Schwamm drüber, wir sollten nicht so zimperlich sein. Jammern gilt nicht. Andere Personalien der Woche sind von ganz anderem Kaliber. Oder meinen Sie, es bereitete dem Kandidaten Joachim Gauck Freude, bei der Partei „Die Linke“ antanzen zu müssen, um Männchen zu machen? Ein gemeinsamer Fototermin mit Gregor Gysi, davon hat Gauck bestimmt immer geträumt – in Nächten, vor denen er zu schwer zu Abend gegessen hatte.

Oder der FDP-Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai, der nun kein Doktor mehr ist. Der Titel ist futsch, weil er abgeschrieben hat, „in erheblichem Umfang“, wie die Universität Köln mitteilt. Der Titel seiner Dissertation lautete „Ökologische Modernisierung der PVC-Branche“. Dass man da etwas findet, was man abschreiben kann, das ist doch eine Leistung an sich. Das zumindest sollte doch honoriert werden. Sie merken schon: Wir brauchen nicht nur ein neues Wörterbuch, wir benötigen auch einen neuen akademischen Grad, einen, der endlich den Möglichkeiten und Verführungen des Internets gerecht wird. Abschreiben vom Spickzettel, das war gestern. Aufspüren von Infos, kopieren und einfügen, so macht man das heute. Hier besteht Reformbedarf. Nachdem schon von der Grundschule bis zum Gymnasium schlechte Leistungen radikal abgeschafft und die Lehrer angehalten wurden, nur noch die Noten 1 oder im ganz schlechten Fall eine 2 freizügig zu verteilen, sollte sich diese nachsichtige Übung bis zur Dissertation fortsetzen. Wenn die bisher geübte, kleinliche Praxis beibehalten wird, werden die Verluste einfach zu groß. Die Wunden, die der Abschied von Karl-Theodor zu Guttenberg gerissen hat, sind noch nicht verheilt. Bei den Freien Demokraten sind die Folgen derartiger Beckmesserei jedoch viel gravierender. Mit dem Bundestagsabgeordneten Bijan Djir-Sarai ist nun schon der dritte Verlust eines Doktor-Titels zu beklagen. Zuerst erwischte es das hübsche Gesicht der Partei, die Europa-Abgeordnete Koch-Mehrin, dann ihren Kollegen Chatzimarkakis. Das kann doch kein Zufall sein! Allerdings: Zu Risiken und Nebenwirkungen Ihrer persönlichen Rückschlüsse fragen Sie besser vorsorglich Ihren Rechtsanwalt.

Und dann war da noch, um mit den Personalien der Woche fortzufahren, jener Imam in Spanien, der unter Berufung auf den Koran beim Freitagsgebet Ratschläge gegeben haben soll, wie man „ungehorsame“ Frauen am besten verprügelt, selbstverständlich, ohne physische Spuren zu hinterlassen. Dabei soll er konkret geworden sein: Prügel mit Stock oder Fäusten, ohne die Knochen zu brechen und ohne dass es blutet. So viel Vorsicht muss bedauerlicherweise sein, denn leider befindet man sich in Spanien, da könne so etwas unter Umständen Ärger geben. Gegen den Mann wird ermittelt. Wahrscheinlich, weil die Spanier noch nicht aufgeklärt genug sind. Sonst hätte ihnen jemand sagen müssen, dass unter Berücksichtigung des kulturellen Umfeldes so etwas als Folklore akzeptiert werden müsse. In Afghanistan haben wir schließlich dafür gekämpft, dass neue Gesetze erlassen werden, die genau so etwas erlauben. Unrechtsbewusstsein, das sehen wir an den verschiedenen Personalien dieser Woche, ist immer eine Angelegenheit des Standpunktes.

Vom Standpunkt seines kulturellen Umfeldes wird sich Wladimir Putin als „lupenreiner Demokrat“ bezeichnen, da stimmt er Freund Gerhard Schröder voll und ganz zu. Andere mögen gegen seinen Wahlsieg demonstrieren, von Wahlfälschung sprechen, sie kommen eben aus dem falschen kulturellen Umfeld.

Da dürfte Putin mit dem Präsidenten von Weißrussland einer Meinung sein. Alexander Lukaschenko war ausgesprochen sauer, als dieser Guido Westerwelle aus Berlin ihn als „letzten Diktator Europas“ bezeichnete. Er raunzte zurück: „Wer auch immer laut von Diktatur geschrien hat, ich habe gedacht: Es ist besser, ein Diktator zu sein als schwul.“ Na ja, dieser miese Konterschlag sagt ja wohl genug über das unterentwickelte kulturelle Umfeld des Herrn Lukaschenko.

Ach ja, neben all diesen Personalien gab es noch eine Kleinigkeit, die nicht unerwähnt gelassen werden sollte: Die Griechen haben ihren Schuldenschnitt gemacht. Man könnte auch sagen: Sie haben ihren Raubzug fortgesetzt. Denn wie durch ein nachträglich erlassenes Gesetz alte Verträge ausgehebelt werden dürfen, das hat bisher noch niemand erklärt. Es sei denn, man geht zurück in die Zeit des Faustrechts. Trotzdem dürfen wir dieses epochale Ereignis in dieser Woche getrost links liegen lassen – es wird uns mit seinen Folgen mindestens noch die nächsten Jahre beschäftigen. Und dann sind wir dieses Themas mindestens so überdrüssig wie des Herrn vom kleinen Zäpfchenstreich.

MEINUNGEN

*Verteidigungsminister **Thomas de Maizière** (CDU) antwortete im „Spiegel“ vom 5. März auf die Frage nach seiner **Bilanz** des nun zehn Jahre andauernden **Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr**:*

„Die Frage würde ich am liebsten im Jahr 2016, 2017 oder 2018 beantworten. Aber ich möchte der Antwort nicht ausweichen. 2001 waren die Erwartungen zu hoch. Wir werden in Afghanistan keine Demokratie westlichen Musters aufbauen können.“

*Der CDU-Politiker **Heiner Geißler**, der zuletzt im Fall von „Stuttgart 21“ als Schlichter in Erscheinung trat, betont im „Focus“ vom 5. März, warum er einen Dialog mit dem **Islam** für sinnlos hält:*

„Aber sollen die säkularen Gewaltherrscher nun von einer Theologendiktatur abgelöst werden? Die Mubaraks erscheinen im Lichte des islamistischen Vormarsches als sympathische Menschenfreunde. In keiner Religion wird im Namen Gottes mehr Missbrauch getrieben als im Islam. Tag für Tag und Stunde für Stunde wird er gepriesen und für alle menschlichen Barbareien einschließlich bewaffneter Auseinandersetzungen als Kronzeuge aufgerufen. Kann es vor diesem Hintergrund überhaupt eine Verständigung mit dem Islam geben?“

Die im Dunkeln ahnt man nur...

*Nutzlos ist sie zwar für viele
und nicht Weisheit letzter
Schluss,
doch am Weg zu hehrem Ziele
ist für manchen sie ein Muss.*

*Wer sie braucht, der nützt indessen
auch sie nur ein einzig Mal –
bald darauf wird sie vergessen
und verstaubt wo im Regal.*

*Muss uns sowas nicht schockieren
in erneuerbarer Zeit?
Heute heißt es rezyklieren,
unentwegt und landesweit!*

*Aber seht – macht alte Hüte
wirklich wer zum Rezyklat,
wird die schöne neue Blüte
glatt verdammt als Plagiat!*

*Aus ist's mit dem Ziel, dem hehren,
und die Dissertation
bringt anstatt erhoffter Ehren
dem Verfasser Spott und Hohn.*

*Wird jedoch – und das ist
schlimmer –
wieder so ein Fall publik,
trifft es offensichtlich immer
Leute aus der Politik!*

*Man vermag es kaum zu fassen:
Sind alleine die so dumm,
dass sie sich erwischen lassen?
Klar, das nimmt man ihnen krumm.*

*Denn man hat die Zeitgenossen
meistens selbst sogar gewählt
und man ist daher verdrossen,
wenn man merkt, es war verfehlt!*

*Kleiner Trost: Es sind daneben
wohl auch Dunkelziffern groß,
lernen Schlaue ja fürs Leben,
nicht für hohe Schulen bloß.*

*Und so üben sie beim Bummeln,
was entscheidet hinterher,
nämlich kunstgerecht zu schummeln –
Wählerherz, was willst du mehr?*

Pannonicus